



# Plenarprotokoll

## 44. Sitzung

Donnerstag, 30. November 2006

<b>Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist eine Querschnittsaufgabe</b> .....	3140	Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	3153
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/563		Beschluss: Erledigt.....	3153
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/1068		<b>Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln</b> .....	3153
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	3140	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1079	
Frauke Tengler [CDU].....	3142	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1107	
Ulrike Rodust [SPD].....	3144	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3154
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3146	Frauke Tengler [CDU].....	3155
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3149		
Lars Harms [SSW].....	3151		

Astrid Höfs [SPD].....	3156	<b>Fortentwicklung der Zusammenar-</b>	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3157	<b>beit zwischen Schleswig-Holstein</b>	
Lars Harms [SSW].....	3159	<b>und der chinesischen Partnerregi-</b>	
Karl-Martin Hentschel [BÜND-		<b>on Zhejiang].....</b>	3180
NIS 90/DIE GRÜNEN].....	3160		
Anke Spoorendonk [SSW].....	3161	Bericht der Landesregierung	
Wolfgang Baasch [SPD].....	3161	Drucksache 16/922	
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin		Peter Harry Carstensen, Minister-	
für Soziales, Gesundheit, Fa-		präsident.....	3180
milie, Jugend und Senioren.....	3162	Wolfgang Kubicki [FDP].....	3182
Beschluss: Überweisung der Anträge		Monika Schwalm [CDU].....	3185
Drucksachen 16/1079 und		Ingrid Franzen [SPD].....	3186
16/1107 an den Sozialausschuss		Monika Heinold [BÜNDNIS	
und an den Bildungsausschuss.....	3163	90/DIE GRÜNEN].....	3189
		Anke Spoorendonk [SSW].....	3191
<b>Gemeinsam die Neuausrichtung</b>		Beschluss: Erledigt.....	3192
<b>des Tourismus in Schleswig-Hol-</b>			
<b>stein voranbringen].....</b>	3163	<b>Landanschluss für Schiffe - externe</b>	
Antrag der Fraktionen von CDU und		<b>Stromversorgung in Häfen].....</b>	3193
SPD			
Drucksache 16/1081		Antrag der Fraktion BÜNDNIS	
Jürgen Feddersen [CDU].....	3163	90/DIE GRÜNEN	
Regina Poersch [SPD].....	3164, 3171	Drucksache 16/1086	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3165, 3172	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS		90/DIE GRÜNEN].....	3193
90/DIE GRÜNEN].....	3167, 3172	Manfred Ritzek [CDU].....	3194
Lars Harms [SSW].....	3168	Hans Müller [SPD].....	3195
Dietrich Austermann, Minister für		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3196
Wissenschaft, Wirtschaft und		Lars Harms [SSW].....	3197
Verkehr.....	3169	Uwe Döring, Minister für Justiz,	
Beschluss: Annahme.....	3173	Arbeit und Europa.....	3198
<b>Auskunftsrechte von Bürgerinnen</b>		Beschluss: Überweisung an den Wirt-	
<b>und Bürgern].....</b>	3173	schaftsausschuss, den Europaaus-	
Antrag der Fraktionen von FDP und		schuss und den Umwelt- und	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie		Agrarausschuss.....	3200
der Abgeordneten des SSW		<b>„Bündnis für Ausbildung“ - Nach-</b>	
Drucksache 16/1083		<b>vermittlungsaktion].....</b>	3200
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3173	Antrag der Fraktionen von CDU und	
Ursula Sassen [CDU].....	3174	SPD	
Thomas Rother [SPD].....	3175	Drucksache 16/1057 (neu)	
Karl-Martin Hentschel [BÜND-		Dietrich Austermann, Minister für	
NIS 90/DIE GRÜNEN].....	3176, 3179	Wissenschaft, Wirtschaft und	
Anke Spoorendonk [SSW].....	3177	Verkehr.....	3200, 3207
Dr. Ralf Stegner, Innenminister....	3178	Johannes Callsen [CDU].....	3201
Beschluss: Überweisung an den In-		Anette Langner [SPD].....	3202
nen- und Rechtsausschuss.....	3180	Dr. Heiner Garg [FDP].....	3203
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS	
		90/DIE GRÜNEN].....	3204
		Anke Spoorendonk [SSW].....	3205
		Karl-Martin Hentschel [BÜND-	
		NIS 90/DIE GRÜNEN].....	3206

Bernd Schröder [SPD].....	3207	
Beschluss: Überweisung des mündlichen Berichts der Landesregierung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3208	* * * *
<b>Migrationssozialberatung bedarfsgerecht gestalten</b> .....	3208	<b>Regierungsbank:</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1073		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident
Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	3208, 3215	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3210	Dr. Ralf Stegner, Innenminister
Wilfried Wengler [CDU].....	3211	Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Thomas Rother [SPD].....	3212	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3213	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
Anke Spoorendonk [SSW].....	3214	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3216	* * * *
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3216	
Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung.....	3216	
<b>Aktuelle Änderungen bei den Unterkunftskosten von Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Bezieher</b> .....	3217	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1078		
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	3217	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3218	
Torsten Geerds [CDU].....	3219	
Wolfgang Baasch [SPD].....	3220	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3221	
Lars Harms [SSW].....	3222	
Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	3222	

**Beginn: 10:07 Uhr**

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte mir vorstellen, dass wir jetzt die Beschlussfähigkeit erreicht haben. Deswegen eröffne ich die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, teile ich Ihnen mit, dass Frau Abgeordnete Herold erkrankt ist. Ich wünsche ihr von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen sind Frau Ministerin Erdsiek-Rave sowie die Herren Minister Dr. von Boetticher und Wiegard beurlaubt.

Auf der Tribüne begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule aus Kiel mit ihren Lehrkräften. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem ist heute dabei - ich denke, das ist dem Thema geschuldet - der Vorsitzende des Kindertagesstättenverbandes, Herr Kulp. - Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist eine Querschnittsaufgabe**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/563

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 16/1068

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist ersichtlich nicht der Fall.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

**Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lebenswirklichkeit von Familien hat sich in den letzten Jahrzehnten rasant verändert. Verändern muss sich auch der Sozialstaat, denn der

alte Wohlfahrtsstaat funktioniert nicht mehr. Dieser war um das Modell des männlichen Familienernährers aufgebaut. Wir haben heute eine völlig neue Realität. Frauen wollen arbeiten, müssen arbeiten, wollen Autonomie. Die Annahme, dass es freie Betreuungs- und Pflegekapazitäten in Familien gebe, bei den Frauen gebe, gehört der Vergangenheit an, stimmt zunehmend weniger. Das hat entscheidenden Einfluss auf die Geburtenrate und insgesamt auf das Aufwachsen von Kindern.

Wir brauchen deshalb einen modernen **Sozialstaat**, einen modernen Sozialstaat, der in all seinen Politikfeldern diesen Entwicklungen von Familie, vom Leben mit Kindern, von Frauen und von Männern Rechnung trägt. Deshalb ist **Familienpolitik** eine **Querschnittsaufgabe** der Landesregierung. Deshalb sind aus den verschiedensten Ressorts wichtige Beiträge und Impulse in diesen Bericht eingeflossen. Ich denke zum Beispiel an die Infrastruktur im Bildungsbereich, an die Kindertagesbetreuung, die Ganztagschulen. Ich denke an die familienförderlichen Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik. Ich denke an den familienfreundlichen Betrieb und an das Thema Wohnraumpolitik für Familien in Schleswig-Holstein.

Mit diesem Bericht haben wir insgesamt eine spannende Lektüre zusammengestellt, die alle Arbeitsbereiche der Finanzwirtschafts-, der Wohnungsbau-, der Bildungs-, der Frauen- und der Kinderpolitik umfasst. Ich empfehle die Lektüre dieses Berichtes. Es wäre schade, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so viel Arbeit gemacht hätten und dieser Bericht nicht in der gebotenen Weise gewürdigt würde. Bei der Gelegenheit denke ich, es gibt Anlass, sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Ressorts zu bedanken, die diesen Bericht zusammengetragen haben.

(Beifall)

Dieser Bericht ist eine gute Grundlage für weitere Diskussionen und Planungen im Bereich der Familienpolitik in Schleswig-Holstein.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Botschaft des **Siebten Familienberichts des Bundes** verstanden. Diese lautet nämlich: Deutschland hat bisher in vielen Bereichen nicht angemessen auf die gesellschaftliche Entwicklung reagiert. Wir zeigen in unseren Einzelantworten zur Großen Anfrage, dass wir uns auf einem guten, auf einem richtigen Weg befinden. Die Landesregierung legt ihre Stadtentwicklung perspektivisch darauf aus, ihren Beitrag zu einem kinder- und familienfreundlichen Umfeld zu leisten und angemessene Rahmenbedingungen zu entwickeln, die insbesondere die

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Kinder fördern. Das klingt sehr abstrakt. Wenn man den Bericht liest, sieht man, wie konkret das vor Ort ausgestaltet wird.

Ein gutes Wohnumfeld hat eben bedeutenden Einfluss auf die soziale und die gesundheitliche Entwicklung unserer Kinder. Vom Grundsatz her sind wir in Schleswig-Holstein verwöhnt. Aber wir haben Regionen, in denen wir etwas tun müssen, damit wirklich alle **Kinder** die **gleichen Chancen** haben.

Eine geringe Geburtenrate, immer mehr Singlehaushalte, ein steigender Anteil älterer Menschen werden dazu führen, dass eine Entwicklung voranschreitet, die wir jetzt schon verzeichnen können, nämlich dass sich die Zahl der Familienhaushalte und der größeren **Haushalte** verringert.

Unsere **Wohnraumversorgungskonzepte** und **Stadtentwicklungskonzepte** sind die Basis dafür, dass Wohnquartiere und Wohnformen noch intensiver an den künftigen Bedürfnissen von Familien ausgerichtet werden. Hier ändert sich etwas und ich bin froh, sagen zu können, dass auch die Wohnungsbaugenossenschaften diese Entwicklung längst bemerkt und aufgegriffen haben und dass sich die **Wohnquartiere** entsprechend des Bedürfnisses von Familien verändern.

Die Landesregierung hält die **Wohnungsbauförderung** weiterhin für notwendig. Für einkommensschwache Familien stellen wir weiterhin diesen Bedarf fest. Das ist keine selbstverständliche politische Feststellung, aber für uns als soziales Schleswig-Holstein ist das klar.

Sozial benachteiligte Familien werden in den **städtischen Entwicklungsgebieten** und in den Gebieten der **Sozialen Stadt** auch durch Infrastruktur unterstützt. Wir alle kennen dies aus eigener Anschauung: Maßnahmen der Sozialberatung, Schularbeitshilfe, Freizeitangebote, Sprachkurse, Kleiderkammern, teilweise selbst von den Wohnungsunternehmen. Das ist eine gute Entwicklung.

Wie der Bericht darlegt, ist eine stagnierende **Einkommensentwicklung bei Familien** festzustellen. Auch insoweit sind künftig der Ausbau und das Vorhalten von Unterstützungsmaßnahmen erforderlich, insbesondere für sozial benachteiligte Familien.

Der Bericht macht deutlich, was wir auch bei anderen Gelegenheiten schon diskutiert und gesehen haben, dass Schleswig-Holstein nämlich grundsätzlich über unterschiedlichste **flächendeckende Angebote** der Jugend und Familienförderung verfügt. Familien benötigen aber auch bei der Erziehung ihrer

Kinder neben der materiellen Unterstützung ein soziales und ein institutionelles **Netzwerk**. Deswegen kommt es darauf an, dass Land und Kommunen in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, auch bei schwierigsten Rahmenbedingungen diese **Infrastruktur** vorzuhalten. Sie kann und darf nicht weggespart werden. Das macht sich bei der Entwicklung der Kinder unmittelbar bemerkbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird deshalb ihre Angebote weiter aufrechterhalten und weiterentwickeln. Ich denke zum Beispiel an die 34 geförderten **Familienbildungsstätten** und ich denke daran, dass wir diese Familienbildungsstätten stabilisieren und weiterentwickeln wollen. Ich habe mit ihnen gemeinsam vereinbart, die Aktion „Willkommen im Leben“ auf den Weg zu bringen, um deutlich zu machen: Kinder sind in Schleswig-Holstein willkommen und brauchen die notwendige Unterstützung.

Sie wissen, dass wir weitere niederschwellige Angebote auf den Weg gebracht haben, so zum Beispiel das Landesprogramm „Schutzengel“; denn wir brauchen ein **Frühwarnsystem**, wir brauchen insgesamt eine Verbesserung und Stabilisierung des **Kinderschutzes** in unserem Land. Das sind wir den Schwächsten unter uns schuldig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bericht macht deutlich: Die wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden, insbesondere von alleinerziehenden Müttern, ist gekennzeichnet durch eine vergleichsweise schlechtere ökonomische Situation gegenüber verheirateten Paaren mit Kindern, insbesondere wenn beide berufstätig sind. Das liegt ja auch auf der Hand. **Alleinerziehende Frauen** mit mehreren Kindern verfügen über die niedrigsten Nettoeinkommen. Das ist nachvollziehbar, weil sie aufgrund der Schwierigkeiten in der Kinderbetreuung und aufgrund der Arbeitsmarktsituation seltener erwerbstätig und damit auf öffentliche Hilfe angewiesen sind. Das macht einmal mehr deutlich, dass Armut eben auch viel mit Arbeit zu tun hat und dass erst ein Arbeitsplatz auch alleinerziehende Frauen in die Lage versetzt, in anderer Weise für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Betrachten wir die Entwicklung im Bereich der **Kindertagesbetreuung**, so können wir anhand dieses Berichts feststellen, dass sich in den Jahren 1990 bis 2002, also in gut zehn Jahren, in unserem Land enorm viel getan hat. Die Anzahl der Krippenplätze hat sich in Schleswig-Holstein in dieser Zeit versiebenfacht und die Zahl der Angebote im Kindergarten hat sich verdoppelt. Das ist eine un-

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

glaubliche Leistung, die heute selbstverständlich wirkt, aber angesichts der noch vor uns liegenden Herausforderungen gibt es keinen Anlass, damit Schluss zu machen. Wir brauchen weiterhin Angebote für die Kleinsten, wir brauchen noch mehr Krippenplätze, wir brauchen Ganztagsplätze, wir brauchen altersgemischte Gruppen, wir brauchen die Verzahnung zwischen Kindertagesbetreuung und Schule, zwischen Kindertagesbetreuung und Kinderschutz.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es gibt weiteren Handlungsbedarf. Das **Tagesbetreuungsgesetz** muss bis zum Jahre 2010 konsequent umgesetzt werden. Wer sagt, wir könnten uns das nicht leisten, der kann nicht rechnen. Sämtliche Studien zeigen, dass aufgrund der Entwicklung der Kinderzahlen und auch des Rückgangs der Ausgaben für die Kinder die Ressourcen auf materieller Ebene vorhanden sind. Man muss nur das Geld im System lassen und auch tatsächlich für die Kinder einsetzen und es nicht herausziehen und für andere Aufgaben verausgaben.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Ich versichere Ihnen, dass wir auch in Zukunft in unseren Bemühungen nicht nachlassen werden, ein flächendeckendes, ein qualitativ hochwertiges Angebot an Kindertagesbetreuung für alle Kinder von Geburt an zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn uns allen bewusst ist, dass Familienpolitik in weiten Teilen durch **Bundespolitik** bestimmt wird, entlastet uns dies nicht, darüber nachzudenken, wie wir uns einen gerechten Familienleistungsausgleich vorstellen. Wir werden uns in Schleswig-Holstein für einen gerechten **Familienleistungsausgleich** einsetzen und damit auch zukünftig zur wirtschaftlichen Absicherung von Familien beitragen wollen. Deshalb wird die Landesregierung im Rahmen ihrer politischen Gestaltungsmöglichkeiten im Bundesrat Einfluss auf bundespolitische Entscheidungen nehmen. Dazu gehört auch eine Diskussion über die Neuregelung des **Ehegattensplittings**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Auch die gesetzliche Harmonisierung familienpolitischer Leistungen - eine große Aufgabe in dieser Legislaturperiode auf Bundesebene - muss politisch vorangetrieben werden, genauso wie die organisatorische Bündelung dieser Leistungen. Die Landesregierung will diese familienpolitische Zielorientie-

rung durch eigene landesspezifische Aktivitäten unterstützen. Wir haben deshalb in Zusammenarbeit mit dem Kreis Nordfriesland, der Bundesagentur für Arbeit und dem Landesamt für soziale Dienste das erste **Familienbüro** auf den Weg gebracht, in dem in dieser Form bundesweit einmalig Beratung und Anträge zu Leistungen für Familien gebündelt werden.

Natürlich war das eine schwierige Geburt, aber das sollte uns nicht davon abhalten, diese Richtung weiter zu gehen. Deswegen werden wir zum 1. Januar nächsten Jahres ein **Landesfamilienbüro** einrichten, das das Elterngeld verlässlich auszahlt und das auf weitere Unterstützungsmöglichkeiten für Eltern hinweist.

(Beifall)

Auch die Zahl der **lokalen Bündnisse für Familien** wächst in unserem Land ständig. Wir wissen: Gute Familienpolitik ist ein Mix aus Infrastruktur, Geld und Zeit. Und wir wissen auch: Für eine weiter notwendige und auszubauende Infrastruktur müssen zukünftig Bund, Länder und Kommunen gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Eine gute Familienpolitik gleicht darüber hinaus die materiellen und sozialen Nachteile aus und gibt allen Kindern von Anfang an die gleichen Chancen für ihren Lebensweg, damit die Herkunft nicht über die Zukunft von Kindern entscheidet.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Frauke Tengler.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Themen, die Familie betreffend, prägen die aktuelle Diskussion. Das kostenfreie und verpflichtende letzte Kindergartenjahr für alle Kinder, Gewalt verherrlichende Killerspiele im Internet und die Ohnmacht der Gesellschaft; Kinderverwahrlosung und -misshandlung bis zum Tod und Ablage im Kühlschrank. Oder: **Familienpolitik** ist endlich wieder Thema.

Dafür gibt es wie mehrere Gründe, unter anderem auch die Erkenntnis, dass der Wert „Familie“, der Wert „Kinder“ in unserer individualisierten Gesellschaft in den letzten drei Jahrzehnten schleichend verloren gegangen ist. Der Kern ist aber die Erkenntnis der Auswirkung der **demografischen Entwicklung**.

(Frauke Tengler)

Das Institut für Wirtschaft, Köln, formulierte es am 9. November 2006 wie folgt:

„Was passiert, wenn nichts passiert? Es wird bei gleich bleibender Geburtenrate ab 2025 auf dem Arbeitsmarkt zu großen Nachwuchsproblemen kommen.“

In diesem Zusammenhang weitere Fragen: Wer pflegt künftig unsere Alten? Wer zahlt künftig in die Sozialversicherungssysteme ein?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in einigen Landtagssitzungen der 16. Wahlperiode bereits mit Einzelthemen zum großen Thema Familienpolitik beschäftigt. Um einen Gesamtüberblick zum Querschnittsthema „Familienpolitik“ in Schleswig-Holstein zu bekommen, hat meine Fraktion diese Große Anfrage gestellt. Im Namen meiner Fraktion danke ich allen an der Antwort beteiligten Mitarbeitern der entsprechenden Ministerien sehr herzlich für diese umfassende Grundlage. Frau Ministerin, seien Sie versichert, wir lesen sie nicht nur, wir werden mit ihr auch arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Vor uns liegt eine umfangreiche Bestandsaufnahme und Darstellung zu den Themen Kernbereiche, Strukturen, wirtschaftliche und soziale Situation von Familien, familienfreundliches Wohnumfeld und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf 91 Seiten sind 72 Fragen unterschiedlich ergiebig beantwortet worden. Die Antwort auf die Große Anfrage wird für uns die Grundlage für die Weiterentwicklung der Familienpolitik in Schleswig-Holstein sein. Frau Ministerin, darauf können Sie setzen.

In der Beantwortung der Großen Anfrage wird deutlich, welch eindrucksvolles **Netzwerk** an **Hilfe- und Beratungsangeboten** sich bereits um schleswig-holsteinische Familien legt. Darauf wird noch einzugehen sein. Schleswig-Holstein will kinder- und familienfreundliches Land Nummer 1 in Deutschland werden. Wir müssen miteinander erarbeiten, wo wir stehen und welche Anstrengungen noch unternommen werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Jahr 1994 gab es Schleswig-Holstein 638.000 Familien, davon 301.000 ohne Kinder. 10 Jahre später waren es mehr Familien, nämlich 651.000, aber auch wesentlich mehr Familien ohne Kinder, nämlich 368.000. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind in 10 Jahren 67.000 Familien mehr ohne Kinder.

Der Umfang der Großen Anfrage erlaubt es nicht, auf alle Punkte einzugehen. Das Kernthema der Familienpolitik ist aus unserer Sicht die **Vereinbar-**

**keit von Familie und Beruf.** Junge Frauen wollen und müssen häufig beides parallel handhaben. Unsere skandinavischen Nachbarn sind uns in diesem Bereich um Längen voraus, unter anderem auch beim kulturellen Mutterbild. So gilt etwa in Dänemark, anders als in Deutschland, eine Frau als Rabenmutter, die ihren Kindern den sozialen Kontakt in Krippen und Kitas mit Gleichaltrigen verweigert. Aber auch Männer, die eine Auszeit nehmen, um Kinder zu betreuen, werden in Skandinavien eher anerkannt als in Deutschland.

In der Antwort auf die Große Anfrage ist eindrucksvoll dargestellt, welche beispielhaften Möglichkeiten der **Arbeitszeitmodelle** es in der Landesverwaltung gibt und wie sie wahrgenommen werden. Während 25 % der beschäftigten Frauen in Teilzeit arbeiten, sind es nur 5 % der Männer. Mit der Darstellung der Zahlen ist ein Appell der Landesregierung an die Gesellschaft verbunden, auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Normalfall anzuerkennen.

Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt auf, welche Maßnahmen die Wirtschaft in diesem Bereich ergriffen hat. Betriebe, Verbände und Kammern unterstützen Initiativen wie „Standort Familienfreundlichkeit - Initiative Kiel“. Ich nenne als Beispiel hier auch das Projekt „Chefsache Familie“ der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland. Die Handwerkskammern Flensburg und Lübeck führen das Projekt „Personalmanagement im Handwerk“ durch. Die Industrie- und Handelskammern sind Partner der Landesregierung beim Wirtschaftspreis 2007, der unter anderem auch für Familien unterstützende Maßnahmen ausgelobt wird. Dies ist ein Schritt zu der in unserem Familienpapier geforderten Bündelung und Koordinierung der **familienfreundlichen Initiativen**.

Die CDU-Fraktion ist Herrn Wirtschaftsminister Dietrich Austermann dankbar, dass er am 1. Juni 2005 die Projektgruppe „Familienfreundlicher Betrieb“ im Ministerium gegründet hat. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur mit entsprechenden verlässlichen **Betreuungsangeboten** zu erreichen. Das im Familienpapier der CDU geforderte **kostenfreie letzte Kindergartenjahr** ist Beschlusslage, allerdings noch nicht ausfinanziert.

Die **Kita-Versorgung** ist in Schleswig-Holstein gut bis sehr gut ausgestaltet. Die Ministerin ist darauf eingegangen. Alle Kreise - bis auf Dithmarschen - haben ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder ab drei Jahre. Im Bereich der **Krippenplätze** geschieht etwas. Der Bedarf wächst, ist aber - ich verweise auf Seite 53 - in einigen Kreisen und kreisfreien Städten nicht hinreichend bekannt. Umfragen in Ki-

(Frauke Tengler)

tas meines Wahlkreises haben ergeben, dass die Nachfrage und der Bedarf kontinuierlich steigen.

Die Entwicklung der Grundschule zu einer **Verlässlichen Grundschule** ist in Schleswig-Holstein auf einem sehr guten Weg. Das Land stellt inzwischen 300 Planstellen dafür zur Verfügung. Die flächendeckende Einführung wird 2007/08 abgeschlossen sein. Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Auch im Bereich der **Ganztagschulen** wird von Landesseite weiter investiert.

(Beifall bei CDU und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, große Wertschätzung erfahren die zwölf vor Ort in unterschiedlichster Zusammensetzung gegründeten **lokalen Bündnisse** für Familien, die zum Ziel haben, die Situation von Familien vor Ort zu verbessern. Sie arbeiten hoch motiviert und ehrenamtlich. Dann aber kommt wie zum Beispiel in Schleswig-Flensburg der Datenschutz zu den fehlenden finanziellen Mitteln hinzu. Um überhaupt eine Grundlage zu haben, plant das Bündnis in Schleswig-Flensburg einen entsprechenden Fragebogen, den die Landesregierung dankenswerterweise unterstützt, an die Familien des Kreises zu versenden, aber das Einwohnermeldeamt gibt aus Gründen des Datenschutzes keine Adressen heraus. Das ist schade. Hier brauchen die Ehrenamtler unsere Unterstützung und Anerkennung. Frau Minister, das heißt auch, dass sie bei familienpolitisch relevanten Themen auf Augenhöhe von der Landesregierung gehört werden sollten.

Unter dem Schwerpunkt „Familienberatungsangebote“ und „Hilfen zur Erziehung“ ist ein breites Spektrum von **Beratungs- und Unterstützungsangeboten** aufgeführt, die mit nicht unerheblichen Finanzmitteln des Landes gefördert werden. Aus dem Bereich Flensburg-Neustadt, einem Brennpunktviertel, weiß ich, dass der Sozialdezernatsleiter nicht sagen kann, wie viele Projekte in diesem Stadtteil laufen. Da in Familien zunehmend weniger Lebens- und Sozialkompetenz vermittelt wird, treten die Defizite in der Gesellschaft zutage, denen mit entsprechenden Projekten begegnet werden soll. Dies sind mittlerweile aber so viele, dass selbst Fachleute den Überblick verloren haben. In der Bundesrepublik werden jährlich zum Beispiel 20 Millionen € für das Projekt „Jugendliche für Toleranz und Demokratie“ ausgegeben. Die Entwickler der Programme, in die das Geld fließt, müssen jedoch nicht den Beweis erbringen, dass ihre Methoden wirklich Gewalt verhindern. In Skandinavien ist die **Evaluation** jedes Projektes selbstverständlich. Dieses muss auch für unsere Landesprogramme und -projekte gelten. Meine Fraktion wird diese Frage weiterhin verfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Situation der **Alleinerziehenden**, einer Gruppe, die in familienpolitischen Debatten immer wieder erwähnt wird, kann die Landesregierung aus meiner Sicht keine belastbaren Aussagen machen. Sie weiß nicht, wie viele Alleinerziehende in Schleswig-Holstein wohnen, wie viele ohne Unterhaltsleistungen erziehen, wie viele von Hartz IV leben. Gerade hier lohnt es sich, genau hinzuschauen. Der verantwortungsvolle und kritische Umgang mit Medien - wir haben gerade gestern darüber gesprochen - ist aktueller denn je und nimmt einen breiten Raum in der Beantwortung der Großen Anfrage ein. Die Landesregierung weist darauf hin, dass Schulen und Kitas in dem hier angesprochenen Zusammenhang einen wesentlichen Beitrag leisten können. Das ist auch unserer Sicht zweifelsohne richtig, muss aber noch konkretisiert werden, wobei die Verantwortung der Eltern immer wieder einzufordern ist.

„Schleswig-Holstein - Familienland Nummer 1“ ist unser gemeinsames Ziel. Einen Königsweg zu einem kinderreichen Schleswig-Holstein gibt es nicht, wohl aber eine sinnvolle Abstimmung durchdachter notwendiger Angebote.

So kommt auch der im Sommer vorgestellte Siebte Familienbericht der Bundesregierung zu dem Schluss, der „Neuzuschnitt an Geldleistungen, Zielpolitik und Infrastrukturpolitik“ könne bessere Voraussetzungen für die Entscheidung für ein Kind schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir weiterhin ein besseres Klima für Familien in Schleswig-Holstein und arbeiten wir weiter an unserem Ziel „Schleswig-Holstein - Familienland Nummer 1 in Deutschland“!

(Beifall)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Ulrike Rodust das Wort.

**Ulrike Rodust [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst im Namen meiner Fraktion der Landesregierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage, die nicht nur die Entwicklungstrends der Familien in unserem Land und die zahlreichen Aktivitäten zu ihrer Unterstützung darstellt, sondern auch zukunftsweisende Vorschläge formuliert.



(Ulrike Rodust)

Von einem Ende der Familie, wie es viele Pessimisten immer wieder prophezeien, kann keine Rede sein. Allerdings ändern sich die **Lebensformen**. Wir reden heute von Kernfamilien, Wohngemeinschaften, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, Einelternfamilien, Patchworkfamilien und eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Gemeinsames Kriterium ist: Familie ist überall da, wo Kinder leben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Handlungsoptionen der Politik stützen sich auf den Siebten Familienbericht des Bundes, über den wir hier schon früher gesprochen haben. Er lotet die sozialen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familiengründung und für das **Leben in Familien** aus und stellt Vergleiche mit anderen europäischen Ländern an.

Zu den Botschaften dieses Berichtes gehören: Die Familie als Konzept ist im Wandel und steht in Konkurrenz zu nicht familiären Lebensmodellen. Noch immer sind Frauen viel stärker als Männer durch die Aufgaben in der Familie belastet. Immer mehr Ehen enden vor dem Scheidungsrichter. Immer mehr Familien müssen sich reorganisieren. Die innerfamiliäre materielle Unterstützung wird durch Senkungen der Realeinkommen und Renten beeinträchtigt, womit wir wieder in der Diskussion um das neue Modewort, das Prekariat, sind.

Kommunale und wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen die Erfolgchancen von Familien maßgeblich; das gilt aber auch umgekehrt. Zeitmanagement ist dabei einer der entscheidenden Faktoren. Die Lebenslaufmodelle in Deutschland erzeugen eine Rushhour, in der Berufsausbildung, Familiengründung und Berufstätigkeit so zusammenfallen, dass sie schwer zu bewältigen sind.

In Deutschland ist die Vorstellung, dass Kindererziehung eine Privatangelegenheit ist, immer noch tief verwurzelt. Eltern entwickeln eher ein schlechtes Gewissen, als dass sie Hilfe fordern. Nachbarn, Freunde, selbst Lehrer trauen sich oft nicht, sich einzumischen oder Unterstützung anzubieten. Dabei geht es nicht nur darum, dass Leute da sind, wenn etwas schiefgeht.

Das allermeiste, was Kinder und Jugendliche lernen, lernen sie weder von ihren Eltern noch von ihren Lehrern. Es gibt ein treffendes afrikanisches Sprichwort: Es braucht ein Dorf, um ein Kind zu erziehen. - Ich glaube, dies ist ein wichtiger Gedanke.

**Großfamilien**, in denen mehr als zwei Generationen unter einem Dach leben, sind auf dem Rück-

zug. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass Großeltern ihre Kinder bei der Erziehung ihrer Enkel unterstützen. Und das wird sich in Zukunft durch den Trend zur späten Elternschaft dramatisch verschärfen. Wenn zwei Generationen hintereinander erst gegen Ende des vierten Lebensjahrzehntes Eltern werden, führt das dazu, dass die erste Generation nicht mehr wie früher im fünften oder zu Beginn des sechsten Jahrzehntes Großeltern wird, sondern gegen Ende des achten. Sie werden ihren Kindern kaum noch helfen können, sondern - ganz im Gegenteil - bereits Unterstützung und Betreuung von ihren Kindern in Anspruch nehmen. Das wird die mittlere Generation in eine Sandwich-Lage zwischen zwei Generationen bringen, die gleichzeitig von ihnen abhängig sind und sie finanziell, mental und organisatorisch überfordern. Hier entsteht Sprengstoff für das Verhältnis der Generationen.

Das Zusammenleben mit einem Partner und mit Kindern ist keine Fähigkeit, die von selbst vorhanden ist. Sie muss erlernt werden, aber die Familie gehört zu den wenigen Lebensbereichen, für die Vorbereitung und Qualifikation weder als notwendig noch als erforderlich angesehen wird. Dies verwundert umso mehr, wenn man bedenkt, dass bereits ca. 40 % aller Ehen scheitern und dass viele **Eltern** mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Die meisten Angebote der Familienbildung erreichen jedoch nur „Mütter und Väter aus der Mittelschicht, die in Städten wohnen“.

Um auch andere und letztlich wichtigere Zielgruppen ansprechen zu können, setzt man jetzt auf die **Kindergärten**: Hier könnte man erstmals alle Eltern erreichen und die Eltern von Kleinkindern wären auch noch am ehesten motiviert, ihre Erziehungskompetenzen zu verbessern. Ich halte dies für einen interessanten Weg.

Die Herausforderungen sind groß und verlangen hohe Investitionen. Sie verlangen nicht unbedingt die Erhöhung der bisherigen öffentlichen Mittel für die **Familienförderung**, sie verlangen aber ein Nachdenken darüber, ob wir diese Mittel richtig einsetzen. In Deutschland werden jährlich 111 Milliarden € für die Familienförderung ausgegeben. Dabei ist der kostenlose Schulbesuch noch nicht berücksichtigt. So geben wir für Kindergeld und Kinderfreibetrag 36,1 Milliarden € aus. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Kranken- und Pflegeversicherung schlägt mit 13,4 Milliarden € zu Buche und die Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente wird mit 11,4 Milliarden € veranschlagt. Für die Kinderbetreuung werden ca. 12 Milliarden € und für die Kinder- und Ju-

(Ulrike Rodust)

gendhilfe 9 Milliarden € ausgegeben und der Steuerzahler zahlt künftig für Elterngeld 4 Milliarden €.

Aber: Insgesamt gibt Deutschland im **OECD-Vergleich** mit 60 % einen vergleichsweise hohen Anteil seiner Familienförderung direkt an die Eltern. In Schweden liegt dieser Anteil lediglich bei 30 %. Gerade beim Kindergeld - ich weiß, dass ich jetzt einige von den Stühlen reiße -, einer Gießkannenförderung par excellence, stellt sich doch die Frage, ob eine bedarfsunabhängige Leistung noch Platz in unserem Sozialsystem hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ein Land familienfreundlich sein möchte, muss es ein verlässliches Angebot von **Kinderbetreuungseinrichtungen** - auch solche, die die Schule ergänzen - sowie Verlässliche Grundschulen und offene Ganztagschulen schaffen und ausbauen.

(Beifall bei SPD, SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war schon in der letzten Legislaturperiode ein Schwerpunktthema der Landesregierung, obwohl Defizite fortbestehen: Die **Versorgungsquote** für Kinder unter drei Jahren ist problematisch. Für Kinder von drei bis fünf Jahren fehlen in vielen Regionen Ganztagsplätze. Da werden wir noch große Anstrengungen unternehmen müssen, bis wir zufriedenstellende Ergebnisse haben.

Die große Vielfalt an Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hände für die Familien ist für die Bürger häufig verwirrend. Bündelung ist bürgerfreundlich und entbürokratisierend. Ich freue mich deshalb, dass die Regierung damit begonnen hat, **Familienbüros** in ganz Schleswig-Holstein einzurichten. Familienpolitik ist nicht das persönliche Hobby der Familienministerinnen in Bund und Ländern, sondern eine **Querschnittsaufgabe** der Politik

(Beifall bei SPD und SSW)

und der gesamten Gesellschaft; das zeigen auch die Antworten auf diese Große Anfrage.

Es ist notwendig, dass ein **ganzheitliches Familienkonzept** entwickelt wird, dass es eine Verständigung über familienpolitische Aufgaben zwischen Kommunen, Gewerkschaften, Arbeitgebern, freien Trägern und Eltern gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine bessere Balance von Familienleben und Arbeitswelt. Dazu gehören eine familienfreundliche Unternehmenskultur sowie eine familienfreundliche Tarif- und Arbeitsmarktpolitik. Das Land kann lediglich beraten und bei der Unterstützung von Projek-

ten mitwirken. Gefragt sind hier mehr die Unternehmer. Familienfreundlichkeit ist Zukunftssicherung. **Unternehmen** und **Verwaltungen** müssen mehr dafür tun, dass gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Verpflichtungen in **Beruf und Familie** besser unter einen Hut bringen können.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist schwierig. Gerade bei höher qualifizierten Tätigkeiten lassen sich Karriereorientierung und Familiengründung unter den deutschen Rahmenbedingungen nur mit hohen Kosten vereinbaren. Deshalb entscheiden sich immer mehr Akademiker und Akademikerinnen gegen Kinder. Dabei hat eine Studie der Prognos AG nachgewiesen, dass sich familienfreundliche Maßnahmen von Unternehmen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten rechnen und zu Kosteneinsparungen führen. Außerdem profitieren der Staat und die sozialen Sicherungssysteme dadurch, dass mehr Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden, während gleichzeitig weniger Ausgaben für soziale Leistungen getätigt werden müssen. Das Projekt „Chefsache Familie“ ist hier beispielhaft.

Für heute danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und gehe davon aus, dass wir dieses wichtige Thema auch in Zukunft weiter aufmerksam diskutieren werden.

(Beifall)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Aus meiner Sicht hat Politik grundsätzlich zwei Möglichkeiten, Familienpolitik zu gestalten. Der erste Ansatz wäre: Die Politik hat ein bestimmtes **Familienbild** und tut alles dafür, um dieses Familienbild gesellschaftlich durchzusetzen. Das wäre ein familienpolitischer Ansatz, der zumindest in Teilen scheitern müsste, weil bestimmte Formen von Familien, wie sie sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt haben, einfach nicht erreicht werden können.

Der zweite Ansatz: Politik schaut genau hin, was sich in der **Gesellschaft** getan hat, was sich in der Gesellschaft an unterschiedlichen Familien entwickelt hat, an unterschiedlichen Lebensformen, an unterschiedlichen Formen des menschlichen Zusammenlebens, und versucht dann, diese nicht nur

(Dr. Heiner Garg)

zu akzeptieren, sondern für diese Lebensformen Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten, einen Rahmen zu bieten, in dem sich diese Lebensformen - und zwar alle - in der Gesellschaft entfalten können. Das ist unser Politikansatz und das sollte unser aller Ansatz sein, Familienpolitik zu gestalten.

(Beifall)

Da muss die Bereitschaft bei allen vorhanden sein, bestimmte **Formen des Zusammenlebens** als Familie anzuerkennen und diesen Familien entsprechende Angebote zu unterbreiten. Das heißt aus unserer Sicht, dass Familienpolitik noch ein bisschen mehr sein muss als nur Querschnittsaufgabe. In diesem Fall beschreibt aus meiner Sicht der Begriff „**integrativer Ansatz**“ das noch besser, was wir erreichen wollen.

Folgt man diesem integrativen Ansatz, muss man Antworten auf grundlegende Ausgangsfragen finden. Erstens: Ist das Angebot, das die Politik für Familien bisher bereithält, überhaupt geeignet? Zweitens: Kommt Familienpolitik bei denen an, für die sie eigentlich gemacht wird? Drittens: Was ist Familie eigentlich, was macht Familie eigentlich aus?

Wenn wir in die Gesellschaft gucken, wenn wir mit Menschen reden, wird deutlich: Familie ist bunter, Familie ist vielfältiger geworden. Lebensvorstellungen, **Lebensbedingungen** haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte gründlich geändert. Familie beschränkt sich mittlerweile nicht mehr auf das Zusammenleben von verheirateten Ehepaaren mit Kindern. Die beiden Rechtsinstitute Ehe und Familie werden immer weniger in einem Atemzug genannt. Die Lebensform Familie hat sich im Laufe der Zeit schneller gewandelt, als dies bisher in vielen Fällen vom Gesetzgeber nachvollzogen worden ist. Weniger Eheschließungen, mehr Scheidungen, eine steigende Zahl von außerehelichen Geburten sprechen hierbei eine deutliche Sprache.

Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn wir unter Familie auch das Zusammenleben von Elternteilen mit Kindern, nicht Verheirateter mit Kindern sowie Geschiedenen mit Kindern verstehen. Das heißt nicht - um es ganz deutlich zu sagen -, dass die klassische Familie zurückgedrängt werden soll, sondern dass neue Begrifflichkeiten notwendig sind, um das Miteinander von Menschen neu zu definieren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ob Patchworkfamilien, bei denen die neuen Partner mit ihren Kindern aus einer vorangegangenen Part-

nerschaft eine neue Gemeinschaft bilden, oder sogenannte Regenbogenfamilien, in denen homosexuelle Partner mit ihren Kindern zusammenziehen - entscheidendes Kriterium für Familie muss sein, dass Menschen füreinander eintreten. Diese Erkenntnis ist mittlerweile im Übrigen parteiübergreifend bei den meisten Familienpolitikern angekommen. Ob konservatives oder liberales Familienbild - Unterscheidungen verlieren zu Recht ihre Bedeutung, wenn Kinder zum Mittelpunkt von Familienpolitik gemacht werden.

Familie ist deshalb unabhängig von einer politischen oder ideologischen Ausrichtung jede Art von Verantwortungsgemeinschaft von Menschen, insbesondere aber diejenige, in der Kinder leben. Dass ein solcher **Wandel** auch in der **Politik** stattgefunden hat, wird mit der Einführung des Elterngeldes deutlich. Auch da verschwimmen - ich will das einmal so salopp sagen - alte Feindbilder. Es war eine CDU-Bundesfamilienministerin auf Bundesebene, die das Familiengeld eingeführt hat - erstaunlich, aber begrüßenswert.

Beim **Elterngeld** wird gerade nicht mehr auf eine bestimmte Form der Familie oder deren rechtlichen Status des Zusammenlebens abgestellt. Maßgeblich für die Leistungsgewährung ist das Kind; das Kind steht hierbei im Mittelpunkt.

Das muss auch heißen, dass Angebote, die es für Familien gibt, nicht mehr ausschließlich auf den **klassischen Familienbegriff** verengt werden dürfen. Denn Familie hat mit Vielfalt zu tun. Sie ist als Lebensform auch von Rahmenbedingungen abhängig und diese Rahmenbedingungen setzen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wie schwierig es für Menschen immer noch sein kann, die sich bewusst für eine neue Familienform entschieden haben, macht eine derzeit durchgeführte Erhebung der psychosozialen Frauenberatungsstelle donna klara deutlich. Der Kollege Baasch, der selber da war - wir mussten einen Mitarbeiter zu der Runde entsenden -, weiß, wovon ich spreche. In dieser Erhebung wurde untersucht, wie und unter welchen Bedingungen Kinder aus lesbischen Familien leben und was ein Outing von Müttern für die Kinder bedeuten würde.

Dazu wurde unter anderem in Familienbildungsstätten und in Kindertagesstätten eine Umfrage gestartet. Das vorläufige Ergebnis ist, dass es lesbische Familien weder in ländlichen noch in städtischen Bereichen offiziell zu geben scheint. Nicht nur das, von den Einrichtungen wurden Frauen offen ange raten, sich nicht als Regenbogenfamilie zu outen,

(Dr. Heiner Garg)

um die Kinder vor einer gesellschaftlichen Stigmatisierung zu bewahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich in dieser Gesellschaft niemand mehr verstecken muss, der eine Familie gründet - völlig egal, wie das Zusammenleben von Menschen mit Kindern aussieht.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daran müssen wir arbeiten, unabhängig von Erhebungen, Großen Anfragen oder Berichten. Hier zeigt sich nämlich, dass Familienpolitik nicht am Reißbrett geplant werden kann, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz durch entsprechende Angebote nach wie vor nicht gewollt ist.

Ob Patchworkfamilie, Regenbogenfamilie, alleinerziehende Familien, deren Partner mit oder ohne Trauschein zusammenleben: Politik für Familien kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Entwicklung positiv begleitet, statt sie zu bekämpfen. Wenn sich **soziale Strukturen** grundlegend ändern und sich Familien selbst neu definieren, muss Politik Konzepte finden, die genau diese Herausforderungen bewältigen. Gerade im Hinblick auf die **demografische Entwicklung** wird dieses Thema wichtiger denn je. Frau Vizepräsidentin, Sie haben das angesprochen.

Die Antworten auf die Große Anfrage zum **Bereich Pflege** in der Familie machen deutlich, dass auch hier Handlungsbedarf besteht. Noch werden in Schleswig-Holstein rund 62 % der Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung zu Hause durch Angehörige gepflegt. Danach ist sie auch einmal kalkuliert worden, sonst wäre das ganze Zahlenwerk ohnehin schon längst zum Einsturz gebracht.

Dabei wissen wir, dass derzeit in der Regel die Partner beziehungsweise Kinder die Hauptpflegepersonen sind. Welche Antwort haben wir, wenn aufgrund des gewandelten Familienbildes eine andere innerfamiliäre Solidarität entstanden ist, als es der Gesetzgeber für möglich gehalten hat? Diese Frage stellt sich beispielsweise dann, wenn es darum geht, Pflegezeit zu beantragen. Wenn die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Pflegezeit pflegende Angehörige stärken soll - so wie von den Arbeits- und Sozialministern Mitte November beschlossen -, muss eine Antwort darauf gegeben werden, ob Partner einer solchen Verantwortungsgemeinschaft oder deren Kinder ebenfalls unter den Begriff eines Angehörigen fallen.

Wie **kommunale Strukturen** sinnvoll weiterentwickelt werden können, zeigen einzelne Projekte in

Schleswig-Holstein, in denen beispielsweise Kindertageseinrichtungen zu **Nachbarschaftszentren** umgewandelt und zu **Mehrgenerationenhäusern** ausgebaut werden. Diese Strukturen sind aber nur dann erfolgreich, wenn eine gemeinsame Planungsgrundlage verabredet und durchgehalten wird.

Die Große Anfrage gibt einen aktuellen Überblick über die Istsituation und die vorhandenen Rahmenbedingungen. Die abgefragten Daten bilden dabei eine entsprechende Grundlage für die weitere Planung im Land. Jetzt muss es darum gehen, die vorhandenen Rahmenbedingungen zu hinterfragen, gegebenenfalls neue zu setzen und diese dann an die Realitäten anzupassen. Ansonsten kommt Familienpolitik nicht bei denen an, für die sie eigentlich machen wollen und - das sage ich ganz persönlich - mit denen wir sie eigentlich machen wollen. Denn Politik mit Menschen zu gestalten, ist immer noch spannender, als Menschen Politik überstülpen zu wollen.

Die konkrete Umsetzung der Familienpolitik erfolgt dabei immer noch durch die Kommunen vor Ort. Da müssen auch Antworten auf die Frage gefunden werden, wie Kommunen und Land gemeinsam weitere Planungsschritte verabreden können, damit es in Zukunft erst gar nicht zu einem Verteilungskampf um die letzten Kinder kommt, wie in der Antwort der Landesregierung plastisch beschrieben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Wunsch nach einer besseren Infrastruktur für mehr Familienfreundlichkeit unerfüllt bleibt, da Wunsch und Wirklichkeit an der finanziellen und planerischen Leistungsfähigkeit der Kommunen scheitern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade die Sozial- und Familienpolitiker werden sich noch oft unter anderem im Sozialausschuss mit den Ergebnissen dieser Großen Anfrage beschäftigen. Ich hoffe aber, dass wir neben der Befassung mit den Ergebnissen dazu kommen, neue, moderne familienpolitische Ansätze zu verwirklichen, dass sich in diesem Lande Schleswig-Holstein wirklich alle wohlfühlen können, die sich dazu entschieden haben, in einer Familie Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke zunächst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die viele Arbeit, die sie sich mit diesem Bericht gemacht haben. Aber trotzdem - dies zielt jetzt nicht auf die Mitarbeiter, sondern auf die Landesregierung - finde ich, die Antwort auf diese Große Anfrage der CDU enthält viel bedrucktes Papier, aber wenig Inhalt.

Gerade hat mein Vorredner die Vielfalt von Familien angesprochen und zu Recht die Defizite, die wir noch im öffentlichen Bewusstsein haben. Nach dieser Vielfalt der Familien hat die fragenstellende Fraktion nicht gefragt, aber trotzdem hätte man dazu antworten können.

(Lachen bei SPD, CDU und FDP)

Meine Kritik erstreckt sich aber noch weiter. Jedes Ministerium der Landesregierung hat brav aufgeschrieben, was als familienfördernd in dem jeweiligen Arbeitsfeld angeführt werden kann, aber aus diesem Puzzle ergibt sich kein Bild. Bei der Lektüre der einzelnen Kapitel gewinnt man den Eindruck, dass einzelne Ministerien, aber auch Ministerien und Kommunen nebeneinanderher arbeiten, jedoch keine gemeinsame Strategie verfolgen. Der CDU-Parteitag hat vor wenigen Tagen aufzuholen versucht und endlich aktuell beim Zeitgeist mit Beschlüssen anzukommen, wie Frau Tengler gerade hervorgehoben hat. Ich kann Ihnen nur sagen: Willkommen im Boot! Von diesem Kampfgeist ist in dem Familienbericht aber wenig zu spüren.

Auffällig ist eine gewisse traditionelle Rollenverteilung im Kabinett. Während - das muss man deutlich konzedieren - Frau Trauernicht als zuständige Ministerin für Familienpolitik und auch Frau Erdsiek-Rave, als Bildungsministerin verantwortlich für die Kindertagesstätten, sich deutlich bemühen, die Kommunen mit ins Boot zu holen, um positiv für die Familien zu wirken, konterkarieren andere Ressorts, vielleicht nicht zufällig durch Männer angeführt, diese Bemühungen.

(Frauke Tengler [CDU]: Wie denn?)

Ich möchte dies mit zehn Beispielen belegen:

Erstens. Das Finanzministerium, der Finanzminister, nimmt den Kommunen nicht nur Geld. Gemeinsam mit dem Innenminister erlaubt er im Gegenzug ausdrücklich, die **pädagogischen Standards** in den Kindertagesstätten zu senken. Es werden dazu sogar Modellversuche gemacht.

Zweitens. Der nach meiner Kenntnis 45,6 Millionen € schwere Zuschuss der Landesregierung an die

Kommunen für die **Jugendhilfe**, bisher eindeutig der Jugendhilfe gewidmet, landet nunmehr im allgemeinen kommunalen Finanzausgleich. Das heißt, zukünftig können **Kommunen** dieses Geld für alles Mögliche ausgeben. So wird der Trend unterstützt, bei der Jugendhilfe zu sparen. Es wäre einen Extrabericht wert, wo dies überall geschieht. Dieses lässt sich belegen. Der Abbau von professioneller Infrastruktur für Kinder und Familien in Not kann aber nicht durch die im Familienbericht beschriebenen ehrenamtlichen Maßnahmen wie Schutzengel und Ähnlichem aufgefangen werden. Es ist also nur eine Frage der Zeit, wann wieder ein Fall von Kindervernachlässigung publik wird, der uns dann alle bewegt.

Ich möchte nicht das Engagement im **Städte- und Wohnungsbau** leugnen, aber auch hier wissen wir, dass dies auf kommunaler Ebene durch Wohnungsverkäufe konterkariert wird. Das kann ich nicht der Landesregierung anlasten, ich will es nur an dieser Stelle erwähnen.

Familienfeindlich zeigt sich auch das Engagement von Herrn Austermann, der hier in der Vergangenheit für Furore gesorgt hat. Er will **Studiengebühren** einführen. Das wird vielen Studierenden das Studium erschweren und vor allem aber ihre Familien belasten. Das **Studium in Teilzeit** ist nach wie vor eine schwierige Geburt. Ich bin gespannt, ob es diesmal geschafft wird, es als Regelfall durchzusetzen. Es ist auch nach wie vor nicht alltäglich, dass Teilzeit-Professuren zugelassen werden.

Ganz besonders geärgert hat mich aber das Engagement von Herrn Austermann als Wirtschaftsminister - das ist mein dritter Punkt. Es werden die lang bewährten **Kurse für Berufseinstiegerinnen** gestrichen, ein vergleichsweise kleiner Betrag, der sich aber in den letzten Jahren ausgezahlt hat. Die Maßnahmen waren immer erfolgreich. Hier werden also Mütter, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wollen, bestraft.

Als Wissenschaftsminister schwächt Herr Austermann auch die **Frauenbeauftragten** an den **Hochschulen**; gerade diese haben sich in den letzten Jahren für die Familienfreundlichkeit der Hochschulen nachhaltig eingesetzt. Da wundert es auch nicht, wenn im gleichen Zuge das Thema **Kindertagesstättenplätze an Hochschulen** ein Dauerbrenner ist.

Kommen wir zum Innenminister. Ich hatte ihn bisher nur im Zusammenhang mit den Finanzen der Jugendhilfe erwähnt und bei den Kitas. Nun geht es aber auch um die **Migrationssozialberatungsstellen**. Wir müssen uns bewusst sein, dass gerade die-

(Angelika Birk)

se Beratungsstellen - wir werden heute noch darüber reden - ein ganz wichtiger Baustein für die Familien in der Migrations- und Flüchtlingssituation sind. Die Menschen, die dort gearbeitet haben, waren langjährige vertrauensvolle Ansprechpartner. Ihnen ist gekündigt worden. Ein wichtiger strategischer Baustein für die Integration von Migrationsfamilien fehlt jetzt. Das ist ein familienfeindlicher Akt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Gleichstellungsbeauftragte haben wir hier öfter diskutiert. Ich möchte es nur der Vollständigkeit halber noch nennen, dass das Innenministerium zugelassen hat, dass die **Gleichstellungsbeauftragten** nur noch in großen **Kommunen** eine Pflichtaufgabe sind. Wir haben nun eine Reihe von Kündigungen zu beobachten. Meines Wissens waren die Kolleginnen vor Ort gerade dabei, die Umsetzung der Bundeskampagne „Bündnis für Familien“ zu betreiben und wurden sozusagen mitten in dieser familienfreundlichen Tätigkeit abberufen.

Noch etwas im Feld des Innenministers: Eine lückenhafte Berichterstattung zu den **Kindertagesstätten** wurde hier schon von den Vorrednern genannt. Ich muss sagen, das ist fast schon ein Fall für die Kommunalaufsicht. Wir hatten das schon bei der letzten Berichterstattung zu diesem Thema kritisiert. Im Bericht wird auf den Seiten 51 ff. zugegeben, dass man wenig für die Plätze für unter Dreijährige sagen kann, auch über die Gebührentwicklung sehr wenig sagen kann und nur Durchschnittswerte angibt. Das wird entschuldigt, aber man kann es nicht mit Zeitnot entschuldigen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Berichterstattung der Kommunen hier in großen zeitlichen Abständen erfolgt und nicht aktuell ist. Bei einem so wichtigen Thema, das auch ein Bundespolitikum geworden ist, brauchen wir ordentliche Fakten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der FDP)

Ich komme nun zur Landesregierung als Arbeitgeber. Ich bin inzwischen bei meinem neunten Punkt angelangt. Herr Schlie als Staatssekretär hat nun ausgerechnet ein Dokument für entbehrlich gehalten, das die **Gleichstellung in der Personalentwicklung der Landesregierung** angeht. Wir erfahren hier im Bericht, dass wir etwa 30 % Teilzeitstellen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden haben. Die Erfahrung ist, dass 50 % der Frauen **Teilzeit** arbeiten, nur 10 % der Männer. Wenn wir aber genau hinsehen, wer aus familienpolitischen oder Familiengründen Teilzeit arbeitet, dann kommen wir auf ganze 15 Männer, 15 an der

Zahl in allen Ministerien. Da zeigt sich, dass es noch nicht weit her ist, auch im Bereich der Landesregierung, was Väterurlaub und dergleichen betrifft. In Zukunft werden wir solche Zahlen aber gar nicht mehr nachlesen können. Wir werden gar nicht wissen, ob die Arbeitgeberfunktion der Landesregierung vorbildlich erfüllt wird, denn dieser Bericht wird zukünftig gestrichen. Das ist ein großartiges Ergebnis der schlieschen **Entbürokratisierungskampagne**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun kann man an dieser Stelle nicht darüber schweigen, dass natürlich auch die jüngsten **Personalbeschlüsse der Landesregierung** in der Summe vielen Familien weniger Geld bringen. Das ist uns bewusst. Wir haben trotzdem diese Personalkosteneinsparung schweren Herzens mitgetragen, um einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. Allerdings halten wir die allgemeine Heraufsetzung der **Arbeitszeit** für falsch. Tatsächlich wäre es familienfreundlicher gewesen, nicht nur als Ausnahme, nicht nur als individuelles Recht, sondern mit den Personalräten allen flexible Arbeitsgestaltung anzubieten und dies auszugestalten. Dies wäre etwas Mutiges gewesen, etwas Wegweisendes, aber leider Fehlanzeige.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Beispiele sollen zeigen, der Slogan Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe ist in diesem Zusammenhang eine bloße Leerformel. Ich muss an dieser Stelle sagen, Frau Trauernicht, ich schätze Ihren Kampfgeist in vielen Bereichen, wenn es um das Thema Pflege geht. An dieser Stelle zur Familienpolitik wird zumindest in der Öffentlichkeit - ich weiß ja nicht, was hinter verschlossenen Türen passiert - ein Kampfgeist der Familienministerin und auch der Bildungsministerin gegen diese Eingriffe in die Ressorts nicht sichtbar.

Da passt es vielleicht, dass uns genau zu dieser Debatte ein Antrag der Koalitionsfraktionen auf den Tisch geflattert ist. Er bezieht sich zwar auf das Thema Kindertagesstätten. Aber es heißt in der letzten Zeile:

„Wir bitten die Landesregierung weiter, einen schriftlichen Bericht zur 21. Tagung über

- jetzt kommt es -

eine sozial gerechte Familienpolitik, die eine ganzheitliche Förderung umfasst, vorzulegen.“

Ich glaube, dem brauche ich nichts hinzuzufügen.

(Angelika Birk)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab ein Lob an die Fragesteller von der CDU: Der vorliegende Bericht zur Familienpolitik ist durch die breit angelegten Fragen ein hervorragendes und aktuelles Nachschlagewerk über alle Maßnahmen der Landesregierung bezüglich der Förderung von Familien geworden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ob es sich um Wohneigentum oder um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf handelt, alle Programme und Maßnahmen werden in diesem Kompendium dargestellt. Allerdings halte ich den betrieblichen Bereich für etwas unterrepräsentiert. Gerade die betriebliche Wirklichkeit ist es doch, die die Entscheidungen zugunsten oder auch zuungunsten einer Familie besonders stark beeinflusst.

Zugleich zeigen bereits die Fragen, dass eine solide und nachhaltige Familienpolitik eine anspruchsvolle **Querschnittsaufgabe** ist, die viele Bereiche betrifft. Angesichts dieser Mammutaufgabe sind Koordinierungsschwierigkeiten und Reibungsverluste durch Doppelstrukturen sehr wahrscheinlich. Umso besser, dass sozusagen die aktuelle Fassung der Familienpolitik auf dem Tisch liegt. Jetzt können wir an die weitere Optimierung der Strukturen gehen, weil viele Fakten bekannt sind.

Es geht aber auch um Grundsätzliches. So wird allein die Familienförderung von fünf unterschiedlichen Stellen ausgezahlt. Wann eine allein zuständige **Familienkasse** eingerichtet würde, die alle diese Leistungen zusammenfasst und damit den Familien eine einfachere und transparentere Struktur anbietet, ist leider noch völlig unklar. Die Landesregierung vertraut hier auf entsprechende Initiativen der Bundesregierung. Die ist allerdings, wie wir beim Elterngeld sehen, nicht gerade mit Hochdruck dabei, die finanzielle Familienförderung institutionell zu straffen. Eltern werden immer noch häufig als Bittsteller gesehen. Wer einen Antrag auf Erziehungsgeld oder auf eine andere Leistung schon einmal in der Hand hatte, den wird es nicht wundern, dass die Antragszahlen rückläufig sind. Das derzeitige Antragsverfahren ist nicht der optimale Weg, weil die Verfahren kompliziert und nicht per se ge-

recht sind. Daran krankt das System schon seit Jahren, ohne dass sich etwas ändert.

Leider zitiert die Sozialministerin an vielen Stellen Zahlen aus bereits bekannten Drucksachen. Der SSW hätte sich an manchen Stellen eine weitere Konkretisierung gewünscht. Ich wiederhole noch einmal, was ich schon vor einigen Wochen an dieser Stelle eingefordert habe. Die Nennung von Adressen von **Beratungsstellen** lässt allenfalls Rückschlüsse auf eine angemessene regionale Verteilung zu. Erst Angaben über Aufgabenprofil, Nachfragezahlen und Mitarbeiterzahlen machen eine Bewertung der Strukturen möglich. Erst dann kann man daraus ableiten, wie viel Geld man diesen Strukturen zur Verfügung stellt.

Ich möchte hier als Beispiel die Frage 18 nach den **lokalen Bündnissen der Familien** nennen. Die Sozialministerin antwortet zwar auf die Frage, wo es welche gibt, schweigt aber zu den konkreten Angeboten, obwohl die Fragesteller ausdrücklich nachgefragt haben. Die Antwort ist nicht gekommen.

Ziele kann man viele formulieren. Was steckt aber an konkreten Angeboten dahinter? - So weiß ich jetzt, dass sich in Flensburg das Bündnis für Familie den Wirtschaftsstandort stark machen will. Welche Akteure dabei sind und was sie genau planen, weiß ich allerdings nicht. Das Gleiche gilt für Kiel, Neumünster, Schwarzenbek und so weiter. Hier hätte ich mehr Informationen erhofft.

Überrascht war ich wirklich darüber, wie dünn die statistische Grundlage in manchen Politikbereichen ist. Der SSW will keineswegs einer Datensammeltätigkeit das Wort reden; denn der bürokratische Aufwand in manchen sozialen Institutionen ist bereits jetzt zu hoch. Aber bei vielen Fragen muss der Mikrozensus aus dem Jahr 2002 herangezogen werden. Aktuelleres Material liegt nicht vor. Bei einigen Fragen muss diese Quelle sogar passen. So weiß niemand, wie viele Väter Elternzeit in Schleswig-Holstein in Anspruch nehmen. Das finde ich bedauerlich. Allerdings habe ich - das gebe ich ehrlich zu - auch kein Patentrezept dafür, wie man das ändern kann.

Noch eine Bemerkung zur Statistik! Warum liegen Ende 2006 noch keine Daten für das Jahr 2005 zu den **Bedarfsgemeinschaften** vor? Ich dachte, dass die Zusammenarbeit der Statistischen Landesämter Schleswig-Holsteins und Hamburgs alles beschleunigen sollte. Wann dürfen wir die Zahlen erwarten? Wir sollten die Zahlen eigentlich so schnell wie möglich haben, damit wir daraus Konsequenzen ziehen können. Veraltetes statistisches Material

(Lars Harms)

taugt eigentlich nur fürs Bücherregal. Eigentlich ist das dann eine Verschwendung von Landesmitteln.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Politik, lieber Kollege Neugebauer, hat Grenzen; das wissen wir alle. Sie kann und sollte nicht in Familien und private Entscheidungen hineinregieren. Der Bericht zeigt es deutlich. Politik sollte Entscheidungsräume öffnen. Wie diese dann genutzt werden, unterliegt der Freiheit des Einzelnen. Ohne eine vernünftige **Kinderbetreuung** mit Öffnungszeiten, die sich an Zeiten in Betrieben orientieren, kommt eine Berufstätigkeit für Eltern gar nicht infrage. Der Umkehrschluss lautet aber nicht, dass automatisch alle Erwachsenen berufstätig sein müssen, solange ein breit gefächertes Unterstützungsangebot vorhanden ist.

Die Kinderbetreuungsangebote in Schleswig-Holstein haben sich in den letzten Jahren auf beeindruckende Weise verbessert. Hinter den Zahlen steht ein enormes Wachstum, was noch vor einigen Jahren als illusorisch galt. Auch der Ausbau der Ganztagschulen ist beeindruckend. Ich möchte aber noch einmal betonen, dass bei alledem das Wohl des Kindes im Vordergrund steht. Die pädagogische Förderung von Kindern ist vorrangig. Auch wenn die CDU-Fraktion das Wort „Geburtenrate“ in Anführungszeichen verwendet, möchte ich davor warnen, Familienpolitik allein unter demografischen Aspekten zu betreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Vorbemerkung der Fragesteller, in der die Bedeutung einer guten Familienpolitik für funktionierende Rentenkassen angesprochen wird, zeigt in die falsche Richtung. Nicht die Familie ist für die Gesellschaft beziehungsweise die Sozialkassen da, sondern die Gesellschaft und auch die Sozialkassen müssen die Entscheidung für Familie unterstützen. Dabei spielt es keine Rolle, wie diese Familie aussieht.

Der **Wandel der Familie** in den letzten Jahrzehnten hat eine Vielzahl unterschiedlicher Familienformen hervorgebracht. Davon sind Familien mit nur einem erziehenden Elternteil nur eine Form. Aber nur danach fragt die CDU. Es gibt Mehrgenerationenfamilien, Familien mit homosexuellen Eltern und Patchworkfamilien. Alle diese Familien haben ihre Kompetenzen, aber auch ihre Defizite und Probleme. Gern hätte ich mehr über die aktuellen Unterstützungsangebote für diese Familien gewusst.

Die Familie gibt es nicht, wenn es sie denn überhaupt jemals gegeben hat.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso wenig gibt es den einen Grund, keine Kinder zu haben. Wer eine eigene Familie gründen möchte, diesen Wunsch aber nicht in die Tat umsetzen kann, verweist auf viele Gründe. Berufliche Unsicherheit rangiert dabei an erster Stelle. Die Entscheidung für ein Kind zieht eine langjährige Verpflichtung nach sich. Zeitverträge und Kettenpraktika lassen keine langfristige Perspektive zu. Hier müssen die Betriebe einen anderen Kurs einschlagen. Man kann nicht über steigende Sozialkosten jammern und gleichzeitig den Mitarbeitern den Boden unter den Füßen wegziehen.

Darum kritisiert der SSW die Pläne der Bundesregierung, den Kündigungsschutz für Berufsanfänger für zwei Jahre auszusetzen. Wer nach 24 Monaten ohne Angabe von Gründen auf die Straße gesetzt werden kann und in den sozialen Abstiegsstrudel geraten kann, wird sich schwerlich für eine Familie entscheiden. Hier müssen wir Initiativen unterstützen, die **familienfreundliche Strukturen** in den **Betrieben** schaffen. Dabei sollten wir uns nicht auf Appelle und die Auszeichnung beispielhafter Betriebe beschränken. Bereits in wenigen Jahren werden wir einen so massiven Facharbeitermangel haben, dass es zum Wettbewerb um gute Bewerberinnen und Bewerber kommen wird.

In Dänemark ist es derzeit so: Faktische Vollbeschäftigung beflügelt die Unternehmen zu sehr kreativen Arbeitszeitmodellen. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Unternehmen bei uns erkennen müssen, dass familienfreundliche Strukturen in ihrem ureigensten Interesse liegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um ein Thema kommen wir nicht herum: **Computerspiele** und ihre **Auswirkungen**. Die CDU-Fraktion hat nach dem Schutz vor gewaltverherrlichenden Angeboten im Internet gefragt. Wir haben über Egoshooter-Spiele à la Counter-Strike bereits gestern gesprochen. Die Landesregierung ist in der vorliegenden Antwort ehrlich - das rechne ich ihr hoch an -; denn die Ministerin weiß, dass sich das Internet den klassischen Regelungsversuchen - so ist es formuliert - entzieht. Betreiber von Homepages sind nur schwer auszumachen und die Überwachung von Chatrooms läuft oftmals ins Leere. Bekommen die Jugendlichen das mit, wechseln sie einfach auf eine andere Plattform und sind dem staatlichen Zugriff wieder entzogen. Die Stärkung der **Medienkompetenz** ist meines Erachtens der



(Lars Harms)

vordringlichste Weg, was den Umgang mit den Gefahren dieser Spiele angeht.

Hinhören und zuhören, was Jugendliche sagen, ist wichtiger denn je. Vielleicht sollten wir Eltern noch mehr schauen, was unsere Kinder im Internet treiben. Ich meine das nicht als Kontrolle, sondern auch als gemeinsames Miterleben. Heutzutage hat der Computer das gemeine Brettspiel schon bei den unter 10-Jährigen verdrängt. Die Eltern sollten sich darauf einlassen und die Kinder in der virtuellen Gemeinschaft nicht alleinlassen.

Die Antwort der Landesregierung zur Familienpolitik zeigt, dass wir in vielen Punkten auf dem richtigen Weg sind, vor allem beim Ausbau der Kinderbetreuung. Dennoch ist die Familienpolitik noch keineswegs die Querschnittsaufgabe, die der Titel nahelegt. Im Gegenteil: Manche Probleme sind kleingehackt, damit sie überhaupt an bestehende Strukturen andocken können. Die **Vernetzung** bestehender Angebote bleibt nach wie vor eine vorrangige Aufgabe. Das muss aber nachhaltig geschehen. Wir sollten dabei nicht nur auf Kongresse und Bündnisse setzen. Koordinierung kostet Zeit und muss bezahlt werden. Ein Ausspruch wie: „Setzt euch mal zusammen!“ ist nicht genug. Transparente und eindeutige Strukturen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen finanziell unterstützt werden. Viele Projekte, die die Ministerin nennt, müssen jedes Jahr neu beantragt werden. Eine **institutionelle Förderung** wäre auch im Sinne einer verlässlichen Familienpolitik besser. Deshalb müssen wir unsere guten Projekte verstetigen, ausbauen und zur Regel werden lassen.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ging um die Frage, ob Frau Birk zu Recht Vorwürfe erhoben hat. Das musste sauber geklärt werden, weil wir ein Interesse daran haben, deutlich zu machen, dass wir im Bereich der Familienpolitik wirklich alles unternehmen, um vernünftig zu handeln.

Frau Birk, Sie hatten drei oder vier Vorwürfe an mich gerichtet. Es ist immer gut, wenn man jemanden hat, den man als Reibebaum benutzen kann.

Das ist in Ordnung. Dazu will ich nur sagen: Es gibt auch im neuen Hochschulgesetz Frauenbeauftragte. Daran wird sich nichts ändern.

Beim **Programm für Berufseinsteiger** sind wir zurzeit dabei, eine Lösung herbeizuführen, die das Ganze auf einer anderen Ebene fortführt. Dieses Programm ist aus dem **ESF** gestrichen worden. Es liegt nicht mehr in der Zuständigkeit meines Hauses. Wir sind aber mit dem Arbeitsministerium dabei, etwas Neues zu machen.

Zur Frage des **familienfreundlichen Betriebs** möchte ich sagen: Wir machen einen Wettbewerb, aber wir werden über das Zukunftsprogramm Wirtschaft auch dafür sorgen, dass dies keine Eintagsfliege wird. Betriebe werden ausgezeichnet.

(Beifall bei der CDU, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Übrigens gibt es hier einen großen Andrang von Mitarbeitern, die sagen, warum ihr Betrieb familienfreundlich ist. Auch das gehört zur Realität. Man gibt so nicht nur den Eindruck, dass alles kaputt und marode ist und dass es nur noch Familien gibt, die nicht intakt sind. Vielmehr gibt es wirklich eine Fülle von Betrieben, die sagen, dass bei ihnen viel auf dem Weg ist. Über das Zukunftsprogramm Wirtschaft werden wir dafür sorgen, dass auch in Zukunft Familienfreundlichkeit ein Förderkriterium für die Unterstützung von Betrieben sein kann.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ich denke, dies musste nachgetragen werden. Einen Satz von Herrn Harms fand ich besonders gut. Er hat gesagt, er habe den Eindruck, dass durch diese Regierung im Bereich der Familienpolitik einiges auf den Weg gekommen sei. Das betrifft sowohl Frau Kollegin Trauernicht als auch Frau Erdsiek-Rave, den Kollegen Döring und auch mich. Damit trifft dies praktisch für das ganze Kabinett zu.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

**Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln**

**(Präsident Martin Kayenburg)**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1079

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/1107

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Monika Heinold hat das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Familienpolitik heißt, Eltern und Kindern die Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Aus dieser Perspektive ist die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten hin zu **Familienzentren** eine große Chance. **Kitas** sind selbstverständlicher Lebensmittelpunkt der Kinder. Sie sind für Mütter und Väter Anlaufstelle und Entlastung. Sie sind Kontaktbörsen für Eltern und sie sind ein für Eltern und Kinder vertrauter Ort. Kindertagesstätten erreichen circa 90 % aller Kinder und damit auch aller Eltern. Sie sind der Ort, der Hilfeangebote gut und niedrigschwellig gestalten kann. Kindertagesstätten beginnen landauf, landab, sich auf die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen einzustellen; auf eine Situation, in der immer mehr Eltern Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder brauchen.

Lassen Kindertagesstätten die Türen offenstehen, so ergibt es sich schnell, dass aus dem unverfänglichen Türklingsgespräch ein notwendiges Beratungsgespräch wird. Ob Klönecke oder Kochkurs, ob Erziehungsberatung oder Sprachtherapie - wenn Kindertagesstätten diese Angebote vorhalten, werden sie gern angenommen. Gerade in **Brennpunktstadtteilen** ist dies eine gute Möglichkeit, Eltern zu erreichen. So hat beispielsweise die Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt in Kiel-Mettenhof mit ihrem Konzept des offenen Kinderhauses gute Erfahrungen gemacht und erweitert gerade ihr Angebot um die Schnittstelle Sozialarbeit Kindertagesstätte. Das ist ein Konzept, das eine gute Grundlage dafür ist, eine Kindertagesstätte zum Familienzentrum weiterzuentwickeln.

Kreise und Kommunen halten schon jetzt eine Vielzahl von **Unterstützungsangeboten** für Familien bereit; von der Erziehungsberatung bis zum Jugendamt, von der Familienbildung bis zur Frühförderung. Es gibt Eltern, die sich in diesem System der unterschiedlichen Hilfsangebote gut zurechtfinden. Es gibt aber auch Eltern, die sich im Hilfesystem nicht zurechtfinden oder die sich nicht trauen, beispielsweise eine Erziehungsberatungsstelle aufzusuchen. Es gibt aber auch Eltern, die es schlicht nicht schaffen, Hilfe für sich und für ihre Kinder zu

organisieren. Hier setzen die Familienzentren an. In der Kindertagesstätte, wo Kinder und Eltern Tag für Tag sind und wo Vertrauen aufgebaut worden ist, wird die Hilfe bereitgestellt. Familien unterstützende Dienste, Familien- und Erziehungsberatung, Familienbildungsarbeit, die Vermittlung von Tagesmüttern und -vätern, Sprach- und Frühförderung sowie Gesundheitsförderung können jeweils Teil eines **Familienzentrums** sein.

Schauen wir nach Nordrhein-Westfalen: Hier wurden im Rahmen eines Landesprogramms drei unterschiedliche Modelle mit passgenauen Angeboten für Kommunen und Träger unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen entwickelt. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, auch für Schleswig-Holstein ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP)

Natürlich soll dies gemeinsam mit Experten aus der Praxis geschehen. Kindertagesstätten, die sich weiterentwickeln wollen, fragen, wie dieses neue Angebot finanziert werden soll. Dazu sage ich: Lassen Sie uns zuerst einmal vorhandene Hilfe zusammentragen, um dann zu schauen, was noch fehlt. Ich glaube, es ist insbesondere die zusätzliche Zeit, die eine Kindertagesstättenleitung braucht, um ein Familienzentrum mit den vielfältigen Hilfeangeboten zu leiten. Bei neuen Konzepten und Aufgaben müssen wir auch immer überlegen, ob vorhandene Strukturen aufgebrochen werden können und ob vorhandene Haushaltsmittel umgeschichtet werden können. Als Beispiel möchte ich die Arbeit der **Familienbildungsstätten** nennen. Hier haben wir über 750.000 € an Landesmitteln für ein Angebot für Familien, das bisher eher - so wird es berichtet - die bildungsbereite Schicht erreicht. Hier frage ich: Können wir diese Angebote nicht zukünftig mit den Kindertagesstätten vernetzen oder auch in die Kindertagesstätten hinein verlagern?

Es gibt also allerhand Fragen. Es gibt viele Möglichkeiten, um die Kindertagesstätten zu unterstützen, die sich teilweise schon auf den Weg gemacht haben. Nun haben wir heute sehr kurzfristig den Antrag von CDU und SPD auf den Tisch bekommen. Ich muss meinen lieben Kolleginnen und Kollegen sagen: Ich bin enttäuscht. Der erste Teil des Antrages weiß nicht so recht, ob er loben will, dass sich im Land etwas tut oder nicht. Weiter heißt es, die Landesregierung möge positive Entwicklung vor Ort öffentlich positiv begleiten. Ich glaube, dazu braucht es keiner Aufforderung. Das traue ich der Ministerin auch ohne Landtagsbeschluss zu.

(Monika Heinold)

Nicht in dem Antrag steht, dass es für Schleswig-Holstein tatsächlich ein Konzept geben soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das scheint die Differenz zu sein. Ich finde, wenn ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen ein gutes Konzept auf den Tisch legt, dann sollten wir zumindest den Mut haben, uns das im Ausschuss einmal anzuschauen. Ich hoffe also auf die Ausschussberatung.

Meine Damen und Herren von CDU und SPD, ich bitte Sie herzlich: Nehmen Sie Ihren Berichtsantrag zurück, den Sie auf die zweite Seite des Antrages gedruckt haben. Wir haben heute 90 Seiten zur Familienpolitik vorgelegt bekommen. Sie fordern nun noch einmal einen Bericht zur Familienpolitik, diesmal - so schreiben Sie - sozial gerecht. Ich weiß nicht, was das soll. Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, was die Landesregierung da aufschreiben soll. Wir haben verschiedene Berichte zur Frühförderung und frühkindlichen Bildung. Sie wollen heute noch über die Erarbeitung eines zweiten Berichts beschließen, in dem noch einmal über Wellness und Schutzengel berichtet werden soll.

Ich habe genügend Berichte. Lassen Sie uns anfangen, Konzepte zu machen, und aufhören, die Landesregierung weiter mit Berichtsanträgen vollzumüllen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zwei Bemerkungen machen. Die erste ist, dass es Irritationen darüber gegeben hat, dass vorhin keine Ausschussüberweisung erfolgt ist. Ich stelle fest, dass kein Antrag gestellt worden war. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Das schließt aber nicht aus - ich denke, das ist im Hause bekannt -, dass sich im Zuge des Selbstbefassungsrechtes natürlich jeder betroffene Ausschuss mit dem Bericht befassen kann. Wenn Anträge gestellt werden, werden sie aufgerufen, aber hier lag und liegt kein Antrag vor.

Die zweite Bemerkung geht auch in Richtung Regierung. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, für heute Nachmittag eine grundlegende Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung vorzunehmen. Das möchte ich jetzt kurz bekannt geben. Wir beginnen um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 37. Dann folgt Tagesordnungspunkt 31, danach der Tagesordnungspunkt 23, dann der Tages-

ordnungspunkt 41 und abschließend der Tagesordnungspunkt 26. Ich bitte auch die Häuser, sich entsprechend vorzubereiten.

Auf der Tribüne begrüße ich nunmehr Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule Kiel mit ihren Lehrkräften. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren in der Aussprache fort und ich erteile für die Fraktion der CDU Frau Abgeordneter Frauke Tengler das Wort.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema schließt sich nahtlos an die vorhergehende Debatte an.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich in ihrem Familienpapier vom 4. März 2006 für **Mehrgenerationenhäuser** in den Kreisen sowie kreisfreien Städten ausgesprochen und darüber hinaus auch für die Entwicklung von Kitas zu **Nachbarschaftszentren im ländlichen Raum**. Dies ist wünschenswert, notwendig und unser Ziel, es muss aber mit der Überprüfung und Evaluierung sämtlicher Projekte und Programme in diesem Bereich einhergehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Karsten Jasper [CDU])

Es ist jedem in diesem Haus klar, dass wir nicht weiter draufsatteln können. Der Ministerpräsident hat gesagt: Neues Geld für neue Aufgaben gibt es nicht. Aber Kinder zu starken, selbstbewussten, leistungsfähigen und glücklichen Erwachsenen zu erziehen, ist sicherlich der Wunsch aller Eltern. Nur stellen wir fest, dass es die Eltern zunehmend an ihre Grenzen führt, dies umzusetzen.

Die Grünen sagen in ihrem Antrag explizit, dass es ein vielfältiges Angebot an Familienberatung, Familienbildung und Familienhilfe in Schleswig-Holstein gibt. Das ist wohl wahr. Das hat auch die Große Anfrage gezeigt.

Die Grünen sagen allerdings nicht, welche dieser Leistungen dann worauf entfallen sollen. Damit wir uns richtig verstehen: Die konsequente und flächendeckende **Weiterentwicklung von Kitas** zu Nachbarschaft- oder Familienzentren - gekoppelt möglicherweise mit einem niedrighschwelligem Angebot der Mütterberatung - wäre wünschenswert, auch für unsere Fraktion.

(Beifall der Abgeordneten Heike Franzen [CDU] und Karsten Jasper [CDU])

**(Frauke Tengler)**

Die Grünen fordern die Vorlage eines Vorschlages für ein **Landeskonzept** in der Mai-Tagung 2007. Von beiden Flensburger Modellprojekten der ADS weiß ich, dass eine derartige Weiterentwicklung circa 25.000 € pro Kita kosten wird. Das betrifft die Kosten für das Konzept der ADS, die Kosten zur Umsetzung des Antrages der Grünen werden darüber liegen.

Dass eine **Vernetzung** der bestehenden Maßnahmen notwendig ist, kann ich nur unterstützen. Ich bin allerdings der Ansicht, dass zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig bereits vorbildliche Arbeit geleistet hat und in ihrem Konzept vieles von dem, was die Grünen in ihrem Antrag fordern, umgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Warum sollten hiervon nicht auch andere Träger profitieren? Das Rad muss nicht immer komplett neu erfunden werden. Die Weiterentwicklung von guten Projekten ist häufig ausreichend. Der Antrag der Grünen ist daher in seiner jetzigen Fassung nicht zielführend und auch nicht umsetzbar. Folgende Fragen bleiben unbeantwortet: Welche Projekte werden aufgegeben? Wer trägt die Kosten, und zwar kontinuierlich, nicht projektbezogen?

Außerdem - das halte ich für ganz entscheidend - kann nicht ein gleiches Konzept flächendeckend über alle Kitas gestülpt werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht auch nicht im Antrag!)

Eine Kita in der Flensburger Nordstadt braucht ein ganz anderes Konzept als zum Beispiel eine Kita auf der Westlichen Höhe in Flensburg.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kann ja die Landesregierung ausarbeiten! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich vor drei Minuten vorgetragen!)

Wir haben in Schleswig-Holstein sehr unterschiedliche Kitas mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten und Konzeptionen. Da ist vor Ort sehr genau hin zusehen, was das Umfeld der jeweiligen Kita an Familien stützenden Maßnahmen braucht.

Ich habe es bereits in der vorangegangenen Debatte gesagt: Alle unsere Landesprogramme und Projekte müssen überprüft und evaluiert werden. Erst dann kann gebündelt und vernetzt werden. Außerdem können sie nur nachhaltig wirken, wenn sie verlässlich sind und die Projektdauer von drei Jahren überleben.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie in diesem Zusammenhang, wo zum Beispiel „Wellcome“ ist. „Wellcome“ wurde mit viel Presse als Unterstützungssystem für junge überforderte Mütter eingeführt und läuft jetzt aus. Das Projekt hat viel Hoffnung und Mut gemacht, jetzt wird oder kann es nicht weiter finanziert werden. Es ist erst Hoffnung geweckt worden, die nun nicht weiter erfüllt werden kann. Das ist für mich keine nachhaltige, verlässliche, familienfreundliche Politik.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Einen Moment, Herr Hentschel. - Wir halten den Weg der Weiterentwicklung der Kitas zu Nachbarschafts- oder Familienzentren für richtig. Aber das geht nicht in einem Ruck-Zuck-Verfahren und Ruck-Zuck-Konzept bis Mai 2007.

Wir sollten den Weg einschlagen, aber ohne Aktionismus. Wir wissen, dass es einen Bedarf an Familien unterstützenden Maßnahmen gibt. Die Kitas und Familienbildungsstätten sind daher die natürlichen Partner der Familien. Wir brauchen sehr wohl einen Bericht, nämlich über die ganzheitliche Förderung, Frau Kollegin Heinold. Schaffen wir das fachlich und sachlich richtige Fundament! Suchen wir im Ausschuss mit beiden Anträgen, die ich bitte an den Ausschuss zu überweisen, und dem Bericht, den wir dann von der Landesregierung im Mai erwarten, nach einem gemeinsamen, realisierbaren Weg für unsere Kitas und Familien in Schleswig-Holstein!

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Regina Poersch [SPD])

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich denke, dass klar ist, dass nun ein Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt ist. Wir fahren aber in der Aussprache fort. Das Wort für die Fraktion der SPD erhält Frau Abgeordnete Astrid Höfs.

**Astrid Höfs [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder sind unsere Zukunft und sie haben ein Recht auf Schutz und Chancengleichheit. Diesen Schutz und diese Chancengleichheit müssen wir - die Erwachsenen - ihnen verlässlich bieten und gewähren. Deshalb sind auch die Erfahrungen, die sie in den Kindertagesstätten machen, von großer Bedeutung. Sie werden verlässlich betreut, sie erfahren Zuverlässigkeit in der Erziehung und

(Astrid Höfs)

durch den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten erfahren sie hier auch die ersten Bildungsangebote. **Kindertagesstätten** sind eben das Tor zur Bildungslandschaft, der Einstieg in unser Bildungssystem.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Diese Aufgaben und Angebote an die Kinder werden schon gut umgesetzt, wenngleich auch noch nicht alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen - was ich sehr bedauerlich finde - und vor allen Dingen auch noch zu wenige Plätze für Kinder unter drei Jahren im Angebot sind. Da haben wir noch in allen Regionen unseres Landes reichlich Nachholbedarf. Ich hoffe auch, dass eines Tages alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen werden. Es ist gut, wenn die Kinder rechtzeitig dorthin gehen und ihre frühe Aufnahmefähigkeit gefördert werden kann.

Doch wie sieht es denn eigentlich mit den **Eltern** aus? Wenn Kinder einen guten Lebensstart und gute Lebenschancen haben sollen, brauchen auch Eltern Unterstützung und Hilfe, um ihren Kindern überhaupt gerecht werden zu können. Das können heute nämlich nicht mehr alle Eltern. Junge Eltern leben heute in einer sich rasant verändernden Gesellschaft. Großfamilien wie in früheren Zeiten gibt es nicht mehr, wo viele Probleme und Fragen früher aufgefangen werden konnten. Eltern wissen oft nicht von Hilfen, die sie in Anspruch nehmen können oder in Anspruch nehmen müssten, obwohl diese Hilfeangebote vorhanden sind. Sie fragen häufig auch gar nicht erst bei anderen nach. So sind Sie weitestgehend auf sich allein gestellt.

Dringende Fragen bleiben ungeklärt, nötige Hilfen bleiben aus. Vieles, was unter Umständen schnell geklärt werden könnte, weitet sich zu einem großen Problem aus, vor allen Dingen zu einem großen Problem für die Kinder. Das ist das Problem, das wir heute haben. Das zeigen aber auch viele traurige Beispiele, die viel zu spät bekannt werden. Wirksame Hilfe ist dann nicht mehr zu leisten. So wird oft erst reagiert, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Das kann so nicht weitergehen. Vielerlei Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, damit Kinder in einer gesunden Atmosphäre aufwachsen können.

Zusätzliche **Familien unterstützende Maßnahmen in Kindertagesstätten** können hilfreich sein. Die Hemmschwelle, diese Angebote in Kindertagesstätten anzunehmen, wäre deutlich geringer, als eine Beratungsstelle an einem anderen Ort aufzusuchen. Das zeigen Erfahrungen mit anderen Einrichtungen. Die bisherigen Erfahrungen und die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig kann

hier als beispielhaft genannt werden. Dabei wollen wir dieses Modell nicht anderen Trägern überstülpen. Aber von dem, was bereits gut läuft, können auch andere profitieren. Man muss das Rad ja nicht immer wieder neu erfinden.

(Beifall bei der SPD)

Erzieherinnen und Erzieher können hier vermittelnd tätig werden und Eltern auf wichtige unterstützende Maßnahmen hinweisen, obwohl hier deutlich gesagt werden muss: Zusätzliche Aufgaben können die Erzieherinnen und Erzieher nicht übernehmen. Sie müssen das auch nicht. Das ist nicht ihre Aufgabe. Sie können es auch gar nicht leisten, diese Aufgabe in den Kindertagesstätten zu übernehmen.

Bei den Familien unterstützenden Maßnahmen kann es sich zum Beispiel um Angebote der Erziehungsberatungsstellen oder Familienbildungsstätten handeln, die zu bestimmten Zeiten in Kindertagesstätten vor Ort ihre Angebote konzentriert präsentieren und für Kontakte mit Eltern zur Verfügung stehen, um Eltern und Familie zu stärken.

Sicher ist in jedem Fall: Für verschiedene Regionen sind unterschiedliche Maßnahmen notwendig. Man kann nicht sagen, dass an jedem Ort alles gleich sein soll. Es gibt soziale Brennpunkte, die mit Sicherheit andere Angebote nutzen. Auch wenn es in räumlicher Nähe viele Kindertagesstätten gibt, muss nicht jede Kindertagesstätte das gleiche Angebot vorhalten. Wichtig ist, dass die Träger von Kindertagesstätten, die sich für eine Weiterentwicklung ihrer Kindertagesstätte interessieren, ihre Angebote der Familien unterstützenden Maßnahmen zu einem Netzwerk ausbauen können, damit Hilfen für Familien auch wirklich sinnvoll eingesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Dazu sollten wir sie ermuntern. Es muss alles getan werden, damit Kinder auch wirklich unsere Zukunft sind und sie als Erwachsene ein selbstbestimmtes Leben führen können. - Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE

(Dr. Heiner Garg)

GRÜNEN - nur den meine ich - ist klar: Ob Babybetreuung, frühkindliche Bildungsangebote, Familien- und Sozialberatung oder Anlaufstelle bei Fragen zur Gesundheitsförderung - in einer zentralen Anlaufstelle sollen Hilfen zu allen Problembereichen von Familien abgerufen werden können. Das alles möglichst in einem Gebäude und niedrigschwellig konzipiert. Denn in solchen Einrichtungen können gerade die Familien, die besonderer Unterstützung bedürfen, einfach und unbürokratisch erreicht werden - aber eben nicht nur diese, sondern alle Familien können dort zusammentreffen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das besonders Interessante an diesem Ansatz.

Lars Harms brauche ich erst nicht zu erzählen: Beispielsweise „Schutzengel“ in Flensburg arbeitet nach diesem Konzept oder - wie von der Kollegin Heinold erwähnt - Kiel-Mettenhof. Dort werden nicht nur die Kinder erreicht, sondern auch die Eltern entsprechend begleitet.

In den sogenannten Early Excellence Centers, die seit 1997 in Großbritannien entstanden sind, wird diese Idee sogar noch ausgeweitet. **Kindertagesstätten** sollen nicht mehr nur für die Betreuung der Kinder genutzt werden, sondern Gesundheitsvorsorge, Elternschulung für Erziehung und gesellschaftliche Integration werden dort miteinander verbunden. Gleichzeitig ist dieses Zentrum Anlaufstelle für Arbeitsberater, Kinderpsychologen, Hebammen und Logopäden. Denn es handelt sich nicht nur um ein erweitertes Kindergartenangebot, in das die Eltern eingebunden sind, sondern um ein innovatives Konzept aus **frühkindlicher Bildung und Erziehung**, das mit **Familienhilfen** intelligent kombiniert wird.

Während wir hier noch abwägen, wie Kindeswohl und Elternwille bei bestimmten Problemen zu berücksichtigen sind, wird in solchen Zentren diese Fragestellung ganz pragmatisch gelöst: Sobald Kinder und Eltern in einem solchen Zentrum erscheinen, wird ihnen unbürokratisch geholfen. Das spricht sich dann herum. Das spricht für sich, und zwar für solche Zentren.

Erfahrungen zeigen, dass Eltern diese Angebote annehmen, und zwar dann, wenn sie das Gefühl haben, dass ihnen nicht irgendetwas übergestülpt wird, sondern dass sie je nach ihren Fähigkeiten eingebunden werden. In solchen Einrichtungen werden alle sozialen Schichten und alle Altersgruppen erreicht. Davon sind wir hier in Schleswig-Hol-

stein in vielen Bereichen noch ein ganzes Stück entfernt.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einigen Kreisen - ich erinnere an die Diskussion im Sozialausschuss - ist noch nicht einmal der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bekannt.

Auch bei uns haben Kommunen und freie Träger diesen Gedanken zwar aufgegriffen und angefangen, Kindertagesstätten zu sogenannten Nachbarschaftszentren weiterzuentwickeln, aber an dieser Stelle stehen zu bleiben, hielte ich für fatal, fände ich auch schade, weil eine bestimmte intelligente Entwicklung gestoppt würde. Eine Kommune, die die Möglichkeiten rechtzeitig nutzt, die ihr bereits heute das Kindertagesstättengesetz bietet, wird künftig einen Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde auch die Idee der sogenannten Mehrgenerationenhäuser, die man weiterspinnen kann, in diesem Zusammenhang ausgesprochen interessant.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, was ich nicht verstehen kann, ist das ewig selbe Ritual, wenn eine Oppositionsfraktion - diesmal BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - mit einem Vorschlag kommt, der pragmatisch ist, der Hand und Fuß hat, der Erfahrungen aus anderen Bundesländern mitbringt. Insofern kann überhaupt keine Rede davon sein, irgendetwas neu erfinden zu wollen. Wenn es einen solchen Vorschlag gibt, der eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage im Ausschuss bietet,

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir wollen einen Bericht!)

flattert in allerletzter Minute

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, es wäre freundlich, wenn Sie mir einfach einmal zuhörten -, aus welchem Grund auch immer, ein schnell zusammengeschriebener Antrag - meist behilft man sich mit einem Berichtsantrag - hinterher. Ich kann es wirklich nicht verstehen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Heiner Garg)

Den Wissensdurst des Einzelnen will ich ungern abwürgen. Insofern sollen Sie Ihren Bericht haben, wenn Sie ihn unbedingt wollen. Aber dass eine Koalition, die über 59 Abgeordnete verfügt und eine wirklich breite Mehrheit hat, nicht imstande ist, einen sinnvollen Oppositionsvorschlag aufzugreifen und ihn im Zweifel umzusetzen, ein Konzept erarbeiten zu lassen, wie wir in der Sache weiterkommen, will mir wirklich nicht in den Kopf. Ich finde, das können Sie sich in Zukunft schenken.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Baasch [SPD]: Das werden wir beim nächsten Berichtsantrag auch einmal erzählen!)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hat es im Sommer auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

„Die Kitas sollen uns aus Integrationskrise, demografischer Katastrophe und Schulmisere retten, das Wertevakuum füllen und Fundament des Bildungssystems werden.“

Dass diese Fülle von Aufgaben nicht allein von den Kitas gelöst werden kann, ist eigentlich jedem klar. Doch PISA-Schock und nicht zuletzt Pressemeldungen über misshandelte Kinder sitzen tief. Dennoch warne ich davor, dass es ausgerechnet die Kitas sein sollen, die all diese Probleme regeln sollen - und das auch noch, ohne weitere Kosten auszulösen. Wären sie wirklich neben ihrem erzieherischen Auftrag auch noch ein **Sozialzentrum** und eine **Familienberatungsstelle**, wären sie eierlegende Wollmilchsäue: eine völlig unrealistische Vorstellung. Jede Aufgabenerweiterung muss finanziell unterfüttert und vor allem gut überlegt sein. Sonst läuft das Ganze entweder auf Selbstausschöpfung der Beschäftigten oder auf Kürzungen an anderer Stelle hinaus.

Schwarz-grüne Politik in Nordfriesland zeigt, wie man es nicht machen sollte, erst Grundsatzbeschlüsse zur Kindergartenfinanzierung durchdrücken und dann der Verwaltung die Details überlassen, also eventuell negative Auswirkungen wie beispielsweise die Erhöhung der Elternbeiträge oder die Verringerung von Leistungen verschweigen. Das ist der falsche Weg, verunsichert Eltern und Beschäftigte und diskreditiert Bemühungen um eine Verbesserung der Strukturen.

Der SSW plädiert für eine Politik mit Augenmaß, also bestehende Strukturen zu unterstützen und stärken, ohne weitere Doppelstrukturen zu errichten. Dies spiegelt sich jetzt auch im Antrag der Regierungsfractionen wider. Tatsache ist, dass viele Kitas in unserem Land schon eine Scharnierstelle für Beratung und Informationen aller Art sind: ob es sich um Tipps rund um die Schwangerschaft und Geburt handelt oder auch um systematischen Sprachunterricht für Migrantenkinder. Wer mehr will, könnte die Kitas überfordern.

Die Kitas sind die einzigen Anlaufstellen für viele Eltern. Kinder, die nicht oder nur unregelmäßig dem Kinderarzt vorgestellt werden, besuchen einen Kindergarten. Kinder, deren Eltern einen weiten Bogen um Erziehungsberatungsstellen oder heilpädagogische Einrichtungen machen, gehen in den **Kindergarten**. Ich kann schon nachvollziehen, dass dann die Idee naheliegt, die Kitas als niedrigschwelliges Angebot weiter auszubauen.

Die Bundesregierung hat im Siebten Familienbericht aus dem Jahre 2005 ausdrücklich die Richtung vorgegeben, die Kitas auch in ihrer sozialen Funktion zu unterstützen. Nach englischem Vorbild sollen die Kitas neben der Betreuung und frühen Förderung von Kindern zusätzlich auch Eltern konkrete Hilfe anbieten. Positive Erfahrungen mit einer ganzheitlichen **Familienbetreuung** in Form von integrierten Betreuungs-, Bildungs- und Beratungsangeboten aus einer Hand liegen in Deutschland bereits vor, unter anderem in Ludwigsburg, Bremen, Halle, Berlin, Melsungen und natürlich auch bei uns im Landesteil Schleswig. Sogar die Wirtschaft hat die Zeichen der Zeit erkannt. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag fordert Betriebe auf, in **Kinderbetreuung** zu investieren.

Dieses Engagement und nicht zuletzt die lokalen Bündnisse für Familien haben bereits vieles verändert. Inzwischen gibt es in Deutschland **Familienzentren**. Insofern ist es gar nicht notwendig, in anderen Ländern nach Vorbildern zu suchen. Erfahrungen liegen auch in Deutschland vor. Ein Familienzentrum ist aber keine Kita mit „aufgepepptem“ Angebot. In einem Familienzentrum werden Beratungs-, Schulungs- und auch Integrationsangebote aus einer Hand offeriert und finanziert. Gemeint sind Stadtteilzentren für Familien, in denen von der Schwangerschaftsbetreuung bis hin zu ganztägigen Betreuungsangeboten das gesamte Servicepaket für Familien unter einem Dach zu finden ist. Heute müssen Eltern in den meisten Kommunen viele Ansprechpartner „abklappern“, bevor sie das richtige Angebot finden. Dabei muss man hartnäckig bleiben und genau darum erreichen die Angebote oft-

(Lars Harms)

mals nicht die Eltern, die besonderer Unterstützung bedürfen.

Dennoch ist es nach meinem Dafürhalten nicht notwendig, die gesamte Servicelandschaft zu verändern. Gute Beratungsangebote bestehen bereits. Lediglich ihre Erreichbarkeit und ihre Koordination müssen verbessert werden. Viele Kitas brauchen eine Art Backup-Office: eine Nummer für alles. Wenn Kitas als Türöffner fungieren sollen - das sollen und das tun sie teilweise auch -, so ist das zu begrüßen. Doch niemand kann einer Pädagogin oder Erzieherin zumuten, als Lotsin in einem unübersichtlichen Zuständigkeitsdschungel zu arbeiten.

Das trifft besonders auf den Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Familien mit Migrationshintergrund zu. Für viele Pädagogen ist bereits die Sprachbarriere ein großes Problem. Wenn Eltern die Einladungen zu Elternabenden oder zu Ausflügen der Kinder nicht verstehen können, so werden sie diese Angebote auch nicht nutzen beziehungsweise ihre Kinder nicht nutzen lassen. Entsprechendes gilt auch für zukünftige Beratungsleistungen.

Der Kita würde es bereits immens helfen, könnte sie auf eine Art **Backup-Office** zurückgreifen, welches alle Anfragen aus einer Hand erledigen könnte. Ich stelle mir vor, dass die **Gesundheitsämter** diese Koordinationsleistung erbringen könnten. Das erscheint mir sinnvoller, sodass dann eine Zusammenfassung der Angebote und Kompetenzen von Kindergärten, Beratungseinrichtungen, Familienbildungsstätten, Privatinitiativen, Ärzten und staatlichen Stellen möglich ist. Wie sich die Angebote - beispielsweise bei der ADS - dann entwickeln, werden die Handelnden vor Ort entscheiden.

Diesem Ansatz entspricht eher der Antrag von CDU und SPD. Deshalb werden wir diesem zustimmen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte die Koalitionsfraktionen - ich sehe ja, dass sie schon diskutieren -, noch einmal darüber nachzudenken, was wir heute eigentlich beraten.

Für Frau Tengler möchte ich aus dem Beschluss des CDU-Parteitages, der gerade stattgefunden hat, zitieren. Dort heißt es, Angebote der Familienberatung und Familienbildung müssten ausgebaut, breiter bekannt gemacht und durch bessere Vernetzung sowie regionale Koordinierung leichter erreichbar werden. Sie müssten Eltern und Großeltern praktische Erziehungshilfen vermitteln. Der Zugang müsse allen Eltern und auch Großeltern nach Bedarf offenstehen. Hierfür könne der Ausbau von **Kindergärten** zu **Familienzentren** sinnvoll sein. - Insoweit haben wir gesagt: Wir wollen ein Konzept.

Sie fordern einen neuen Bericht. Ich halte diesen neuen Bericht für überflüssig, weil er bereits vorliegt. Diesen haben Sie nämlich gerade mit Ihrer Großen Anfrage angefordert. Er umfasst 90 Seiten. Darin wird genau die Frage, über die wir hier reden, behandelt. Es wird gesagt, dass es positive Ansätze in Schleswig-Holstein gibt. Deswegen fordern wir, die Konsequenz aus dieser Antwort der Landesregierung zu ziehen und jetzt ein Konzept zu entwickeln.

Der Hinweis auf Nordrhein-Westfalen ist zurzeit gängig. Mit dem nordrhein-westfälischen Konzept wird den Kindergärten nichts von oben aufgestülpt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vielmehr bietet dieses Konzept unterschiedliche Varianten an, es baut auf unterschiedlichen Erfahrungen auf und gibt Unterstützung dabei, verschiedene Varianten umzusetzen, je nachdem, angepasst vor Ort.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist die logische Konsequenz aus der Antwort der Landesregierung. Genau das fordern wir in einem Antrag.

Nun stellen Sie einen Gegenantrag und sagen, Sie wollten einen weiteren Bericht. Das ist doch schlichtweg Unsinn. Sie versuchen nur, das Ganze ein weiteres halbes Jahr zu verschieben. In einem neuen Bericht wird genau dasselbe stehen. Das kann ich Ihnen garantieren. - Oder, Frau Ministerin? Würde etwas Neues darin stehen? - Sehen Sie!

Es würde also genau das Gleiche darin stehen. Dann könnten wir den gleichen Antrag noch einmal stellen und wir könnten noch einmal beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Sie uns veralbern, so mag das ganz nett sein. Aber Sie veralbern nicht nur uns, sondern Sie veral-



**(Karl-Martin Hentschel)**

bern sich selber, Ihre eigenen Kollegen hier im Parlament,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Leute draußen!)

Sie veralbern aber vor allem die Kindertagesstätten im Lande, Sie veralbern alle Menschen in diesem Lande, die sich für bessere Kindertagesstätten einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen schlage ich vor, dass die Große Koalition in eine Besinnungsphase eintritt. Das muss nicht heute geschehen. Wir sind großzügig. Sie haben bereits gesagt, Sie wollten beide Anträge in den Ausschuss überweisen. Insofern haben Sie bis zur nächsten Ausschusssitzung Zeit. Diese gewähren wir Ihnen und wünschen Ihnen viel Vergnügen bei den internen Beratungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Beratungen im Ausschuss nicht vorwegnehmen, aber ich finde, es ist wichtig, noch einmal deutlich zu machen, dass wir es hier anscheinend auch mit Kulturunterschieden zu tun haben. Wir fordern, eine Infrastruktur deutlich zu machen. Wir wollen, dass Dienstleistung bereitgestellt wird, dass eine Telefonnummer, ein Portal, zum Beispiel auch für die Kitas, vorhanden ist. Dass in den Kindertagesstätten natürlich alles Mögliche laufen kann, ist richtig. Wir wollen insoweit nicht mehr bürgerschaftliches Engagement. - Das ist keine Wertung. Bürgerschaftliches Engagement ist gut; aber wir wollen keine Weiterentwicklung der Beratungskultur. Wir wollen, dass Infrastruktur für diejenigen, die sie nötig haben, vorhanden ist.

Das ist die Weichenstellung. Deshalb finde ich es gut, dass man das im Ausschuss noch einmal diskutiert, um zu sehen, was eigentlich gefragt ist. Aus meiner persönlichen Sicht müssen wir wirklich aufpassen, dass wir nicht immer noch mehr Beratungskreise bilden. Vielmehr müssen wir die Angebote niederschwellig und transparent für alle machen.

Eine letzte persönliche Bemerkung! Es ist doch problematisch - das sagte Lars Harms schon -

wenn alle Probleme dieser Welt auf die Kitas abgeladen werden. Kitas sind doch nicht für Defizite da. Kitas haben einen ganz anderen Auftrag. Darum denke ich, die Trennung ist richtig.

(Lebhafter Beifall bei SSW, CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kann man sich gönnerhaft hier hinstellen. Allerdings verstellt das durchaus den Blick darauf, dass es Unterschiede gibt. Diese Unterschiede hat die Kollegin Spoorendonk, wie ich finde, soeben noch einmal deutlich herausgearbeitet.

Erstens. Für uns ist eine Kindertagesstätte eine Bildungseinrichtung, sie ist in erster Linie zur Förderung von Kindern da und das wollen wir auch stärken.

(Beifall bei SPD und CDU)

Natürlich sollen sich **Kindertagesstätten** auch regional vernetzen und ich halte auch die Arbeit von Stadtteilrunden oder runden Tischen, wie es sie in Stadtteilen gibt, für notwendig. Sie gehören dazu und sind auch wichtiger Bestandteil. Ich kenne zumindest in meiner Heimatstadt Lübeck kaum einen Stadtteil, in dem es das nicht gibt. Sie machen es also.

Herr Kollege Hentschel, wenn man sich den dicken Bericht nicht nur hinlegen und exemplarisch hochhalten, sondern auch lesen würde, so würde man finden, dass darin steht: Kindertagesstätten können sich gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 4 des Kindertagesstättengesetzes bereits heute in diesen Konzeptionen weiterentwickeln. Hätten Sie diese Seite und die Seite davor gelesen, dann hätten Sie gesehen, dass diese Konzepte bereits von Kindertagesstätten entwickelt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mein Ansatz - das sage ich Ihnen und hier im Hause ganz offen - ist eher der zu sagen: Mir sind jene, die einzeln und alleine solche Konzepte entwickeln, viel wichtiger und entscheidender als jene, die ein landesweites Konzept einfach nachbeten und abschreiben.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

(Wolfgang Baasch)

Ich will den Leuten nicht immer vorschreiben, was sie zu entwickeln haben. Ich finde, wir haben die Grundlagen dafür gelegt, dass sie etwas entwickeln können. Sie tun es auch, und zwar gut. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung. Sie brauchen aber nicht immer das, was Sie ihnen als Heilbringer vorschreiben wollen. In dieser Hinsicht gibt es vielleicht einen Unterschied bei der politischen Gestaltung dieser Gesellschaft. Wir sehen in diesem Zusammenhang in der Individualität eine Stärke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

**Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn hier im Landtag Anträge der Fraktionen mit dem Ziel debattiert werden, die Infrastruktur für Kinder und Familien weiterzuentwickeln, begrüße ich das außerordentlich. Wenn anlässlich dieser Anträge eine engagierte und interessierte Debatte entbrennt, begrüße ich das auch. Wir müssen tatsächlich um die besten Wege zur Weiterentwicklung der Infrastruktur ringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Idee der **Nachbarschaftszentren**, der Familienzentren, der Excellent Early Center, der **Mehrgenerationenhäuser** ist in Schleswig-Holstein nicht neu. Bereits seit 1991 weist das Kindertagesstätten-gesetz die Kinderhäuser aus, die - ich zitiere - neben altersgemischten Gruppen auch andere Familien unterstützende Angebote wie Mutter-Kind-Kreise und Beratungen vorhalten sollen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Entwicklungen gibt es also schon. Insofern können wir hier auch auf Erfahrungen zurückgreifen.

Ich verstehe die Unruhe nicht ganz. Ich finde es gut, wenn wir im Ausschuss über diese beiden Anträge beraten und dabei auch Gelegenheit nehmen, uns die Ansätze, die sich in Schleswig-Holstein entwickelt haben, genau beschreiben zu lassen. Es lohnt sich sicher auch, sich das Konzept der **Familienzentren**, die in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gekommen sind, anzuschauen. Offensichtlich gibt es auch viele Missverständnisse im Zusam-

menhang mit diesem Konzept. Ich kenne dieses Konzept. Das Ziel ist ambitioniert. Ich will es kurz umreißen.

Jede dritte Kindertageseinrichtung soll dort in ein Familienzentrum umgewandelt werden. Die Probleme liegen auf der Hand, denn wir haben eine breite Infrastruktur verschiedenster Träger. Es gibt eine kommunale Zuständigkeit für die Steuerung der Weiterentwicklung der Infrastruktur. Es stellt sich die Frage, welche Aufgabe das Land dabei überhaupt hat. In Nordrhein-Westfalen wird die Weiterentwicklung mit einem Anreiz versehen. Es werden 12.000 € pro Kindertageseinrichtung zur Verfügung gestellt. Auf die gesamten Kindertageseinrichtungen bezogen ergibt sich dann ein sehr hoher Betrag. Für eine einzelne Kindertageseinrichtung sind 12.000 € aber wenig Geld. Damit fangen die Probleme dann auch schon an. Sind 12.000 € als Anreiz ausreichend, um eine Kita zu einem Familienzentrum weiterzuentwickeln? Dies ist eine Frage, der man sich sehr ernsthaft stellen sollte.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso muss man sich natürlich der Frage stellen, mit welchen Mitteln man die Weiterentwicklung flächendeckend überhaupt vorantreiben will. In jedem Falle sollten wir die Weiterentwicklung ernsthaft vorantreiben.

Ich denke, diejenigen, die sich vor Ort engagiert für Kinder und Familien einsetzen und die wissen, welche umfangreichen Probleme und Herausforderungen zu bewältigen sind, brauchen die Unterstützung des Landesparlaments und der Landesregierung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es hilft ihnen nichts, wenn wir sie mit Erwartungen konfrontieren, denen sie nicht gerecht werden können.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vor diesem Hintergrund sollten wir es uns bei diesem Thema nicht einfach machen. Es ist eine reizvolle Aufgabe, darüber nachzudenken, wie vorhandene Angebote so aufeinander bezogen werden können, dass sie möglichst denjenigen zur Verfügung stehen, die sie am dringendsten brauchen. Diese konzeptionelle Fragestellung beschäftigt mich ganz grundsätzlich.

Moderne sozialpolitische und jugendpolitische Konzepte sind dadurch gekennzeichnet, Verantwortungsketten, Transparenz oder auch Niedrigschwel-

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

ligkeit herzustellen, wobei Letzteres über eine Telefonnummer oder auch Präsenzzeiten in einer Kita erreicht werden kann. Lassen Sie uns darüber intensiv streiten.

Lassen Sie uns die bisherigen Erfahrungen aus Schleswig-Holstein und aus anderen Bundesländern einbeziehen. Vielleicht finden wir dann tatsächlich den Stein des Weisen und kommen zu einer Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen **Kindertageseinrichtungen** und der **Förderangebote**, die für die **Familien** wirklich zielführend ist. Ich würde mir dies jedenfalls wünschen.

(Beifall)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 16/1079 und 16/1107 federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Da wir inzwischen eine halbe Stunde in Zeitverzug sind, bitte ich die Parlamentarischen Geschäftsführer, mir angesichts der heute Nachmittag geänderten Tagesordnung zu signalisieren, wie wir mit den Tagesordnungspunkten 35 und 36 verfahren wollen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Gemeinsam die Neuausrichtung des Tourismus in Schleswig-Holstein voranbringen**

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/1081

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Jürgen Feddersen.

**Jürgen Feddersen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Dank eines wunderschönen Sommers wird der Tourismus in Schleswig-Holstein im Jahre 2006 auf der Sonnenseite stehen. Von Januar bis Ende September 2006 fanden rund 19,5 Millionen Übernachtungen in den größeren Beherbergungsstätten des Landes und auf den Campingplätzen statt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,8 %. In diesem Zeitraum ist die

Zahl der Ankünfte ebenfalls gestiegen, und zwar um 5 % auf 4,3 Millionen. Diese Zahlen sind ein toller Erfolg.

Wir dürfen uns auf diesen schönen Zahlen aber nicht einfach ausruhen, denn wir wissen nicht, ob der Sommer 2007 wieder genauso schön wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann müssen wir es einfach beschließen! - Heiterkeit)

Vielmehr müssen wir alles daransetzen, die bisherige Entwicklung zu verstetigen. Das bedeutet: **Schleswig-Holstein** muss wieder das **Tourismusland** Nummer eins an der Küste werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die besten Voraussetzungen, um dieses Ziel zu erreichen, haben wir. Die Regierungsfractionen haben heute einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung bei der Umsetzung des neuen Tourismuskonzeptes unterstützen soll. Wir sind der festen Überzeugung, dass das von Roland Berger erarbeitete Handlungskonzept den richtigen Weg beschreibt. Schleswig-Holstein kann es sich nicht leisten, dass der bedeutendste Wirtschaftszweig des Landes seit Jahren rückläufig ist. Das Gutachten von Roland Berger beziffert den jährlichen Wertschätzungsverlust auf rund 500 Millionen €.

Ursache hierfür ist eine unter allen Beteiligten nicht abgestimmte landesweite **Tourismuspolitik**. Roland Berger nennt in diesem Zusammenhang folgende gravierende Schwachpunkte: erstens keine fokussierte Marketingstrategie, zweitens eine unbefriedigende touristische Infrastruktur, drittens kleinteilige und ineffiziente Strukturen und Prozesse und viertens eine in der Vergangenheit auch unzureichend strukturierte Förderpolitik des Landes. Diese Schwachstellen haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich die wirtschaftliche Lage des Tourismus in unserem schönen Urlaubsland kontinuierlich verschlechtert hat.

Jetzt ist der Punkt gekommen, das Ruder beherzt in die Hand zu nehmen, um Schlimmeres zu verhindern. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass mit dem neuen Handlungskonzept eine Neuausrichtung des schleswig-holsteinischen Tourismus in Richtung der Erfordernisse in einem modernen Urlaubsland stattfinden wird.

Wir unterstützen die Fokussierung auf drei Zielgruppen, die künftig gezielt beworben werden sollen. Dies ist eines der zentralen Elemente der strategischen Neuausrichtung des schleswig-holsteinischen **Tourismus**.

**(Jürgen Feddersen)**

Ebenso bekennen wir uns zu den 13 Leitprojekten der einzelnen Handlungsfelder. Wir unterstützen die Landesregierung dabei in ihrem Bestreben, die Förderpolitik neu auszurichten, wie es im **Handlungskonzept** auch gefordert wird. Es muss zukünftig sichergestellt werden, dass vor einer Förderzusage die touristische Bedeutung eines Projektes überprüft wird. Ebenso bekennen wir uns ausdrücklich zu dem Leitprojekt 2. Aus unserer Sicht bedarf es einer Reorganisation der Landes- und Regionalorgane. Wie eine solche Reorganisation stattfinden wird, ist bisher noch offen. Sie muss mit den Betroffenen - dies betone ich - abgestimmt werden.

Wir bekennen uns zu der erfolgreichen Arbeit der Regionalverbände. Das darf aber nicht bedeuten, dass sich diese künftig notwendigen Veränderungen verschließen. Nur wenn in Schleswig-Holstein alle gemeinsam an einem Strang ziehen, wird die erforderliche Kehrtwende im Tourismus zu erreichen sein. Unser Ziel bleibt es, das Urlaubsland Nummer eins an der Küste zu werden. Ich glaube, alle Beteiligten sind sich dessen bewusst. Dies machte auch der Tourismustag in Travemünde in der vergangenen Woche deutlich. Alle Beteiligten haben meiner Meinung nach die Kernaussagen des Handlungskonzepts akzeptiert.

Insofern möchte ich an dieser Stelle der Landesregierung und insbesondere dem Wirtschaftsminister Dietrich Austermann für den beharrlichen Einsatz danken, den schleswig-holsteinischen Tourismus nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten  
Lars Harms [SSW])

Ich hoffe auf eine breite Unterstützung aller Fraktionen und hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Setzen wir ein Signal für alle Beteiligten, dass die Politik in Schleswig-Holstein hinter dem Tourismuskonzept der Landesregierung steht und sich für eine Neuausrichtung des Tourismus ausspricht!

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD erteile der Frau Abgeordneten Regina Poersch das Wort.

**Regina Poersch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein ehrgeiziges Ziel haben sich die Tourismusakteure in unserem Land gesetzt: eine gemeinsame **Tourismusstrategie** für ein ganzes Bundesland. Diese beinhaltet, die Gästewünsche zu kennen, Angebote daran zu orientieren - und nicht umgekehrt -

und unsere Gäste darüber hinaus immer wieder aufs Neue zu verblüffen und zu überraschen. Auf diese Weise nicht nur Stammgäste halten, sondern neue Gäste ins Land und an unsere Strände holen, das ist ein ehrgeiziges und unterstützenswertes Ziel.

Was in unserem Antrag auf den ersten Blick vielleicht ein wenig technokratisch wirken mag, steckt doch voller Leben: Wir wollen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir wollen an Erfolge anknüpfen und Neues wagen und dabei gemeinsam an einem Strang ziehen. Das ist das Ziel unseres Antrages.

Politik hält sich richtigerweise aus dem operativen Geschäft heraus. Dennoch sollte sich der Landtag eine Meinung zum **Handlungskonzept** für die Neuausrichtung des **Tourismus** bilden - eine Woche nach dem Tourismustag in Travemünde allemal. Wir haben das Konzept nicht nur zu einem guten Teil bezahlt, sondern uns gehen die Inhalte genauso wie die Neuausrichtung der Förderpolitik an.

Unser Antrag ist ein klares Bekenntnis zu den Regionalverbänden. Sie haben in den zurückliegenden Jahren erfolgreiche Arbeit geleistet und sollen dies weiterhin tun und tun können. Was wir allerdings straffen sollten, sind die viel zu kleinteiligen Strukturen vor Ort. Hier brauchen wir allerdings die Unterstützung der Kommunen beim Abbau von Kirchtürmen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was in den Regionalverbänden an touristischen Themen entwickelt worden ist, kann sich sehen lassen: Segeln, Golf, Naturtourismus, Nordic Walking, Radfahren und anderes mehr. - Am Beispiel Radfahren will ich deutlich machen, dass es jetzt darum gehen muss, nicht alle vorliegenden Ergebnisse in den Papierkorb zu werfen, sondern die Konzepte für Rennrad, Mountainbike und Hollandrad auf die Erwartungen und Ansprüche von Zielgruppen wie den anspruchsvollen Genießern, den Familien mit kleinen Kindern und den Best Agern abzustimmen und auf sie auszurichten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es geht also darum, die bisherigen Erfolge als Fundament für eine Neuausrichtung des schleswig-holsteinischen Tourismus zu nutzen und dabei Schwerpunkte zu setzen.

Ich sagte es bereits: Wir wollen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Urlaub auf dem Bauernhof ist nur ein Beispiel. Weitere Beispiele sind der Jugendtourismus, **Camping** mit seinem ungebrochenen Boom, aber auch der **Städtetourismus**, der uns eine steigende Zahl an Tagestouristen erst recht mit

**(Regina Poersch)**

einem neuen Ladenöffnungszeitengesetz beschert. Diese Bereiche sind für den Tourismus in Schleswig-Holstein wichtig.

Und doch dürfen die Zuwächse bei Camping und Städtetourismus nicht den Blick dafür verschleiern, dass die im Konzept vorgeschlagenen Zielgruppen bereits heute zwei Drittel unserer Gäste ausmachen: anspruchsvolle Genießer, Best Ager und Familien mit kleinen Kindern. - Sie wollen wir mit klarem Profil ansprechen. Unsere Angebote sollen sich an den Gästewünschen ausrichten und nicht umgekehrt.

Zur Neuausrichtung gehört auch eine neue Förderpolitik, also ein gezielter Mitteleinsatz mit Ausrichtung auf das Tourismuskonzept. Nicht alles auf Ortsebene Wünschenswertes kann aus Landesmitteln unterstützt werden. Statt tausend Blümchen zu gießen, wollen wir einen Park von touristischen Angeboten pflegen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Ich unterstütze den Ansatz, zukünftig bei Förderanträgen zu fragen, ob jemand bereit ist, die gemeinsame Strategie mitzutragen und sich beispielsweise nachweisbar am Online-Buchungsportal der TASH beteiligt.

Leider sind astronomisch hohe Fördersätze à la Mecklenburg-Vorpommern bei uns nicht drin. Das soll jedoch kein Anlass zum Jammern sein, sondern unser Ziel unterstreichen: Lieber Kollege Jürgen Feddersen, wir wollen im Tourismus die Nummer eins im Norden werden.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Wir bekennen uns auch zum Erhalt der **Tourismusagentur**. Ohne sie und die erfolgreiche Arbeit ihrer hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stünden wir heute nicht so weit oben auf der touristischen Beliebtheitskala. Diese Kompetenz können wir durch externe Berater ergänzen und dabei auch Roland Berger in die Pflicht nehmen: Mit unserem Antrag wollen wir vermeiden, dass der teuer bezahlte Gutachter nach Art eines Hubschraubers plötzlich auftaucht, viel Lärm macht, jede Menge Staub aufwirbelt und so schnell wieder verschwindet, wie er erschienen ist.

Wir können uns durchaus vorstellen, dass in der Umsetzungsphase Roland Berger oder eine andere Unternehmensberatung in die Pflicht genommen werden sollte. Leitprojekte wie die Optimierung des Marketingkonzepts oder die Investorengewinnung für touristische Großprojekte könnten sich hier eignen. Dies kann verhindern, dass es im Falle des Misserfolgs und Scheiterns heißt, die geniale Idee

eines Roland Bergers sei verwässert worden und man hätte die Vorschläge nur nicht exakt umgesetzt.

Zum Abschluss ein Wort zur Verlässlichkeit. Wir alle, das heißt Tourismusakteure wie Investoren und auch Politikerinnen und Politiker, brauchen Verlässlichkeit. Von immer wieder neuen und damit dann verwirrenden Gutachten und Konzepten sollten wir dringend die Finger lassen. Ich wünsche mir, dass wir schnell mit der Umsetzung beginnen und verlässlich das Konzept als Gesamtstrategie anpacken. Dazu gehört auch ganz viel Kommunikation, damit alle Akteure mitgenommen werden. Aus meiner Sicht hat nicht zuletzt der Tourismustag in der vergangenen Woche gezeigt: Es lohnt sich, neue Wege zu beschreiten.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Regina Poersch und begrüße mit Ihnen zusammen auf der Tribüne den Bürgermeister der Stadt Kappeln. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion erhält der Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich kann man auch in Kiel-Gaarden Urlaub machen, Herr Kollege Höppner.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abenteuerurlaub!)

CDU und SPD wollen also, dass die Neuausrichtung des **Tourismus** gemeinsam vorangebracht wird. Sie wollen dies sogar gemeinsam machen und das ist schön. Schließlich regieren sie auch zusammen - dachte ich jedenfalls. Dabei soll die Umsetzung des Handlungskonzeptes zur Neuausrichtung des Tourismus helfen. Hoffentlich wollen die Antragsteller ihr Ziel nicht so umständlich verfolgen, wie sie es ausgedrückt haben. Täten sie es, dann wären sie bereits jetzt gescheitert.

Ob dieser Antrag aber wirklich geeignet ist, dem Ziel näherzukommen, bezweifle ich: So soll der Landtag beschließen, dass im Mittelpunkt des Marketings die Kunden stehen sollen. Ich frage mich: Wer denn sonst?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bravo!)

(Dr. Heiner Garg)

Ferner soll der Landtag beschließen, dass auch nach dem **Gutachten** von Roland Berger noch externe Berater eingekauft werden dürfen. Wir haben uns bereits beim letzten Mal sehr kritisch damit auseinandergesetzt, dass wir noch einmal einen Gutachter beauftragen. Und nun sollen wir beschließen, dass wir noch einmal einen Gutachter oder externe Hilfe beauftragen können! Offen bleibt in Ihrem Antrag, wer bestellen darf und dann auch bezahlen muss.

Der Landtag soll beschließen, dass die Regionen ihre Interessen weiterhin organisieren und vertreten sollen, dass die Kommunen auf das, was sie den Regionen zubilligen, verzichten sollen und dass nur noch für relevante Projekte Subventionen gebilligt werden sollen.

Und zu guter Letzt heißt es: Der Landtag soll als oberstes Organ der politischen Willensbildung im Land Schleswig-Holstein beschließen, dass der Wirtschaftsminister dem Wirtschaftsausschuss über die Neuorganisation berichten soll. Auf dieses Organigramm freue ich mich dann in der Ausschusssitzung. Es wird den Tourismus im Land sicherlich fabelhaft weiterbringen.

Aus diesen aneinandergereihten Selbstverständlichkeiten ragt für mich eine heraus: Der Landtag soll den Kommunen empfehlen, ihre Interessen nicht mehr eigenständig zu organisieren. - Wir hingegen sagen: Wenn sich frei gewählte Kommunalvertreter entschließen, die Interessen in ihren Kommunen zu organisieren und nach außen zu vertreten, dann sollen sie das auch in Zukunft tun.

Wenn es darum gehen soll - und das vermute ich -, die bisherige Kirchturmpolitik, das sehr kleinteilige Vermarkten von Regionen und Destinationen zu unterbinden, dann besteht meiner Meinung nach unsere Aufgabe darin, den Kommunen mit entsprechenden Konzepten zunächst schmackhaft zu machen, wie sie sich zusammenschließen könnten. Auf die Frage, warum es sich für sie lohnen könnte, gemeinsam aufzutreten, fehlt mir in diesem Antrag eine Antwort.

Was mir darüber hinaus in diesem Antrag fehlt, ist die Botschaft, wie das Land gezielt dafür sorgen kann, dass noch mehr Menschen noch häufiger oder noch länger in Schleswig-Holstein Urlaub machen. Was bringt uns diesem Ziel näher: dass der Minister ausgewählten Hoteliers Subventionsschecks überreicht und sich dabei fotografieren lässt oder dass das Land Schleswig-Holstein seine Ausgaben zur Förderung des Tourismus so stark wie möglich darauf konzentriert, das Tourismusland Schleswig-Holstein noch bekannter zu machen?

Ich bin davon überzeugt, dass es mehr Menschen nach Schleswig-Holstein lockt, wenn wir beim Vermarkten des Urlaubslandes Schleswig-Holstein noch mehr klotzen, als es bisher der Fall gewesen ist. Der ehemalige Wirtschaftsminister Prof. Rohwer hat mir auf eine gezielte Nachfrage zum Doppelhaushalt 2004/2005 genau diese Antwort gegeben: Bei einem ordentlich gemachten **Marketingkonzept**, das Schleswig-Holstein im In- und Ausland als einheitliche Feriendestination bekannt machen soll, müssen wir klotzen und nicht kleckern. - Ich finde, bisher wird eher gekleckert und beim Kleckern werden sogar zentrale Punkte wie der Städtetourismus einfach vernachlässigt. Auch das wäre etwas gewesen, was Sie in Ihrem Konzept hätten ansprechen können.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Subventionen zur Verschönerung oder Erneuerung von Hotels können angesichts der großen Zahl von Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen keine zentrale Aufgabe des Landes sein - Investitionen in private Betriebe sollte das Land privaten Investoren überlassen.

Über den Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** und eine konzentrierte Marketingkampagne hinaus sollte das Land die **Kommunen** stärker unterstützen. Der erste Schritt dazu wäre der Verzicht auf die pauschale Kürzung der Finanzausgleichsmasse und die Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds, Herr Tourismusminister. Geschlossene Schwimmhallen und Büchereien und zerfallene Straßen sind die denkbar schlechteste Werbung für ein Urlaubsparadies, das wir gemeinsam schaffen wollen - da sind wir uns ja völlig einig, liebe Kollegin Poersch.

Weil wir den Tourismus in Schleswig-Holstein nicht nur neu ausrichten, sondern vor allem stärken wollen, treten wir für diese drei Punkte ein: eine konzentrierte, wirkungsvolle Marketingkampagne, höhere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und mehr Geld für unsere Kommunen. Wer den Tourismus mit uns stärken will, der kann in zwei Wochen die entsprechenden Haushaltsanträge bejahen.

Im Übrigen möchte ich die Koalitionsfraktionen sehr herzlich bitten, über Ihren Antrag heute nicht in der Sache abstimmen zu lassen, sondern einer Ausschussüberweisung zuzustimmen. Denn es gäbe noch einige Punkte, wo man im Zweifel gemeinsam zusammenkommen könnte, Punkte, die aus meiner Sicht in Ihrem Antrag fehlen. Ich habe den Städtetourismus erwähnt; Naturerlebnismöglichkeiten

(Dr. Heiner Garg)

sind auch nicht so dargestellt, wie man sich das im Zweifel vorstellen könnte. Ich möchte Sie herzlich bitten, über die Ausschussüberweisung als Alternative zur Abstimmung in der Sache nachzudenken, und würde mich dann auf konstruktive Ausschussberatungen freuen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Juli dieses Jahres wurde uns das **Handlungskonzept** zur Neuausrichtung des **Tourismus** in Schleswig-Holstein vorgestellt. Die darin propagierte Konzentration der Tourismuspolitik des Landes auf die drei Zielgruppen Familien mit Kindern, sogenannte Best Ager - vielleicht können wir noch um eine verständlichere Bezeichnung für diese Zielgruppe ringen - und anspruchsvolle Genießer ist grundsätzlich richtig, auch um die derzeitige Verzettelung zu überwinden.

Im Umkehrschluss bedeutet Konzentration auf Zielgruppen natürlich, andere Zielgruppen und Themen vorläufig zurückzustellen. Da sehen wir im Konzept noch Lücken.

Der **Städtetourismus** ist der wichtigste Wachstumsbereich im Tourismus von Schleswig-Holstein. In den letzten fünf Jahren gingen die Übernachtungszahlen im nichtstädtischen Tourismus um 3,1 % zurück, im Städtetourismus insgesamt um 8,3 % herauf, beim Tagestourismus verzeichnen wir ebenfalls Wachstumstendenzen, die überdurchschnittlich sind.

Nach den Zahlen der Marketingkooperation Städte in Schleswig-Holstein gab es 2004 für das Tourismusziel Lübeck allein 13 Millionen Tagesausflüge und 2,3 Millionen Tagesgeschäftsreisen, also insgesamt 15,3 Millionen Tagesreisen. Für Kiel sind die Zahlen noch beeindruckender: 13,6 Millionen Tagesausflüge und 3 Millionen Geschäftsreisen, in der Summe also 16,6 Millionen Tagesreisen. Ein enormes Potenzial an Gästen, die zu einer oder zwei Übernachtungen animiert werden könnten und sollten. Der Städtetourismus ist ein Pfand, mit dem wir

wuchern können, da muss am meisten gepowert werden.

Im Städtetourismus haben wir die Gäste, die zahlungskräftig und qualitätsbewusst sind. Dieser Punkt wird mit der bloßen Übernahme der gutachterlichen Empfehlungen hinten angestellt; er taucht nicht auf.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist aus meiner Sicht eine konzeptionell nicht hinzunehmende Lücke. Der Kollege Garg hat ebenfalls darauf hingewiesen.

(Manfred Ritzek [CDU]: Die Landesgartenschau nicht vergessen!)

- Stimmt, aber das ist ein singuläres Ereignis; das müssten wir in die Gesamtkonzeption einbauen.

Der **Fahrradtourismus** steht nicht mehr nur für Schüler, die einen Campingplatz benutzen, sondern für ein anspruchsvolles und zahlungskräftiges Klientel. Das wird immer vollkommen unterschätzt. Die Landeshauptstadt Kiel ist hinter Münster zur fahrradfreundlichsten Stadt Deutschlands gewählt worden. Gratulation! Durch die Landeshauptstadt Kiel führt seit Jahren der Ostseeküsten-Radweg, einer der schönsten und attraktivsten Fernradwanderwege im Radtourismus. In diesem Frühjahr wurde der Nord-Ostsee-Kanal-Radweg eröffnet. Damit haben wir ein Netz von größeren fahrradtouristischen Routen, der Nordseeküsten-Radwanderweg, der Ostseeküsten-Radwanderweg, der Ochsenweg und Querverbindungen über den NO-Radwanderweg. Das sind Dinge, die aus unserer Sicht deutlicher nach oben gerückt werden müssten.

Die Anzahl der Rad fahrenden Urlaubsgäste ist in ganz Deutschland im letzten Jahr um 4,7 % gestiegen. Auch hier beobachten wir weit überdurchschnittliche Wachstumsraten. Es geht in Konzepten für die zukünftige Tourismusförderung, die wir uns aussuchen sollen, natürlich darum, Stärken zu stärken und nicht dort, wo wir schwach sind, Reparaturen einzubauen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ganz entscheidend. Insofern ist die vorliegende Ausarbeitung richtig, aber nicht ausreichend.

Im Übrigen ist der Antrag von CDU und SPD äußerst blutleer und substanzlos.

(Zurufe von der CDU)

- Wenn es in dem Antrag heißt: „Im Mittelpunkt des künftigen Marketings stehen die Zielgruppen“ -

**(Detlef Matthiessen)**

was soll man dazu sagen? Was soll daran neu sein? Gleiches gilt für das Handlungskonzept. Die vorgeschlagenen Punkte sind nicht neu. Sie werden im Ministerium bereits umgesetzt. Oder glauben Sie etwa, dass bei der Ausrichtung der Förderpolitik touristische Relevanz bisher nicht geprüft wurde? Das wäre doch absurd!

Die grüne Landtagsfraktion schlägt zwei Ergänzungen zu den Themen Städtetourismus und Fahrradtourismus vor. Insofern freue ich mich auf eine Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen und erteile für den SSW Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU dafür bedanken, dass Sie das für Schleswig-Holstein wichtige Thema Tourismus heute mit Ihrem Antrag auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Der Antrag ist so abgefasst, dass nach meiner Auffassung eigentlich jeder dem Antrag zustimmen kann und wir den Tourismus in unserem Land so mit breiter Zustimmung unterstützen können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir jedenfalls werden das tun.

Ich möchte daher gern auf die einzelnen Themen des Antrages eingehen und verstehe unsere Anregungen als Beitrag zu einer Diskussion, die letztendlich die Touristiker im Land und ihre Verbände führen und zum Abschluss bringen müssen.

Mit dem Roland-Berger-Gutachten haben wir in Schleswig-Holstein eine unabhängige Studie bekommen, die als Handlungsfaden dienen sollte. Hier werden im Wesentlichen zwei Themenbereiche besonders angesprochen: zum einen die derzeitigen Strukturen und Vermarktungswege, die möglich sind, und zum anderen die Zielgruppen, derer man sich insbesondere annehmen sollte.

Was die Strukturen angeht, ist die Schlussfolgerung richtig, dass wir hier viel zu kleinteilig organisiert sind. Jeder Ort und jede Teilregion hat seinen Verein oder Verband, der für den Tourismus zuständig

ist. Das ist natürlich so nicht aufrechtzuerhalten, weil dies Ressourcen verschlingt, die man besser gemeinsam nutzen könnte. Diese Struktur liegt aber nicht darin begründet, dass die Touristiker so kleinteilig denken, sondern vor allem darin, dass die kommunalen Strukturen so sind, wie sie bei uns sind.

Jeder kleine Ort mit ein paar hundert Einwohnern hat eigene Interessen und muss diese auch vertreten. Dabei können die übergeordneten Strukturen schon einmal unter die Räder geraten. Daher haben dann nicht nur die größeren Orte eigene touristische Strukturen, die sie auch nötig haben, sondern eben auch viele kleine Dörfer und Miniregionen. Dabei wird unheimlich viel Energie und Geld freigesetzt, aber eben nicht zielgerichtet für eine größere Region genutzt.

Deshalb wäre auch hier eine Gemeindereform hilfreich und das Ziel einer Reform der kommunalen touristischen Strukturen sollte sein, dass man örtliche **Tourismusstrukturen** grundsätzlich nur noch für Einheiten mit einer Einwohnerzahl von mindestens 30.000 Einwohnern vorhält, also man die touristischen Strukturen um Kreisstädte, größere Orte und Touristikzentren gruppiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hätten dann nur noch 90 oder sogar weniger kommunale Tourismusverbände und nicht 225 wie heute. Danach könnte man auch überlegen, welche Aufgaben in Zukunft die Regionalverbände in Abgrenzung zur TASH haben sollten und welche Organisationsform wir gemeinsam für diese Aufgaben anstreben.

Kommen wir nun zu den Zielgruppen. Es ist klar, dass wir uns um jeden Gast zu kümmern haben. Es ist ebenso klar, dass wir auf örtlicher Ebene in Teilen andere Zielgruppen bedienen als zum Beispiel in einer landesweiten strategischen Ausrichtung. Eine örtliche Ausrichtung auf beispielsweise den Jugendtourismus, auf Geschäftsreisen oder auf die „Schönen und Reichen“ ist immer noch möglich. Es ist aber vor allem auf Landes- und Regionalebene notwendig, dass wir unsere Mittel zielgerichteter einsetzen als bisher. Deshalb ist es richtig, dass wir uns landesweit auf die Zielgruppen einstellen, die auch das Preisniveau, das wir haben, mittragen können.

Im Segment des reinen Billigurlaubs werden wir nicht bestehen können. Auch hier gilt, dass unsere Chance nur der **Qualitätstourismus** ist. Deswegen sind die Schwerpunkte „Ältere Generation“, „Familien“ und „Junge Alleinreisende“ auch die richtigen



(Lars Harms)

Schwerpunkte. Nur in diesen Bereichen lässt sich flächendeckend Geld verdienen.

Ein richtig wichtiger Punkt im Antrag ist auch der vorletzte Punkt. Hier geht es um Tourismusprojekte und die dazugehörige Förderpolitik. Es ist einerseits notwendig, dass erkannt wird, dass auch touristische Großprojekte sinnvoll sein können, um ein marktgerechtes Angebot zu haben. Andererseits ist es ebenso notwendig zu erkennen, dass auch die **touristische Infrastruktur** nicht in den 70er-Jahren verharren darf. Investitionen in diese Bereiche sind Investitionen in einen der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes, der vergleichsweise viele Arbeitsplätze bereitstellt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es wichtig, dass man nicht nur technisch anspruchsvolle Projekte in anderen Wirtschaftszweigen fördert, sondern eben auch in Golfplätze, Freizeitanlagen oder in Feriensiedlungen investiert. Diese Projekte schaffen mindestens genauso viel Wertschöpfung wie andere Projekte. Gleiches gilt auch für Kurpromenaden oder Museen, die natürlich erst einmal nicht so modern wirken, aber eben doch die Basis für etwas ganz Profanes sind, fürs Geldverdienen.

Ohne eine ordentliche Infrastruktur kommen keine Gäste nach Schleswig-Holstein und deshalb muss sich die Förderstruktur des Landes eben gerade auch auf die Bedürfnisse des Tourismus im Land ausrichten.

Beim angedachten Bericht im Februar im Wirtschaftsausschuss würde ich anregen, neben dem Wirtschaftsminister auch Vertreter der TASH und der Regionalverbände einzuladen und dann gemeinsam über die Neuorganisation des Tourismus zu sprechen. Auf jeden Fall war es sehr, sehr wichtig, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, damit wir den Tourismus in unserem Land weiterbringen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms und erteile für die Landesregierung dem Herrn Minister Dietrich Austermann das Wort.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein großes Problem für mich, ich muss zum zweiten Mal den Abgeordneten Harms wegen seiner Ein-

sicht loben, aber das tue ich gern, weil es bestätigt, dass Frau Poersch und Herr Feddersen, dass die Große Koalition mit dem, was Sie heute hier zu dem Thema beigetragen haben, genau wie wir auf einem gemeinsamen und, wie ich glaube, richtigen Weg sind. Wir haben eine Neuausrichtung des **Tourismus** eingeleitet, weil es erforderlich ist.

Ich brauche nur noch einmal kurz die Zahlen zu nennen. Wir haben zurzeit ein Bruttoinlandsprodukt aus dem Tourismus, das eine Größenordnung von 4,5 Milliarden € hat bei 130.000 Beschäftigten, und wir gehen davon aus, dass wir nach Zahlen aus dem Anfang der 90er-Jahre dieses Bruttoinlandsprodukt um 500 Millionen € steigern können. Das ist aller Anstrengungen wert und es ist auch wichtig, dass man hier mit klaren, nachvollziehbaren Strichen das Ganze tut und sich nicht in Kleinteiligkeit verliert. Ich weise darauf hin, dass wir über 225 Tourismusorganisationen im Land haben. Jeder hat natürlich seine eigenen Interessen. Dass die nicht alle am gleichen Strang ziehen, ist ziemlich klar.

Wir sollten das große Wachstumspotenzial, das wir haben, ausschöpfen. Das ist im Antrag beschrieben. Ich bin der Meinung, wir haben bereits mit der Umsetzung begonnen, letztens gemeinsam auf dem Tourismustag, wo wir über das Thema diskutiert haben. Deswegen halte ich es auch für entbehrlich, dass das Ganze noch einmal in den Ausschuss zurückverwiesen wird, nachdem das Berger-Konzept schon im Ausschuss gewesen ist. Ich halte es für richtig, den Antrag schon heute zu verabschieden.

Ich will ein paar Worte sagen, weshalb wir auf dem richtigen Wege sind, und will das Organigramm noch einmal ansprechen. Die erste Entscheidung, die wir getroffen haben, war, dass Frau Staatssekretärin Wiedemann die politische Federführung für den Tourismus übernimmt. Damit wird deutlich gemacht, das ressortiert nicht auf Referatsleiterebene, obwohl dort bei Herrn Helle gute Arbeit geleistet worden ist, den ja alle kennen.

(Beifall)

Es wird auch die politische Unterstützung gewährleistet. Es wird gleichzeitig mit der Leitung bei der Staatssekretärin sichergestellt, dass wir mit den anderen Ministerien, die betroffen sind, Arbeitsministerium, aber auch Landwirtschaftsministerium, die gleichermaßen in dem Bereich tätig sind, unter einem Dach in einem Steuerungskreis miteinander zusammenkommen. Die Arbeit dafür wird in einer Projektgruppe geleistet. Das ist relativ einfach und klar nachvollziehbar und auch sehr funktionsfähig. Wir haben ein paar Schritte unternommen, die be-

(Minister Dietrich Austermann)

reits in die richtige Richtung gehen, und das fängt mit der Förderpolitik an.

Nun will ich etwas zum Thema **Hotels** sagen. In Mecklenburg-Vorpommern werden Hotels mit 50 % gefördert. Das hat übrigens meine kritische Anmerkung zum Thema G-8-Gipfel ausgemacht. In Mecklenburg-Vorpommern ist genug Geld da, für alle schönen Anlässe, die man betreiben kann. Wenn wir Hotels in Schleswig-Holstein fördern, dann fördern wir sie, wenn es Hotels sind, die vier Sterne aufwärts haben, um damit deutlich zu machen, wir brauchen eine Qualitätssteigerung. Das gute Vorbild soll dazu dienen, dass sich andere in der Qualität zusätzlich anstrengen.

(Beifall bei CDU und SSW)

Wir machen das nicht, weil wir denken, Investoren brauchen Geld, sondern das machen wir deshalb, weil wir sagen, das ist ein Signal, tummelt euch alle in dem Bereich, der wichtig ist. Wir haben das in einzelnen Bereichen gemacht. Dann kommt natürlich der wunderschöne Effekt noch dazu, wenn TUI ein Dorfhôtel auf Sylt baut, zum Teil gegen den Widerstand der dortigen Gastronomen, heißt das, dass TUI gleichzeitig in seinen Prospekten auf den Standort Schleswig-Holstein hinweist, an anderer Stelle Arosa in List, Arosa in Travemünde genau das Gleiche.

Wenn wir feststellen, dass wir in den letzten Monaten - Sie sammeln ja immer Punkte in Ihrer Statistik für die Regierung, wo sie tüchtig war - verkünden konnten, dass Olpenitz läuft, dass Priwall läuft, dass in Sierksdorf 100 Ferienhäuser gebaut werden, zeigt das doch, dass die Leute sagen, es lohnt sich, in diesem Lande in den **Tourismus** zu investieren. Das beweist, dass wir auf dem richtigen Wege sind, dass die das **Konzept** gemeinsam mit uns tragen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir machen es aber nicht so, dass wir nur an die Großen gehen, wir machen auch ein Modernisierungsprogramm für die Kleinen. Da muss ich sagen, wir haben das Programm, das es früher gab, geändert. Wir klotzen jetzt an der richtigen Stelle und kleckern nicht, wie das früher vielleicht zum Teil der Fall war. Dies ist die einzige kritische Anmerkung, die ich dazu machen möchte. Es ist nötig, dass wir neu ausrichten, und das beschreibt auch, dass neu ausgerichtet wird und dass Korrekturen da sind.

Wir machen das Ganze in zehn Punkten, indem wir sagen, wir wollen landesweites **Marketing** erreichen. Damit werben wir natürlich auch für den **Städtetourismus**, der - wie hier richtig von Frau

Poersch gesagt wurde - die besten Zahlen hat. Wenn wir den Städtetourismus, den Campingtourismus nicht hätten, hätten wir zurückgehende Zahlen in der Summe. Beim Städtetourismus unterstützen wir durchaus, aber nicht bei Einkaufsfahrten. Mancher verwechselt das, wobei ich mir hier den Hinweis gestatte, es wäre schön, wenn alle Kaufhäuser in Kiel Scheckkarten von ortsansässigen Kunden annehmen und damit deutlich machen würden, dass Kundschaft gern gesehen ist, egal wie sie bezahlt. Scheckkarten sind in der Regel gedeckt, anders als das früher bei manchem Scheck der Fall war.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Es gibt eben die Garantie.

Wir wollen mehr Qualität und mehr Qualifizierung. Wir wollen da einen Schwerpunkt setzen. Wir wollen ein neues Gastronomiekonzept. Wir wollen ein Designkontor, das das Typische, das Unverwechselbare im Tourismus in Schleswig-Holstein herausarbeitet. Wenn Sie an Bayern denken, denken Sie an karierte Bettwäsche und entsprechende Tischdecken in blau-weißer Farbe, wenn Sie an Schleswig-Holstein denken, denken Sie an herrliche Landschaften, aber es gibt nicht das typische Synonym. Deshalb sollten wir uns in dem Bereich, was Design angeht, etwas mehr anstrengen.

Wir werden ein gemeinsames Ansiedlungsmanagement machen. Wir arbeiten weiter an der kommunalen Infrastruktur. Ich kann das hier sagen, weil gesagt wird, der wirbelt Staub auf und erscheint dann mal kurz. Ich sage, ich wirbele nicht nur Staub auf, ich wirbele ihn an der Stelle auch weg, wo er zu lange gelegen hat.

(Heiterkeit)

Wir werden in diesem Jahr noch für 30 Millionen € **touristische Projekte** an der Ost- und Westküste wirtschaftlich unterstützen. Wir unterstützen kommunale Infrastruktur, wir machen eine Förderpolitik: Wer nicht mitzieht, der bleibt draußen. Das heißt, dass wir konkret sagen, wer sich nicht an dieses gemeinsame Konzept hält, der kann nicht damit rechnen, dass er gefördert wird. Wir müssen vielmehr sehen, dass wir das staatliche Geld, das gemeinsame Steuergeld vernünftig einsetzen. Wir wollen Strukturen verschlanken, auch in den Tourismusorganisationen. Ich habe gesagt, es gibt 225 Organisationen. Das muss sich ändern. Wir wollen niemanden zwingen, aber wir wollen doch deutlich machen, dass wir in einer Informationsoffensive etwas besser machen.

Meine Damen und Herren, ich denke, damit ist deutlich geworden, dass es durchaus richtig war,

**(Minister Dietrich Austermann)**

dass wir gemeinsam einen neuen Antritt vorgenommen haben.

Nun will ich noch eine kurze Erklärung zu dem Thema geben, was „Best Agers“ sind. Man kann auch sagen „junge Alte“, manche sagen „Silver Agers“. Die haben dann so Silberlocken wie wir beide. Man könnte aber auch andere damit meinen. Ganz einfach könnte man sagen: Leute, die über 55 Jahre alt sind und trotzdem noch etwas taugen. Es sind also wieder wir beide gemeint.

(Heiterkeit)

Ich denke, dass damit ziemlich klar beschrieben ist, was „Silver Agers“ sind. Wenn Sie „junge Alte“ sagen, dann hört sich „Alte“ immer ein bisschen abwertend an.

Wenn man älter wird - wie ich -, dann hat man das natürlich nicht so gern. Deswegen ist Silver Agers schon ein bisschen besser. Vielleicht sollte man doch Englisch lernen, um im Tourismus ein Stückchen weiterzukommen.

Ich möchte abschließend auf eine Anmerkung eingehen, die gestern gemacht worden ist. Ich hoffe, dass der Kollege Döring es mir nicht übel nimmt. Aber da wir meiner Ansicht nach in der Regierung gemeinsam an dem Ziel arbeiten, ist es vielleicht ganz gut, wenn ich das tue.

Es ist gestern darüber gestritten worden, was die Regierung für Erfolge erreicht hat. Ich möchte nur einen Punkt, nämlich den der Arbeitsmarktstatistik, ansprechen.

(Zuruf von der CDU: Alle aufzählen!)

Das hat ja auch etwas mit Tourismus zu tun. Wenn wir mehr Umsatz, mehr Übernachtungen haben, was wir im Tourismus erreichen wollen, dann hat das auch etwas mit **Arbeitsplätzen** zu tun.

Von allen westdeutschen Flächenländern hat in diesem Jahr nur Bayern prozentual mehr Arbeitsplätze geschaffen als Schleswig-Holstein. - Soll ich das wiederholen?

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

Es ist ein Rückgang der Arbeitslosen um 24.000, bei den Jugendlichen um 22.000 zu verzeichnen. Wir liegen damit auf Platz drei. Bezogen auf das Sozialgesetzbuch II - ich halte es für wichtig, auch das einmal zu unterstreichen -, beträgt der Rückgang bei denen, die Hartz IV beziehen, 11 %. Auch das ist ein deutlicher Rückgang. Wir haben 11.150 Arbeitsplätze mehr als vor einem Jahr. Das gibt es in fast keinem anderen Bundesland.

Bei den Ansiedlungen, beim Bürokratieabbau, bei Wachstum, bei Exportorientierung, bei der deutsch-dänischen Kooperation, bei der Auslastung des Handwerks - überall sind wir in Schleswig-Holstein unter den ersten drei. Ich finde, das ist ein Grund zur Freude für uns alle und natürlich auch für die Regierung; denn dies zeigt, dass sie richtig gearbeitet hat.

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Minister sehr herzlich für seinen Bericht. - Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich die Frau Abgeordnete Regina Poersch gemeldet. Da die Landesregierung ihre Redezeit etwas überzogen hat, steht allen Fraktionen die gleiche Zeit zur Verfügung.

**Regina Poersch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, wenn der Antrag so banal ist und, lieber Kollege Dr. Garg, wenn in dem Antrag so viel fehlt, warum haben Sie dann keinen ergänzenden Antrag vorgelegt? Da wäre vielleicht noch eine ganze Menge möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir hatten die Erleuchtung erst vor kurzem!)

Ich habe ausdrücklich gesagt, wir wollen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Aber wir wollen Schwerpunkte setzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Städtetourismus und Zielgruppenorientierung kein Widerspruch sind. Nicht zuletzt heißt eines der Leitprojekte: Wir kennen unsere Zielgruppe. - Das muss also kein Widerspruch sein. Es geht darum, das **Angebot** an den Gästewünschen zu orientieren und auf sie auszurichten und nicht umgekehrt, dass man alle zwingt, Rad zu fahren, unabhängig davon, ob sie Rad fahren wollen oder nicht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Auch zum Thema Fahrrad fahren habe ich eine Menge gesagt.

Dann zu der Frage, ob wir das nicht doch noch einmal in den Ausschuss überweisen sollten! Die Ausschüsse haben, soweit ich weiß, ein Selbstbefassungsrecht. Wir können das jederzeit dort miteinander besprechen. Ich finde es aber auch richtig, dass sich der Landtag eine Woche nach dem Tourismustag hier und heute eine Meinung bildet. Deswegen bitte ich um Abstimmung in der Sache.

**(Regina Poersch)**

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Präsidium bedankt sich für den Hinweis. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch!)

- Herr Dr. Garg, wie konnten wir Sie übersehen? Ich erteile Ihnen hiermit das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge veranlassen mich, doch noch einmal nach vorn zu kommen. Frau Kollegin Poersch, ich bin ausgesprochen froh, dass Sie niemanden zum Fahrradfahren zwingen wollen. Wir können ja einmal zusammen Tandem durch Schleswig-Holstein fahren; das macht ja auch Spaß. Das finde ich wunderbar.

Zweitens habe ich eine Frage an den Tourismusminister. Wenn er sagt, er wirbelt nicht nur Staub auf, sondern macht ihn auch weg, dann stellt sich die Frage, wo der Staub letztlich herunterkommt, den er wegmacht, es sei denn, er ist ein Staubsauger.

Die dritte Bemerkung bezieht sich auf das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion. Wir werden, wenn in der Sache abgestimmt werden soll - ich bedauere noch einmal, dass wir keine Ausschussüberweisung hinbekommen haben -, diesem Antrag zustimmen; denn wir halten grundsätzlich eine Neuausrichtung in diesem für Schleswig-Holstein ausgesprochen wichtigen Segment selbstverständlich für richtig. Ich hätte es trotzdem besser gefunden, wir hätten das noch einmal zusammentragen können

(Jürgen Feddersen [CDU]: Haben wir!)

- nein, haben wir nicht, Kollege Feddersen - und die Anregung der Opposition wäre aufgegriffen worden. Aber wir werden diesem Antrag in der Sache selbstverständlich zustimmen, um ein Signal für die diejenigen zu geben, die vor Ort mit der Umsetzung dessen befasst sind, was wir uns hier unter anderem mit ausgedacht haben.

(Beifall bei FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Es liegt mir eine weitere Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Ich erteile Herrn Abgeordneten Detlef Matthiesen das Wort.

**Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns so verhalten wie die FDP. Wir stimmen dem Antrag zu. Ich habe nicht gesagt, dass da Verkehrtes drinsteht, sondern ich habe gesagt, er ist recht blutleer und werde bereits umgesetzt. Das wollte ich zur Klärung noch einmal sagen.

Herr Minister, ich bin in einem Verein zur Rettung der deutschen Sprache - oder wie das heißt -, in einem Verein, der es sich zum Ziel gesetzt hat, das sogenannte Denglisch aus dem normalen Sprachgebrauch zurückzudrängen. Ich habe das nur nebenbei erwähnt und Sie haben es auch nur nebenbei getan. Aber wir sollten uns gerade als Politiker bemühen, in unseren Schriftsätzen englische Ausdrücke zu vermeiden. Lesen Sie einmal die Anleitung der Landtagsverwaltung zum Umgang mit unseren neuen Telefonen! Gerade wenn wir von Best Ager oder Leuten reden, deren Alter noch darüber hinaus geht, sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, dass der Einzug des Englischen oder Denglischen in den allgemeinen Sprachgebrauch zur Folge hat, dass Leute, die das nicht beherrschen, ausgeschlossen werden. Diesen Gesichtspunkt sollte man nicht vernachlässigen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann ist es einfach so, dass ich die deutsche Sprache sehr liebe. Manchmal steht man - wie wir beide - vor so einem Wort wie Best Ager und es fällt einem noch nicht mal ein,

(Ursula Sassen [CDU]: Dass man selber einer ist! - Heiterkeit)

welches deutsche Wort dafür angemessen ist. Insofern möchte ich noch einmal dafür plädieren, dass wir uns auch in dieser Richtung durchaus einmal einen Gedanken mehr machen sollten, wenn wir mit solchen Denglisch-Gebilden in der guten, schönen deutschen Sprache konfrontiert sind.

(Frank Sauter [CDU]: Ich fand den Beitrag okay!)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt mir jetzt wirklich keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, damit ist der Antrag 16/1081 mit den Stimmen

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FDP und SSW so angenommen. - Herzlichen Glückwunsch!

Erlauben Sie mir eine geschäftsleitende Bemerkung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, die Tagesordnungspunkte 35 und 36 auf die Dezember-Tagung zu verschieben. - Tiefes Bedauern macht sich breit.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 29 auf:

### Auskunftsrechte von Bürgerinnen und Bürgern

Antrag der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1083

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

#### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer Zeit, in der die Bürgerinnen und Bürger über sich immer mehr Informationen den **staatlichen Sicherheitsbehörden** preisgeben müssen, teilweise ohne dass sie dies willentlich, geschweige denn wissentlich tun. Wir leben in einer Zeit, in der ebenso immer mehr Daten von immer mehr Personen von Sicherheitsbehörden erfasst, gespeichert und weitergegeben oder sonstwie verarbeitet werden. In dieser Zeit ist es für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden von großer Bedeutung, dass sie die Möglichkeit haben zu erfahren, ob, in welcher Form und warum sie in einer Datenbank, beispielsweise des Landeskriminalamtes, gelandet sind. Darauf haben sie auch einen Anspruch. **§ 198 des Landesverwaltungsgesetzes** erkennt den Bürgerinnen und Bürgern ein umfangreiches **Auskunftsrecht** über die Speicherung der persönlichen Daten in einer **polizeilichen Datei** zu.

Die Auskunft kann und darf nur dann verweigert werden, wenn dem Wohl des Bundes oder des Landes ein Nachteil entstünde, wenn hierdurch die Erfüllung polizeilicher Aufgaben erheblich erschwert würde oder wenn berechnete Interessen Dritter gegen eine Auskunftserteilung vorliegen.

Leider haben die **Polizeibehörden** in der Vergangenheit diesen rechtlichen Vorschriften nicht oder - so sage ich einmal - nicht immer genügend Rechnung getragen. So gab es beim **Unabhängigen**

**Landeszentrum für den Datenschutz** mehrfach Beschwerden von Bürgern, deren **Auskunftsanspruch** von den Landesbehörden nicht vollumfänglich sichergestellt wurde, die also bei Nachfrage keine oder nur unzureichende Auskünfte darüber erhielten, welche Auskünfte bei den Polizeibehörden gespeichert wurden.

Ein konkreter Beispielfall: Eine Petentin hatte beim Landeskriminalamt Auskunft darüber verlangt, ob ihr Telefonanschluss überwacht worden sei. Das LKA hingegen verweigerte sowohl der Bürgerin als auch den Vertretern des Datenschutzzentrums mit dem Hinweis die Auskunft, dass das Landeskriminalamt weder einem anfragenden Bürger noch dem ULD mitteile, ob ein bestimmter Telefonanschluss überwacht werde. In einem weiteren Zusatz fügte das LKA an:

„Sollte entgegen meiner Aussage aufgrund der Rechtslage die Landespolizei zu einer Aussage verpflichtet sein, teilen Sie mir das bitte mit.“

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Das ist schon ein starkes Stück, Kollege Nabel. Ein Landeskriminalamt, das den Datenschützer quasi um einen rechtlichen Hinweis darüber bittet, ob es zur Auskunft verpflichtet sei, dokumentiert damit, dass es eine entsprechende Prüfung selbst überhaupt nicht vorgenommen hat. Nach meiner Auffassung geht das so nicht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Fall: Das Landeskriminalamt hatte auf Antrag eines Betroffenen Auskunft über seine personengespeicherten Daten erteilt, die anlässlich einer Demonstration gegen die Hartz-IV-Gesetze von ihm erhoben und gespeichert worden waren. Nach einer Nachprüfung durch das ULD stellte sich heraus, dass diese Auskunft in einigen Punkten fehlerhaft war. Das Landeskriminalamt zeigte sich nicht bereit, dem Betroffenen die zwischenzeitlich gelöschten Informationen über die Teilnahme des Bürgers an dieser Demonstration mitzuteilen. Korrekt wäre es hingegen gewesen, im Rahmen einer Auskunft mitzuteilen, dass er wegen seiner Teilnahme an einer Demonstration gespeichert war, dass diese Daten aber noch gelöscht werden würden, weil sie für die Aufgabenerfüllung des LKA nicht mehr erforderlich waren.

Dieser Fall führte - wie auch der vorangegangene - zu einem intensiven Schriftverkehr des Landesdatenschützers mit dem Innenministerium darüber, ob

(Wolfgang Kubicki)

die Vorgehensweise des LKA dem Auskunftsanspruch des Bürgers genügt hat oder nicht. Nachdem unser heutiger Antrag von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW mit der Aufforderung, die **Mängel in der Auskunftserteilung** abzustellen, dem Landtag zugeleitet wurde, ließ das Innenministerium dem Innen- und Rechtsausschuss eine Stellungnahme zukommen. Diese hatte sinngemäß zum Inhalt, dass die Anregungen des Landesdatenschützers übernommen worden seien und dass sich damit der Antrag hier im Landtag quasi erledigt habe.

Dem widerspricht allerdings der Landesdatenschützer in seiner Replik vom 23. November. Insbesondere die Gründe für die Verweigerung der Auskunftserteilung werden seitens des Innenministeriums immer noch zu weit ausgelegt, was weiter dazu führen wird, dass Bürgerinnen und Bürger ohne rechtlichen Grund Auskünfte über die von ihnen gespeicherten Daten verweigert werden.

Für uns gilt nach wie vor, dass dies abzustellen ist. Die Frage, ob Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland ausreichend darüber informiert werden und zu welchem Zweck ihre Daten bei der Polizei gespeichert sind, ist keine Petitesse. Es ist eine Frage des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in das ordnungsgemäße Handeln staatlicher Institutionen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass es eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts zur **Rechtmäßigkeit** entsprechender Maßnahmen ist, die betroffenen Bürger anschließend in ausreichender Weise zu informieren, um auch **nachträglichen Rechtsschutz** gegen solche Maßnahmen zu ermöglichen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich bitte darum, dass dieser Antrag an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wird, damit wir die Sache intensiv und möglicherweise in vertraulicher Sitzung weiter beraten können.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Ursula Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Antrag der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW zur **Sicherstellung der Auskunftsrechte** von Bürgerinnen und Bürgern ist in seiner Zielrichtung

uneingeschränkt zuzustimmen. Bürgerinnen und Bürger, die bei der Polizei des Landes Schleswig-Holstein um Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten bitten, haben hierauf einen rechtlich abgesicherten Anspruch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Anspruch umfasst sämtliche bei der **Landespolizei** gespeicherten Daten und solche, die in den **Verbunddateien INPOL** gespeichert sind. Herr Kubicki sagte es schon: **Auskunftsverweigerungen** dürfen nur gemäß der engen Grenzen der Verfassung und der gesetzlichen Regelungen unter Heranziehung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erfolgen.

Das **ULD** ist der Bitte des Innen- und Rechtsausschusses, einen Bericht über die Erteilung von Auskünften an Betroffene durch die Polizei zu erstellen, nachgekommen. Diesen detaillierten Bericht habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, zeigt er doch, wie auch viele andere Einlassungen und Kommentare des ULD, dass es sich beim ULD um eine wachsame Behörde handelt.

Die vorliegende Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtags macht auch deutlich, dass noch vieles optimiert werden muss und in enger Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten auch verbessert werden kann. Die Bereitschaft dafür sollte auf beiden Seiten vorhanden sein. Davon gehe ich aus.

Insgesamt kann man aber von einer verantwortungsvollen Praxis des Landeskriminalamts und der Landespolizei sprechen. Wir befinden uns in einer extrem schwierigen Zeit. Menschen ohne jegliches Gefühl für Recht und Unrecht greifen in das Staatsgefüge ein, legen es teilweise lahm und ziehen Unschuldige mit hinein. Die Eindrücke des 11. Septembers haben uns sensibilisiert. Spätestens seit den gescheiterten Attentaten in Regionalzügen wissen wir, dass diese Bedrohung auch uns treffen kann. Jeder von uns muss wachsam sein. Ganz besonders ist aber unser Staat mit dem Landeskriminalamt und der Landespolizei gefordert, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einzustehen.

Es gilt, den Spagat zwischen dem **Recht auf informelle Selbstbestimmung** und dem **Schutz der Allgemeinheit** zu schaffen. Der Gesetzgeber hat bestimmt, worüber den Betroffenen mindestens Auskunft zu erteilen ist. Auskunft ist über die zu seiner Person gespeicherten Daten, über den Zweck und die Rechtsgrundlage der Speicherung sowie über die Herkunft der personenbezogenen Daten, die Empfänger von Übermittlungen und die Teilnahme an automatisierten Abrufverfahren zu erteilen.

(Ursula Sassen)

Nach § 198 Abs. 3 Landesverwaltungsgesetz entfällt die Auskunftserteilung oder die Gewährung von Akteneinsicht, wenn eine Prüfung ergibt, dass dadurch erstens die Erfüllung ordnungsbehördlicher oder polizeilicher Aufgaben erheblich erschwert oder gefährdet würde. Das **Recht auf Auskunftserteilung und Akteneinsicht** entfällt zweitens, wenn die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer anderen Rechtsvorschrift oder wegen berechtigter Interessen einer dritten Person geheim gehalten werden müssen. Drittens entfällt dieses Recht, wenn durch die Auskunftserteilung oder die Gewährung von Akteneinsicht dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile entstehen würden.

Hier setzt die Kritik des ULD an, da nach Auffassung des ULD Fälle aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass diese Norm unter Heranziehung unzureichender beziehungsweise verallgemeinernder Erwägungen ausgelegt wird, um eine Vollauskunft nicht erteilen zu müssen.

In der Begründung des Antrages von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW ist sogar die Rede davon, dass das Recht auf Auskunft, das auch als die Magna Charta des Datenschutzes bezeichnet wird, verletzt und das Vertrauen der Bevölkerung in einen rechtskonformen Umgang der Polizei mit personenbezogenen Daten beeinträchtigt werde.

Nach meinem Empfinden ist diese Auffassung zu hoch gegriffen und wird den kooperativen Bemühungen des Landeskriminalamtes, datenschutzrechtliche Mängel zu beheben, nicht gerecht. Es handelt sich hier um Einzelfälle, die nach Rückfrage beim LKA und im Innenministerium weitgehend korrigiert werden konnten. Daher kann nicht von einer Besorgnis erregenden und zu weit gehenden Verweigerung der Auskünfte gesprochen werden. Ich gehe davon, dass auch der Innenminister dazu noch aufklärende Worte beitragen will. Wir haben dann noch die Gelegenheit, die restlichen Bedenken im Innen- und Rechtsausschuss auszutauschen und - so hoffe ich - auszuräumen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist tatsächlich schon etwas Besonderes, wenn das Parlament die Regierung schlichtweg auffordern soll, ein Gesetz - in diesem Falle das Landesverwaltungsgesetz - einzuhalten. Darüber hinaus soll die Regierung Vorgaben der Verfassung beziehungsweise der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes einhalten. Es wäre tatsächlich ein unerhörter Vorgang, wenn dies nicht der Fall sein sollte.

Zum Ablauf der Dinge: Ursächlich für den Antrag ist eine Anmerkung des **Unabhängigen Landeszentrum für den Datenschutz im Tätigkeitsbericht** für das Jahr 2005. In der Überschrift zur Textziffer 4.2.5 heißt es: Eingaben bestätigen die Zweifel an der Richtigkeit von an Betroffene gegebenen Auskünften über Datenspeicherungen durch die Polizeibehörden des Landes. Konkret wurde angemahnt, dass Auskünfte über Datenspeicherungen bei örtlichen Polizeibehörden vollständig sein müssen, Speicherungen in Dateien anderer Stellen der Landespolizei zu berücksichtigen sind, über interne Dateien des Landeskriminalamtes Auskunft erteilt werden muss und INPOL-Verbunddateien umfassend abgefragt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits in einer Stellungnahme des Innenministeriums aus dem Juli dieses Jahres wurde dem Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschuss mitgeteilt, dass die frühere, tatsächlich restriktivere Sichtweise des **Landeskriminalamtes** in Bezug auf die Informationsgewährung verändert worden ist. Dem lag auch ein umfassender Schriftwechsel zwischen dem Unabhängigen Landeszentrum für den Datenschutz und dem Innenministerium zugrunde. Im September hat das ULD nochmals umfassend dazu Stellung bezogen.

Nunmehr hat der Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses einen weiteren Brief des Innenministeriums erhalten, nämlich den vom 17. November 2006 - Herr Kubicki hat es angeführt - mit dem Inhalt, dass die verschiedenen problematischen Sachverhalte geklärt seien. Allerdings schrieb dann am 23. November 2006 Herr Weichert für das ULD zurück und sah weiteren Klarstellungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf die plausible Darlegung der Ablehnung eines **Informationsersuchens**.

Aus dem internen Umdruck 16/1233, der den vorhergehenden Schriftwechsel enthält und der mit zu den Anmerkungen im Datenschutzbericht geführt hat, ist unter anderem ersichtlich, dass das Landeskriminalamt den Empfehlungen des ULD gefolgt ist und dem Betroffenen mittlerweile eine ergän-

(Thomas Rother)

zende Auskunft - soweit das möglich war - nebst Verfahrenshinweisen erteilt hat. Damit ist der Beschwerde aus meiner Sicht abgeholfen und die Angelegenheit eigentlich erledigt.

Etwas anderes würde tatsächlich gelten, wenn die Regelung des § 198 Abs. 3 Nr. 1 des Landesverwaltungsgesetzes verfassungswidrig wäre, wie manche behaupten. Was diese Regelung besagt, hat Frau Kollegin Sassen gerade vorgetragen, aber ich rufe es vielleicht noch einmal in Erinnerung. Diese besagt:

„Die Auskunftserteilung oder die Gewährung von Akteneinsicht entfällt, soweit eine Prüfung ergibt, dass

1. dadurch die Erfüllung ordnungsbehördlicher oder polizeilicher Aufgaben erheblich erschwert oder gefährdet werden würde ...“

Dass das verfassungswidrig sein soll, kann ich mir allerdings kaum vorstellen, zumal die Kommentierung in „Praxis der Gemeindeverwaltung“ hier in Schleswig-Holstein sogar eine strengere Regelung zur Auskunftserteilung als im Bundesgesetz vorgeschrieben, sieht. Wenn das der Fall wäre, müssten wir das tatsächlich ändern. Das behaupten die Antragsteller nicht, andere aber schon.

Ich kann mich der Entscheidung des Innenministers in dem Einzelfall anschließen. Richtig ist aber auch, dass so etwas dem Betroffenen so mitgeteilt werden muss, dass ihm auch klar ist, warum er die begehrte Information nicht erhält. Da liegt der Hund begraben. Dies ist geschehen - wenn auch nachträglich - und ich habe keinen Zweifel daran, dass das Innenministerium dies künftig auch bei anderen Auskunftersuchen so beachten wird. Der Innenminister wird gleich dazu noch einmal Stellung beziehen.

Zu mir kommen gelegentlich Leute, die von mir eine politische Initiative fordern oder erwarten, um einem Klageverfahren in einer Angelegenheit, die sie vertreten, zu entgehen. In der Regel kann ich denen nicht das Risiko eines Gerichtsverfahrens abnehmen. Genauso wenig würde ein Beschluss des Landtages im Sinn von FDP, Bündnisgrünen und SSW dem Petenten nutzen - zumal das auch schon erledigt ist -, denn aus meiner Sicht ist das Anliegen der drei Antragsteller in beiden Punkten sowie in Gesetzestheorie und Einzelfallpraxis mittlerweile erfüllt. Das können wir aber gern im Innen- und Rechtsausschuss abschließend klären, vielleicht auch unter Hinzuziehung des Wissenschaftlichen Dienstes, weil es tatsächlich eine sehr verzwickte Materie ist.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rother. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Anspruch eines jeden Bürgers auf Auskunft gegenüber den Behörden, welche Daten über ihn gespeichert sind, ist grundgesetzlich verankert. Er ist eine Ausformung des **Rechts auf informationelle Selbstbestimmung**, das das **Bundesverfassungsgericht** 1983 als Grundrecht etabliert hat. In diesem Urteil heißt es:

„Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. ... Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl.“

Das ist der Grund, warum entsprechendes Recht auch im schleswig-holsteinischen Landesrecht verankert wurde.

Wenn das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz bemängelt, dass es in einer Reihe von Fällen nicht vollständige Auskünfte vonseiten des Innenministeriums gegeben hat, ist das ein Verstoß. Ich denke, dass das ein Grund ist, sich im Landtag damit zu befassen.

Wenn zur Begründung gesagt wird, man müsse keine Auskunft geben, wenn nichts vorliegt - die sogenannte Negativauskunft müsse nicht erfolgen -, dann widerspricht das eindeutig dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das muss man einfach feststellen. Dann ist nicht korrekt gehandelt worden, das ist auch zum Teil zugegeben worden. Es ist gesagt worden, das werde korrigiert. Ich denke aber, dass die Bemerkungen des Landeszentrums deutlich machen - auch die Antwort, die es uns ge-



**(Karl-Martin Hentschel)**

geben hat -, dass das Problem noch nicht vollständig gelöst worden ist.

Insbesondere haben wir ein Problem, das grundsätzlicher Natur ist und sich nicht nur auf den konkreten Fall bezieht. Dabei geht es um den Trend zur Pauschalisierung. Wir haben einen Trend, dass grundsätzliche Antworten geliefert und **pauschale Entscheidungen** mit der Begründung getroffen werden, es liege ein Sicherheitsproblem vor. Damit werden **Bürgerrechte** nicht gewährt. Wir haben es mit der Rasterfahndung erlebt und erleben das bei den Telefondaten und beim großen Umfang von Anfragen, wo häufig der Richter zustimmen muss, es aber keine Einzelfallprüfung gibt, sondern pauschalisiert wird. Diesen Trend zur Pauschalisierung kann man hier auch feststellen. Das Problem war nicht, dass im Einzelfall nachgeprüft worden ist, warum der Einzelne keine Auskunft bekommen soll, sondern dass pauschalisiert angenommen worden ist, dass aus Sicherheitsgründen keine Informationen gegeben werden können. So ist es uns berichtet worden.

Ich glaube also, dass wir auch als Gesetzgeber daraus Konsequenzen ziehen sollten und in Zukunft gefordert sind, bei entsprechenden Formulierungen noch mehr als bisher konkrete **Einzelfallprüfungen** tatsächlich auch zu verlangen. Dass man das im Parlament deutlich macht, ist auch deswegen wichtig - man könnte auch argumentieren, das Gesetz liegt vor, was sollte man im Parlament dann noch diskutieren -, weil bei Gerichtsentscheidungen natürlich auch die Interpretation des Parlaments eine Rolle spielt. Das heißt, die Frage, wie ein Parlament ein Gesetz diskutiert, ist bei Gerichtsentscheidungen immer im Zweifelsfall auch mitentscheidend, hat also gesetzgebende Wirkung. Das gilt auch für die Debatte, die wir heute führen. Von daher plädiere ich unbedingt dafür, dass wir in der entsprechenden, von uns vorgeschlagenen Art verfahren und einen entsprechenden Beschluss fassen.

Wir erwarten von der Polizei und von der Regierung Sicherheit für den einzelnen Bürger. Wir erwarten aber auch die Sicherung unserer **Grundrechte**. Ich bitte deshalb das Parlament um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Hentschel und erteile für den SSW der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer viel mit E-Mails korrespondiert, wird auch trotz Spam-Filter fast täglich mit ärgerlichem Datenmüll überschwemmt. Viele persönliche Daten rotieren im Netz, werden weiterverkauft oder ausgespioniert. Diese Erfahrungen haben viele Bürgerinnen und Bürger sensibel bezüglich der Verwendung ihrer Daten gemacht. Mündige Bürger wollen ganz einfach wissen, was andere über sie wissen. Diese Neugier hat der SSW immer unterstützt. Das **Informationsfreiheitsgesetz** ist nicht zuletzt deshalb vom SSW so massiv eingefordert worden, weil immer mehr Bürger um ihre **Datensicherheit** besorgt sind. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Informationsfreiheit und Datenschutz sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Dass die **Polizei** dem verfassungsrechtlich abgesicherten Anspruch der Bürger nach Selbstauskunft nur lückenhaft und fehlerhaft nachkommt, wiegt vor diesem Hintergrund besonders schwer. Dass der Datenschutzbeauftragte ein Jahr auf eine Antwort des Innenministers auf seine Frage warten musste, wann die Probleme abgestellt werden, die ihm zu Kenntnis gekommen sind, ist - auch das muss ich deutlich sagen - ein Skandal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier also nicht um Fehler; diese können schließlich jedem unterlaufen. Es geht um systematische Defizite in Sachen **Auskunftserteilung**. Die Vermutung liegt nahe, dass sicherheitsrelevante Fragen vorgeschoben werden, um Auskunftersuchen zu sabotieren. Dieser Verdacht darf sich nicht erhärten, unterspült er doch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Polizei und Staat.

Das heißt: Die Polizei gebärdet sich bei der Auskunftserteilung wie eine obrigkeitstaatliche Behörde, die durch Anfragen der Bürger in ihren Routinen gestört wird. Dieser Eindruck, dass Bürger sozusagen als Nörgler gesehen werden, darf sich ganz einfach nicht verfestigen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist im eigenen Interesse von Landeskriminalamt und Innenminister, wenn die vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz benannten Missstände so schnell wie möglich aus dem Weg geräumt werden. Da reicht es nicht, dass wir jetzt über diesen Briefwechsel erfahren, dass die Fehler ausgemerzt worden sind. Ich denke, es ist - wie

**(Anke Spoorendonk)**

schon von meinen Vorrednern angesprochen - richtig, dass wir das im Ausschuss noch einmal systematisch durchleuchten.

Ohne jetzt in Einzelheiten zu gehen, fordere ich den Innenminister auf, substantiell und zeitnah zu den Vorwürfen des ULD Stellung zu nehmen. Es ist gut, wenn wir eine unabhängige Stelle mit viel Sachverstand haben, die auch Polizei beraten könnte. Diese muss das aber auch zulassen. Niemand muss das Rad neu erfinden, wenn bereits gute Erfahrungen und Kenntnisse vorliegen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass einige in der Polizei das ULD sozusagen als Störenfried begreifen. Nach meinem Dafürhalten steht diese Einrichtung in Diensten der Bürgerinnen und Bürger, genau wie die Polizei.

(Beifall beim SSW)

Der SSW fordert daher klare **Richtlinien**, damit der Bürger beziehungsweise die Bürgerin weiß, woran er oder sie ist. Das **Verfahren der Auskunftserteilung** muss transparent sein. Das Auskunftersuchen selbst darf nicht gespeichert werden. Zuständigkeiten und Zeitrahmen der Recherche seitens der Polizei müssen für den Bürger klar und nachvollziehbar sein. Das erleichtert unter anderem auch Nachfragen und stärkt das Vertrauen in die Polizei.

Der vorliegende Antrag kann keine eingefahrenen Verhaltensweisen verändern. Das kann nur der Innenminister. Er muss als oberster Dienstherr die Auskunft erteilenden Stellen besser vernetzen und die Verfahren erleichtern. Er sollte den Dialog mit dem Datenschutzbeauftragten wieder aufnehmen.

Genauso wie beim **Informationsfreiheitsgesetz** lässt der SSW Argumente einer hohen und darum störenden Zahl von Eingaben ganz einfach nicht gelten. Die Bürger und Bürgerinnen haben ein verfassungsmäßiges Recht auf Selbstauskunft. Wenn sie das wahrnehmen, zeigen sie lediglich ihren bürgerschaftlichen Sinn und nehmen ihre Grundrechte wahr.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten und erteile für die Landesregierung dem Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Innenminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Oppositionsführer, ich habe in meiner Stellungnahme vom 17. November gegenüber dem Innen- und Rechts-

ausschuss deutlich gemacht, dass die Kritik des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz in der Sache berechtigt gewesen ist. Insofern müssen wir uns eigentlich nicht über Dinge unterhalten, bei denen wir nicht unterschiedlicher Auffassung sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe Sie nicht angegriffen!)

Schon gar nicht müssen wir mit pauschalen Vorurteilen arbeiten, als ob der Datenschutzbeauftragte ein Störenfried sei. Das ist er mitnichten.

Wir haben - das habe ich Ihnen gegenüber ausführlich dargestellt - die Kritik, die es gegeben hat, nicht nur aufgegriffen, sondern das **Auskunftsverfahren** intern so verändert, dass der hier geschilderte Konflikt längst keiner mehr ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das gilt übrigens auch für Auskünfte aus INPOL-Zentraldateien, zumal die Landespolizei selbst nicht die Datenherrschaft hat. Das geht also über den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums hinaus. Diesbezüglich wird nach Rücksprache mit dem Bundeskriminalamt in der Antwort auf Fundstellen anderer Teilnehmer hingewiesen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen - insofern trifft das, was Sie, liebe Anke Spoorendonk, gesagt haben, nicht zu -, dass wir die Probleme schon geklärt hatten, bevor der Datenschutzbeauftragte seinen Bericht verfasst hat. Insofern hat mich die in dem Bericht formulierte Kritik in ihrer Form ein wenig befremdet. Dass der Datenschutzbeauftragte sagt, er müsse dies trotzdem kritisieren, könnte man sich erklären, wenn die Missstände so erheblich gewesen wären, dass man sie einfach erwähnen musste. Dann könnte man auch die Verve erklären, mit der das diskutiert worden ist. Lassen Sie mich nun doch sagen: Diese Verve kann ich nicht nachvollziehen, denn der verfassungsrechtlich abgesicherte **Anspruch auf Auskunft** der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes hat einen hohen Stellenwert. Er ist nicht in Gefahr, auch wenn Verfahren immer verbessert werden können.

Wir reden über zwei Fälle, von denen übrigens ein Fall nicht einmal in der Zuständigkeit der Polizei, sondern in der Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft liegt. Ein Fall reicht dem Datenschutzbeauftragten aus, um pauschal zu folgern, die **Landespolizei** komme ihrer rechtlichen Pflicht zur Auskunftserteilung nur unzureichend nach. Ich glaube, wenn man das so pauschal zusammenfasst, wird man der anspruchsvollen und verantwortungsvollen Arbeit unserer Landespolizei nicht gerecht.

(Beifall bei SPD und CDU)

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Natürlich will ich aber zu den Fällen Stellung nehmen. Es ist völlig richtig, Herrn Kollege Hentschel, dass das hier im Parlament diskutiert wird.

In dem einen Fall ging es um eine zunächst vom Landeskriminalamt vertretene restriktive Auslegung. Man hatte zunächst nur eine Teilauskunft gegeben. Das haben wir in Würdigung der Rechtsprechung korrigiert und wir haben verfügt, dass das über das Landesverwaltungsgesetz hinaus alle **Auskunftsverweigerungen** künftig der Polizeiabteilung des Innenministeriums vorzulegen sind. Dort wird abschließend darüber entschieden. Das heißt, wir haben direkt im Innenministerium, in meinem Verantwortungsbereich, ein Verfahren implementiert, das eine zusätzliche Qualitätssicherung polizeilicher Arbeit bedeutet und gleichzeitig das Recht auf vollständige Auskunft eines Einzelnen angemessen berücksichtigt.

Im Gegensatz zum ULD halte ich es allerdings für überbürokratisch, wenn die prüfende Stelle sich selbst auch noch eine **Richtlinie** geben soll. Denn der Handlungsrahmen wird über das **Landesverwaltungsgesetz** geregelt. Die Prüfung, ob das LKA diesen Rahmen auch angemessen berücksichtigt, sollte nicht ein weiteres Korsett bekommen. Vielmehr haben wir das so geregelt, wie sich das meiner Meinung nach gehört.

Schwierig finde ich es, wenn die Opposition das sozusagen unbesehen aufgreift. Denn der Datenschutzbeauftragte könnte, wenn er dem Parlament gegenüber berichtet, fairerweise darauf hinweisen, wenn Fälle gelöst worden sind. Es ist auch mitnichten so, dass wir erst nach einem Jahr schreiben, liebe Kollegin Spooendonk. Vielmehr sind wir die ganze Zeit miteinander im Gespräch gewesen, so wie sich das auch gehört. Die meisten Probleme werden nicht durch Briefwechsel gelöst, sondern indem man unmittelbar miteinander spricht.

Ich glaube, die Bevölkerung kann und muss auch weiterhin darauf vertrauen, dass die Landespolizei in Schleswig-Holstein rechtskonform mit den personenbezogenen Daten umgeht und die Grenzen der Verfassung achtet.

Der zweite kritisierte Fall beschreibt eine Praxis, die zwischen Generalstaatsanwaltschaft und ULD vor Jahren vereinbart worden ist. Es ist nämlich die **Staatsanwaltschaft**, die entscheidet, wann und welche Auskünfte erteilt werden, nicht die Polizei und nicht das Innenministerium. Im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt erteilt die Landespolizei keine Auskünfte darüber, ob Telekommunikationseinrichtungen überwacht werden oder nicht. Meistens sind es laufende Ermittlungsverfahren.

Das ULD erhält aber Antwort und wird dann gebeten, dem Petenten eine neutrale Antwort zu geben. Das ist das Verfahren. Das ist, glaube ich, nicht zu kritisieren, jedenfalls nicht gegenüber dem Innenministerium.

Ich will zudem sagen: Auch in der Polizei handeln natürlich Menschen und Menschen machen Fehler. Aber auf einen einzigen Fehler einer von vielen Polizeibehörden, auf einen Einzelfall hin, der inzwischen korrigiert worden ist, ein solch harsches und die gesetzeskonforme Arbeit der Polizei diskreditierendes Pauschalurteil zu stützen, wie das der Datenschutzbeauftragte getan hat, finde ich übertrieben. Auch von Skandal zu reden, wie Sie es gerade getan haben, finde ich ebenfalls überzogen. Das sollte man nun doch nicht machen.

(Beifall bei SPD, CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir streiten ganz oft sachlich in der Frage, wie man eigentlich den **Datenschutz** gegen andere Dinge abwägt. Wir werden auch mit dem Informationsfreiheitsgesetz auf Sie zukommen, weil ich in dieser Frage keinen Generalkonflikt haben möchte. Ich finde solche Rechte für die Bürgerinnen und Bürger außerordentlich wichtig. Man muss den Dingen auch nachgehen und muss auch einmal etwas korrigieren. Aber insgesamt ist gerade die Landespolizei in Schleswig-Holstein eine Bürgerpolizei, die solche Fragen deutlich ernster nimmt, als das in manch anderen Bereichen anderswo gehandhabt wird. Von daher gibt es keinen Dissens mit dem dafür verantwortlichen Minister.

Ich meine eigentlich, der Antrag hat sich in der Sache erledigt. Aber wenn Sie, was die Praxis angeht, über solche Dinge diskutieren wollen, stehe ich Ihnen selbstverständlich immer zur Verfügung.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Innenminister Dr. Stegner und erteile für einen Wortbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke zunächst dafür, dass der Herr Minister so klar Stellung bezogen hat. Das finde ich ausgesprochen gut.

**(Karl-Martin Hentschel)**

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht er ja immer!)

Ich finde auch nicht, dass aus den genannten Fällen ein politischer Skandal abzuleiten ist. Wohl sind aber Fälle aufgetreten, die vom Datenschutzbeauftragten moniert worden sind. Anschließend - das ist alles dokumentiert - sind Briefe zurückgekommen, in denen die Kritik zurückgewiesen worden ist. Das ist das Problem.

Wenn die Polizei gleich gesagt hätte: Wir haben einen Fehler gemacht; der Datenschutzbeauftragte hat Recht; wir korrigieren das, wäre das eine andere Sache gewesen. Aber es war genau umgekehrt. Im Briefwechsel ist immer wieder gesagt worden: Das Verfahren ist rechtmäßig und der Datenschutzbeauftragte hat unrecht.

So, wie Sie es heute dargestellt haben, waren diese Briefe offensichtlich nicht korrekt. Das ist mehrfach passiert. Zwischendurch hätte sich irgendjemand ja einmal über die Rechtslage informieren müssen. Ich bin zwar kein Jurist, finde es aber merkwürdig, dass es solche Vorgänge gibt.

Wenn man sich vor Augen führt, dass es zu diesen Vorgängen nach den Einschätzungen des Datenschutzbeauftragten gekommen ist, frage ich mich, was denn passiert, wenn normale Bürger Briefe schreiben. Was würde denn passieren, wenn normale Bürger entsprechende Briefe schreiben? Unter diesem Aspekt stimmt mich das Ganze bedenklich.

Wie ich den letzten Brief des Datenschutzbeauftragten, der auf die Antwort des Innenministeriums hin formuliert wurde, verstehe, sind die rechtlichen Fragen noch nicht abschließend geklärt. Von daher halte ich es für sehr gut, dass die Regierungsparteien dem zugestimmt haben, dass wir dieses Thema im Ausschuss noch einmal besprechen. Ich hoffe, dass wir dann im Sinne dessen, wie Sie es heute gesagt haben, zu einer endgültigen Klärung kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1083 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause. Wir treffen uns um 15 Uhr zur Beratung von Tagesordnungspunkt 37 wieder.

(Unterbrechung: 13:12 bis 15:01 Uhr)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir treten nun nach der Mittagspause wieder in die Sitzung ein. Auf der Tribüne begrüße ich sehr herzlich Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes sowie Mitglieder der Hermann-Ehlers-Akademie, Kiel, mit einem Seminar der Unteroffiziersschule der Luftwaffe. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

**Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der chinesischen Partnerregion Zhejiang**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/922

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Noch sind ja nicht viele anwesend.

(Heiterkeit - Thomas Stritzl [CDU]: Es würde sich sogar eine namentliche Begrüßung lohnen!)

Meine Damen und Herren, wir haben über ein sehr gutes Thema zu sprechen, nämlich über eine Partnerschaft, die seit 20 Jahren zwischen Schleswig-Holstein und der chinesischen Region Zhejiang besteht. Das sind 20 Jahre einer engen Bindung über eine wahrlich lange Distanz. Es sind auch 20 Jahre, die zwischen zwei Regionen auf zwei verschiedenen Kontinenten Nähe geschaffen haben. Die Partnerschaft zwischen diesen beiden Regionen steht auf einem sehr festen Fundament. Sie lebt neben den politischen Aktivitäten der Landesregierung und des Landtages von dem Engagement der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Schulen und Hochschulen, der kulturellen Einrichtungen, also vom Engagement eines sehr breiten Spektrums unserer Gesellschaft.

In diesem Jahr des 20-jährigen Jubiläums haben wir die Partnerschaft durch eine Delegation der Christian-Albrechts-Universität, durch eine Delegation schleswig-holsteinischer Wirtschaftsvertreter und

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

durch meinen Besuch in China besonders gewürdigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war erfolgreich!)

- Ja, das war erfolgreich.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich kann Ihnen sagen: Wir waren beeindruckt von der atemberaubenden Geschwindigkeit, mit der China den Weg in die Spitzengruppe der Wirtschaftsnationen der Welt nimmt. Meine Damen und Herren, **China** ist inzwischen Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner in Asien und umgekehrt ist **Deutschland** Chinas wichtigster Handelspartner in Europa.

Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich festhalten: Die **Partnerschaft** mit der **Provinz Zhejiang** ist ein Glücksfall für **Schleswig-Holstein**.

(Beifall)

Vor 20 Jahren waren es der Wunsch und die Initiative von chinesischer Seite, die den Stein ins Rollen gebracht und die eine feste Kooperation vorgeschlagen hat. Der damalige Wirtschaftsminister Westphal hat für Schleswig-Holstein früh die Chancen erkannt. Ich erinnere daran, wie seinerzeit manche Sache belächelt wurde. Ich erwähne beispielhaft das Hanse-Office in Brüssel. Wie gesagt, diese Dinge haben zu einem Glücksfall für Schleswig-Holstein geführt und wir haben unsere Chancen genutzt, die in dieser Verbindung mit dem wachsenden Wirtschaftsriesen liegen. Ich bin sehr froh darüber.

Heute zählt die Region Zhejiang zu den dynamischsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Provinzen im chinesischen Wachstumsland und sie ist ein ausgesprochen geschätzter Partner für schleswig-holsteinische Unternehmen und für die schleswig-holsteinischen Wissenschaftseinrichtungen.

Es hat sich vielfach gezeigt: Unsere Partnerschaft ist geradezu beispielhaft mit Leben erfüllt. Die Intensität politischen Austausches hat vor allem in den letzten Jahren immer weiter zugenommen. Die gern gesehenen Besuche - da meine ich nicht nur die letzten anderthalb Jahre, sondern auch die Jahre davor - von chinesischer Seite in den letzten anderthalb Jahren unterstreichen den hohen Stellenwert, den beide Seiten den politischen Beziehungen auch in Zukunft beimessen.

Wir wissen, wie wertvoll beiden Seiten ein vertrauensvoller Meinungsaustausch ist, der auf gegenseitigem Respekt beruht. Und ich bin davon überzeugt, dass gerade der Westen anderen Kontinenten

nicht mit Überheblichkeit und Besserwisserei begegnen kann. Die fortschreitende Globalisierung macht uns zu immer näheren Nachbarn und wie gute Nachbarn werden wir voneinander lernen.

Die norddeutsche Zhejiang-Woche und der Besuch von Gouverneur Lü im September in Kiel boten gute Gelegenheiten für intensive Gespräche und ich habe deutlich gemacht, dass wir den Besuch von Gouverneur Lü als Zeichen einer besseren Verständigung sowie guter und partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Zhejiang und Schleswig-Holstein verstanden haben.

Zhejiang und Schleswig-Holstein sind in vielen Bereichen näher zusammengedrückt. Über einen langen Zeitraum sind Kontakte auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Ebene ausgebaut und gepflegt worden.

Ich denke da zum Beispiel an die Repräsentanz und die Akquisitionsaktivitäten der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein in Hangzhou. Sie besteht 2006 im zehnten Jahr. Auch dieses Jubiläum und das daraus entstandene Schleswig-Holstein-Business-Center in Hangzhou haben wir angemessen gewürdigt. Dieses Business-Center bietet den schleswig-holsteinischen Unternehmen ein sorgfältig aufeinander abgestimmtes und sehr effizientes Bündel von Unterstützungsmaßnahmen an und es wird ausgesprochen gern angenommen, weil China einen der größten Märkte der Welt darstellt. Es interessieren sich immer mehr Unternehmen für den Standort hier im Land.

Die Bilanz ist beeindruckend: Wir haben das größte und erfolgreichste Firmengemeinschaftsbüro aller deutschen Bundesländer in China.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Es ist völlig unstrittig, dass unsere Partnerschaft mit der Provinz Zhejiang beim überdurchschnittlichen Chinahandel Schleswig-Holsteins von wesentlicher Bedeutung ist. Der jüngste Besuch von Wirtschaftsminister Austermann diente hier der weiteren Vertiefung der Beziehungen.

Ich darf auch sagen: Umgekehrt ist Schleswig-Holstein mit der **Metropolregion Hamburg** natürlich auch für die Chinesen ein attraktiver Standort. Hamburg ist Chinas Tor nach Europa und wir arbeiten auch mit Hamburg eng zusammen. Denn mit Hamburg in Shanghai würden wir Schleswig-Holsteiner untergehen, aber wir in Zhejiang bilden die Kombination, die wir brauchen, um zusammen mit Hamburg auch auf den Märkten Chinas zur Verfügung zu stehen.

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

(Beifall)

Wir begrüßen chinesische Firmen bei uns im Land genauso, wie wir chinesische Forscher willkommen heißen. Der Partnerschaftsvertrag zwischen der Zhejiang-Universität und der Christian-Albrechts-Universität in Kiel jährt sich ebenfalls zum 20. Mal. Die Partnerschaft wurde auch fachlich neben den Schwerpunkten Medizin und Agrarwissenschaften ausgedehnt. Wenn es noch eines Beweises des hervorragend funktionierenden Austausches bedurft hätte: Die erste Alumni-Vereinigung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Ausland wurde von den chinesischen Ehemaligen gegründet. Ein besseres Zeichen der Verbundenheit kann es wohl kaum geben.

Meine Damen und Herren, in einer globalisierten Welt wachsen wir enger zusammen. Wir wissen aber auch, dass dies nicht nur ein wirtschaftlicher Prozess ist. Ich meine, es geht darum, dass sich die Menschen verstehen und gemeinsam für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt arbeiten. Dabei kann der Respekt vor der jeweiligen Tradition und Kultur auch eine Bereicherung für den jeweils anderen sein.

Ich bin deshalb sehr froh, dass auch die Muthesius-Kunsthochschule, die Fachhochschule in Kiel, die Universität und die Fachhochschule in Lübeck eng mit ihren chinesischen Partnern kooperieren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler austauschen und gemeinsame Ideenwettbewerbe starten. Ganz erfreulich ist, dass auch Schulen kooperieren und auch Schülerinnen und Schüler austauschen, was nach chinesischem Verständnis nicht selbstverständlich ist. So bekommen die chinesischen jungen Leute einen Einblick in eine demokratische Gesellschaft und zum Beispiel in die Art und Weise, wie wir bei uns mit Andersdenkenden umgehen.

Das gilt im Übrigen in gleicher Weise für die chinesischen Teilnehmer an der Fortbildung für Fach- und Führungskräfte. So haben wir in diesem Jahr eine qualifizierte Gruppe von Entscheidungsträgern aus der Provinz Zhejiang zum Thema Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein zu Gast gehabt. Solche Kontakte sind wichtige Pfeiler der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Wir werden daher auch im kommenden Jahr zu einer Study-Tour, wie das auf Plattdeutsch heißt, einladen, die im Zeichen der Messe Husum Wind 2007 stehen und sich mit dem Thema Windenergie und regenerative Energien befasst.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir können heute sagen, nach 20 Jahren enger Partnerschaft besteht ein Netzwerk, das für alle Seiten

ein Gewinn ist. Wir bieten aber an - und ich biete das heute an - und ich werde das der chinesischen Seite demnächst mitteilen, weil ich gerade eine Einladung zum chinesischen Botschafter bekommen habe, dass wir dieses Netz noch enger knüpfen wollen und dass wir das Netzwerk ausweiten wollen. Ich schlage vor, dass wir zu einem Austausch von Mitarbeitern der Verwaltung der Landesregierung Schleswig-Holsteins mit der Region Zhejiang kommen. Dann haben wir Leute, die die dort drüben kennen, und die haben welche, die uns hier kennen. Das ist genau das, was wir brauchen. Man muss sich kennenlernen, man muss sich begreifen, man muss sich verstehen lernen.

(Beifall im ganzen Haus)

Mit der Gründung der Schleswig-Holstein-Zhejiang-Förderkommission vor 10 Jahren wurde die Zusammenarbeit deutlich intensiviert und auf eine breitere Basis gestellt. Ich freue mich sehr, dass wir die Kooperation nach der fünften Sitzung der Förderkommission mit Unterzeichnung des Memorandums noch weiter ausbauen können.

Meine Damen und Herren, 20 Jahre Partnerschaft: Wir blicken zurück und sehen zugleich ausgezeichnete Perspektiven für eine gute Zusammenarbeit in der Zukunft. Auch das ist unsere Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke unserem Ministerpräsidenten für den Bericht. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 20 Jahren besteht die **Partnerschaft** zwischen der **chinesischen Provinz Zhejiang und Schleswig-Holstein** und es ist ein schönes Jubiläum. Jubiläen sind Zeitpunkte, zu denen Bilanz gezogen wird: Was geschah und wofür ist es gut? Ich halte unsere Partnerschaft mit China für sinnvoll und gut.

Bevor ich erläutere, warum, möchte ich ganz kurz meine erste Frage beantworten: Was geschah während der ersten 20 Jahre unserer Partnerschaft? Die Welt veränderte sich grundlegend: Der Ostblock brach zusammen und mit ihm die bipolare Weltordnung des Kalten Krieges. Die Folgen des rasanten Wachstums der Weltbevölkerung und der Alterung vieler Völker warfen immer deutlichere Schatten voraus. Die erste Welt entwickelte sich zunehmend

(Wolfgang Kubicki)

zur **Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft**. Schwellenländer, besonders asiatische, schlossen zur ersten Welt auf. Immer mehr Menschen auf der Welt bekamen die Chance auf ein materiell besseres Leben.

So führten **Bevölkerungswachstum** und steigender Lebensstandard zu einem augenscheinlichen Widerspruch: Noch nie lebten so viele absolut arme Menschen auf der Welt, Menschen, denen höchstens ein Dollar pro Tag zur Verfügung steht. Gleichzeitig war der Anteil der absolut armen Menschen an der Weltbevölkerung noch nie so klein wie heute. Dies sollte uns zugleich Herausforderung und Ansporn sein. Der Fortschritt in der Informationstechnik öffnet völlig neue Wege der weltweiten Arbeitsteilung; deren Ausmaß und Folgen können wir noch längst nicht überblicken.

Im Zuge all dieser Entwicklungen verschoben und verschieben sich die politischen und wirtschaftlichen Gewichte auf der Erde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2005 war das erste Jahr, in dem das Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer größer war als das der Industriestaaten. Rechnet man die nationalen Bruttoinlandsprodukte entsprechend der Kassawechselkurse in Dollar um, war **China** 2005 bereits die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den USA, Japan und **Deutschland**. Aber diese Methode bewertet die Wirtschaftsleistung in Entwicklungsländern zu niedrig, weil deren örtliche Dienstleistungen zu gering bewertet werden. Treffender ist der Vergleich zu Kaufkraftparitäten. Hiernach war China 2005 nach den USA bereits die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt vor Japan, Indien und Deutschland, und das in dieser Reihenfolge.

Forscher des Internationalen Währungsfonds schätzen, dass China 2025 nach beiden Maßstäben die größte Volkswirtschaft der Welt sein wird. Zu den zehn größten werden dann auch Indien, Mexiko, Russland und Brasilien gehören, und zwar noch vor Deutschland, Großbritannien und Frankreich.

Wirtschaftlicher Aufstieg ist niemals kostenlos. So war China beispielsweise bereits 2000 nach den USA der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Das World Resources Institute erwartet, dass China 2025 am meisten emittieren wird, was die besondere Bedeutung der politischen Zusammenarbeit unterstreicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der globale Hintergrund, vor dem sich unsere Partnerschaft mit Zhejiang entwickelt hat. Was in unserer Partnerschaft im Einzelnen geschah, hat die Landesregierung berichtet. Ich danke allen Beteiligten dafür,

auch dem Ministerpräsidenten, vor allem für die Ankündigung, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bald statt Weihnachtsgeld eine Chinareise erhalten werden.

In so bewegten Zeiten fällt es vielen Menschen schwer, die Entwicklungen zu verfolgen. Dann verbreiten sich schnell Vorurteile. Die Welt wird in einfache Kategorien eingeteilt, Schwarz oder Weiß, Reich oder Arm, Gut oder Böse, wir gegen die. Kollege Nabel, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass ich von polemischen Streuseln in meinen Reden nicht Abstand nehmen will.

(Beifall bei der FDP)

Umso wichtiger ist es, wenigstens einen Teil der wahren Verhältnisse auf der Welt kennenlernen zu können. Ein Zyniker würde sagen: damit man weiß, welche Vorurteile man pflegen sollte. Ich sage: um möglichst viele Vorurteile durch Wissen zu verdrängen. Das ist für mich der größte Nutzen regionaler Partnerschaften. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf die Teilnehmer der Chinareise des Ältestenrates daran erinnern, wie stark der Kulturschock bei einigen war, die mit der Vorstellung einer völlig anderen Welt nach China gefahren sind und mit den wahren Verhältnissen zurückgekommen sind und das Gefühl gehabt haben, wir seien eigentlich die, die von den Chinesen lernen können.

Angesichts der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Asiens und besonders Chinas einerseits und andererseits wegen der besonders großen kulturellen Unterschiede zwischen **Westeuropa** und **Asien** halte ich eine vertrauensvolle regionale Partnerschaft mit einer chinesischen Provinz für besonders wertvoll, einer Provinz, die um Shanghai herum liegt, wie Schleswig-Holstein im Kragen um Hamburg, und die von ihrer wirtschaftlichen Dynamik her in China ihresgleichen sucht.

Die weltweiten Umwälzungen, die ich anfangs beschrieb, werden oft unter dem Stich- oder Schlagwort **Globalisierung** zusammengefasst und anschließend werden viele diesen Bezeichnungen gerecht: Sie stechen und schlagen verbal mit dem Wort Globalisierung um sich, sei es zum Beispiel am Stammtisch, in Talkshows, in Büchern oder Plenardebatten. Wer die peinliche Debatte um die Reise des Präsidenten des Ältestenrates Niedersachsen nach China verfolgt, in den Medien dort, der muss sich eigentlich an den Kopf fassen. Ganz besonders oft wird verbal auf China eingestochen und geschlagen, denn Chinas wirtschaftlicher und politischer Aufstieg ängstigt viele Menschen. Sie be-

(Wolfgang Kubicki)

trachten die Globalisierung als Nullsummenspiel, bei dem wir verlieren, was die Chinesen gewinnen.

Am deutlichsten wird dies in vielen Diskussionen über den Arbeitsmarkt. Das ist verständlich, denn auf dem Arbeitsmarkt spüren die Menschen die Wirkungen der Globalisierung am deutlichsten. Aber trotzdem ist die Hypothese vom Nullsummenspiel falsch. Deutschland hat in den letzten 60 Jahren beide Seiten der Globalisierung kennengelernt. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren wir auf der Sonnenseite der Globalisierung. Sie war eine Triebfeder des Wirtschaftswunders, ähnlich wie heute zum Beispiel in China.

Seit Mitte der 70er-Jahre glauben offensichtlich immer mehr Menschen immer stärker, wir stünden auf der Schattenseite der Globalisierung, weil die Welt immer mehr Arbeitsplätze aus Deutschland herausauge und unseren umlagefinanzierten Sozialstaat untergrabe. Deren Reaktion lautet: Wir müssen uns schleunigst isolieren! Sie glauben, wir brauchen hohe wirtschaftliche und politische Mauern, um die Globalisierung von uns fernzuhalten, außer beim Warenexport, da sollen wir selbstverständlich Weltmeister bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte das für falsch. Ich bin überzeugt, gerade diese auf Vorurteile gegründete Haltung ist eine bedeutende Ursache der Probleme auf unserem Arbeitsmarkt und mit unseren sozialen Sicherungssystemen. Ich halte die politischen Instrumente, mit denen wir angeblich vor den Gefahren der Globalisierung geschützt werden sollen, zum Beispiel Mindestlöhne, Zölle und Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, nicht für einen Schutz deutscher Arbeitsplätze, sondern für wichtige Ursachen, warum immer mehr Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden. Eine weitere Ursache unserer gesellschaftlichen Probleme ist die weltfremde Vorstellung, wir könnten unsere sozialen Sicherungssysteme trotz einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung dauerhaft per Umlage finanzieren.

Die Globalisierung ist nicht die Ursache unserer Probleme, sie verdeutlicht sie nur. Die Ursachen unserer Probleme liegen bei uns und wir können sie nur hier lösen. Aber wir können die Globalisierung nutzen, um die Folgen der notwendigen Neuordnung unserer Gesellschaft abzufedern. Dafür ist China ein Beispiel. Ohne das rasante Wirtschaftswachstum, die Aufbauleistungen dort wären viele der gesellschaftlichen und sozialen Probleme überhaupt nicht beherrschbar. Nur eine politisch, wirtschaftlich und kulturell offene Gesellschaft wird von der Globalisierung reichhaltig profitieren können und dann auch den Armen und Schwachen in

ihrer Mitte angemessen helfen können. Wer aber die Globalisierung an den eigenen Grenzen aufhalten will, der verurteilt immer mehr Menschen im eigenen Land dazu, arm oder schwach zu bleiben oder zu werden; denn die Welt wartet nicht auf uns. Dies zu erkennen, dabei kann uns unsere **Partnerschaft mit China** helfen. Denn Vorurteile wuchern besonders dann schnell und üppig, wenn Menschen zwar übereinander reden, aber nicht miteinander sprechen.

**Regionale Partnerschaften** können genau das ändern. Es werden stets relativ wenige Schleswig-Holsteiner und Chinesen sein, die sich aufgrund unserer Partnerschaft mit Zhejiang kennenlernen und ihre gegenseitigen Vorurteile durch Wissen ersetzen können, wobei uns die Chinesen im Verhältnis von 1:16 überlegen sind. Aber diese wenigen können ihr Wissen verbreiten und so helfen, unbegründete Ängste abzubauen, aus denen oft falsche Schlüsse gezogen werden; denn Angst und Vorurteile sind schlechte Ratgeber, gerade in der Politik.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Sinne bin ich dankbar, dass ich bereits zweimal nach Zhejiang reisen und dort erleben durfte, wie dynamisch China sich entwickelt und welche Chancen darin für die Menschen in China und für die Menschen außerhalb Chinas liegen können, Chancen auch für uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, wenn wir sie entschlossen ergreifen.

Gerade die Zusammenarbeit der **Universitäten** wird auf diesem Feld besonders wichtig sein; denn wer, Kollegin Schümann, erlebt hat, wie die chinesische Ausbildung funktioniert, wie junge Menschen ein Studium absolvieren und ihr Examen gleichzeitig in zwei Fremdsprachen ablegen müssen, ein Auslandsaufenthalt danach wünschenswert ist, und zwar an den besten Universitäten weltweit, der weiß, dass das die Grundlage für weitere wirtschaftliche Dynamik ist. Hieran könnten wir uns ein Beispiel nehmen, auch für die Frage, wie sich Deutschland in der Welt künftig positionieren soll.

Die Chinesen haben erkannt, Ausbildung ist die Grundlage für Wirtschaft. Wirtschaft ist die Grundlage für soziale Ausgewogenheit, und zwar in einer Form, die mich, Anke und die anderen, die es gesehen haben, angst und bange werden lässt hinsichtlich der Frage, ob wir diesen Wettbewerb auf Dauer bestehen können. In China verlassen jedes Jahr 35.000 hochqualifizierte und gut ausgebildete Ingenieure die Universitäten. Bei uns sind es in einem bestimmten Bereich - beispielsweise Bergbautechnik - 350. Das macht deutlich, was für ein Potenzial



(Wolfgang Kubicki)

gut ausgebildeter, hungriger junger Menschen auf den Weltmarkt drängen wird. Wir werden im Wettbewerb nur bestehen, wenn wir unsere Aufgaben hier zu Hause erledigen. Dafür ist die Partnerschaft ein wichtiger Grundstein.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Oppositionsführer und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Monika Schwalm das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 20 Jahre Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und der chinesischen Provinz Zhejiang. Schleswig-Holstein hat sich früh auf den Weg gemacht, vielfältige Kontakte zu dem **Wachstumsmarkt China** zu knüpfen und sie auch mit Leben zu erfüllen. Die **Globalisierung** schreitet immer weiter voran und ist nicht mehr aufzuhalten. Globale Beziehungen werden auf allen Ebenen immer weiter intensiviert und neue Verflechtungen zwischen Menschen, Unternehmen und Staaten entstehen weltweit. China ist an diesen Veränderungen maßgeblich beteiligt. Insofern war es klug und weitsichtig von den politisch Verantwortlichen in unserem Land, bereits 1985 dem Wunsch und der Initiative unserer chinesischen Partner aufgeschlossen gegenüberzustehen und behutsam eine Zusammenarbeit zu begründen und über die Jahre weiterzuentwickeln.

Partnerschaft lebt vom Miteinander, von persönlichen Begegnungen, die Vertrauen aufbauen. Daher ist es gut und richtig, dass nicht nur die Regierung Kontakte aufbaut und pflegt, sondern es war auch gut und richtig, dass der Ältestenrat im vergangenen Jahr unsere Partnerregion besucht hat. Diese Reise und das, was wir dort Interessantes, Beeindruckendes und Spannendes erleben durften, war es, was alle Fraktionen und den SSW veranlasst hat, den heute vorliegenden Bericht der Landesregierung zu erbitten.

Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Bericht erstellt haben, im Namen meiner Fraktion herzlich danken.

(Beifall im ganzen Haus)

Dieser Bericht zeigt in eindrucksvoller Weise die zahlreichen Kooperationsprojekte und Austauschprogramme auf. Kernstück ist natürlich - der Ministerpräsident hat es eben besonders betont - das Schleswig-Holstein-Büro der WTSH in Hangzhou.

In unserer **Partnerregion Zhejiang** leben fast 47 Millionen Menschen. Die Wirtschaft Zhejiang ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet rund 93,5 Milliarden € die viertgrößte Region in China. Auch gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das umgerechnet rund 1.100 € beträgt, belegt sie den vierten Platz in China.

Diese wenigen Kennziffern machen deutlich, wie wichtig diese Region auch für die Wirtschaft unseres Landes ist, und das Schleswig-Holstein-Büro beziehungsweise das Firmengemeinschaftsbüro arbeiten außerordentlich erfolgreich. Ich finde, Herr Ministerpräsident, wir können stolz darauf sein, dass Schleswig-Holstein das größte und erfolgreichste Firmengemeinschaftsbüro aller Bundesländer in China hat.

(Beifall im ganzen Haus)

Enge Beziehungen - wir haben es schon gehört - gibt es auch in den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Seit zehn Jahren sind die CAU und die Zhejiang-Universität partnerschaftlich verbunden. Bei unserer Reise haben wir die Zhejiang-Universität in Hangzhou besucht. Wir waren beeindruckt von den Möglichkeiten, vom neuen Campus. Die Zhejiang-Universität ist mit 68.000 Studenten die größte Universität des Landes und wächst ständig. Mit den Universitäten und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein wird dabei in vielen Bereichen zusammengearbeitet. Schwerpunktmäßig wurden chinesische Wissenschaftler zu Forschungs- und Fortbildungsaufenthalten an die CAU eingeladen. Auch Wissenschaftler aus unserem Land sind zu Vortrags- und Forschungszwecken nach Hangzhou gereist.

Besonders begrüßen wir, dass es auch möglich ist, jährlich Stipendiaten einzuladen, vorrangig Mediziner, aber zunehmend auch in den Bereichen Rechtswissenschaften, Ingenieurwissenschaften und auch Wirtschaftswissenschaften. Aber nicht nur die CAU ist mit der Zhejiang-Universität verbunden, sondern auch die Universität zu Lübeck, die Muthesius Kunsthochschule, die Fachhochschule Kiel, die Fachhochschule Lübeck und auch die Fachhochschule Westküste werden im nächsten Jahr voraussichtlich einen ersten Austausch durchführen.

Ich bin mir sicher, dass das neue, aktuelle Projekt „Aufbau eines Zentrums für deutsche Sprache“ im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen einer deutschen Fachhochschule und der Fachhochschule für Wirtschaft und Handel in Hangzhou ein Erfolgsprojekt wird. Ich hoffe sehr, dass es zustande kommt. Das Sprachzentrum soll Teil eines gemeinsamen Studienganges Wirtschaft/Technik wer-

(Monika Schwalm)

den, wobei die ersten vier Semester an der Fachhochschule Hangzhou und die restliche Zeit an einer Fachhochschule in Schleswig-Holstein absolviert werden.

Sehr interessant finde ich auch den Schüleraustausch, unter anderem des Asienforums, getragen von den Gymnasien Glinde, Reinbek und Wentorf. Seit 2002 besteht der Modellversuch „Wahlgrundkurs: Chinesische Sprache und Kultur“. Das Bildungsministerium stellt zwölf Lehrerstunden zur Verfügung. Intensiv beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler mit China und Indien. Inzwischen gehört auch ein Austauschprogramm dazu. Chinesischen beziehungsweise deutschen Alltag eine Zeitlang in einer Familie zu erleben, gehört zu den ganz wertvollen Erfahrungen in der Entwicklung Jugendlicher.

Bedauerlich finde ich allerdings, dass die Kooperation im Bereich Kultur bisher nicht so funktioniert hat. Das Interesse ist auf beiden Seiten vorhanden. Aber die unterschiedlichen Voraussetzungen - die chinesischen Partner haben durch ihr staatsgelenktes System andere Möglichkeiten - übersteigen die finanziellen Verhältnisse unseres Landes. Daher ist es zu begrüßen, wenn kulturelle Projekte im Rahmen der **Hochschulkooperation** durchgeführt werden.

Wie wir schon gehört haben, besteht in Shanghai eine Hamburg-Repräsentanz. Da die **Regionen Zhejiang** und **Shanghai** genau wie **Hamburg** und **Schleswig-Holstein** nebeneinander liegen, kann man diese regionalen Standortvorteile nutzen. Auch wenn die Vertretung Hamburgs in Shanghai hauptsächlich repräsentative Aufgaben erfüllt - an der Stelle sind wir besser als Hamburg -,

(Beifall bei CDU und SPD)

sollte dieses Potenzial genutzt und die Zusammenarbeit intensiviert werden. Die im September dieses Jahres in Hamburg durchgeführten Chinatage hatten eine sehr große Resonanz und beweisen, wie erfolgreich eine Zusammenarbeit gestaltet werden kann und wie interessant das Thema China in unserer Wirtschaft ist.

Neben vielen positiven Aspekten unserer Zusammenarbeit mit unseren chinesischen Partnern gibt es aber auch schwierige Themen. Als Beispiel will ich nur den Schutz des geistigen Eigentums anführen. Es gibt allerdings Ansätze, die hoffen lassen, dass wirtschaftliches Wachstum nicht auf Plagiate, sondern auf Investitionen, Innovationen und Wissenschaft gegründet wird. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis China bei Forschung und Lehre unsere Standards erreicht haben wird und uns vielleicht

auch überholen wird. Die großen Herausforderungen in China liegen im Ausbau der Infrastruktur, im Umweltschutz und in der Logistik. Hier liegt für deutsche - insbesondere auch für schleswig-holsteinische - Unternehmen noch viel Potenzial. Solche Projekte gilt es zu fördern und voranzutreiben!

Der chinesische Staatspräsident hat kürzlich Indien besucht. Im Mittelpunkt stand der weitere Ausbau der **Wirtschaftsbeziehungen. Indien** und **China** sind die zwei am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften weltweit. Nach zwei Jahrhunderten der Weltherrschaft des Westens beginnen China und Indien, sich unter die führenden Länder der zukünftigen Welt einzureihen. Bezeichneten Fachleute das 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert Amerikas, so wird das 21. Jahrhundert möglicherweise als eine Zeit Asiens betrachtet werden, die von China und Indien geführt wird. Die Partnerschaft von Schleswig-Holstein mit der Provinz Zhejiang ist dabei ein wirklicher Glücksfall für unser Land. China sichert und schafft Arbeitsplätze, die wir dringend benötigen. Unsere Partnerschaft dauert seit 20 Jahren an und sie wird sich weiterentwickeln.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Ich bin sicher, dass wir angesichts dieser langen Zusammenarbeit die Kooperation weiter intensivieren und neue Projekte ins Leben rufen können und ins Leben rufen müssen. Es ist wichtig, diese Kontakte trotz knapper Haushaltsmittel weiter auszubauen. Wir sind dazu bereit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Eine Reise in das Land der Mitte lohnt sich immer. Eine Reise nach Hangzhou auch. Wir müssen die persönlichen Kontakte weiter pflegen. So leisten wir auch einen kleinen Beitrag zur Demokratisierung dieses Landes. Die Entwicklung Chinas geht rasant weiter - und Schleswig-Holstein ist mit dabei.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Monika Schwalm. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Ingrid Franzen das Wort.

**Ingrid Franzen [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! China rückt uns immer näher. Damit meine ich nicht einen rasant wachsenden Markt der chinesischen Touristen

(Ingrid Franzen)

in Schleswig-Holstein. Darauf werden wir wohl noch ein bisschen warten müssen. Nein, ich meine die in China gefertigten Produkte, mit denen wir uns bewusst oder unbewusst im Alltag umgeben. Beispiele dafür sind Kleidung, Haushaltsgeräte, Spielzeug, Handys oder Produkte aus dem gesamten Multimedia-Bereich. Große Konzerne, aber auch traditionelle Mittelständler lassen in China produzieren und verlagern ihre Arbeit nach China. Wir haben das mit Motorola in Flensburg schmerzhaft miterleben dürfen. China kauft sich weltweit - auch bei uns in Deutschland - ein. Davon werden Arbeitsplätze und Lebensverhältnisse unmittelbar beeinflusst.

Zu Beginn unserer heutigen Debatte möchte ich mit ein paar Schlaglichtern ein allgemeines Bild von **China** entwerfen. China ist ein Land des „Ja, aber“. China ist ein Land im Umbruch. Es ist voller Gegensätze und Widersprüche. Ich nenne dazu einige Beispiele. Zur Wirtschaft: China ist schon jetzt mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern nach den USA und Deutschland die drittgrößte Handelsnation. In China gibt es aber auch 40 Millionen bis 200 Millionen Arbeitslose. Keiner weiß dies genau. Es gibt 150 Millionen Wanderarbeiter. Zwei Drittel der Chinesen leben im ländlichen Raum in Armut. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen entspricht im ganzen Land dem eines Entwicklungslandes.

Zu Wachstum und Umwelt: Seit Jahren beträgt die offizielle durchschnittliche Wachstumsrate 9 %. Sie ist nach unten geschönt. In unserer Partnerregion ist sie sicher viel höher. Das sind Werte, von denen wir in Deutschland nicht einmal zu träumen wagen. Fest steht aber auch: Ein Drittel der Städte in China leidet unter starker **Umweltverschmutzung**. Ein Drittel der Landesfläche wächst sich zur Wüste aus. Das größte Problem in China ist Wasserknappheit. Deshalb gibt es auch prominente Menschen in China, die sagen: Real haben wir eigentlich kein Wachstum, weil wir genauso große Schäden haben. Dies sagte Pan Yue, der stellvertretende Direktor der staatlichen chinesischen Umweltbehörde in einem Artikel der „ZEIT“ vom 20. Oktober 2005.

China hat eine enorme **Bildungsoffensive** gestartet. So sank die Analphabetenquote von 37 % im Jahr 1978 auf 5 % im Jahr 2002. Was für eine Leistung! Aktuell verlassen in China jährlich 3 Millionen Hochschulabsolventen die Universitäten. In den USA sind es 2,5 Millionen. Die Delegation des Ältestenrates hat - wenn ich es richtig mitbekommen habe - in Hangzhou den siebten Campus besucht. Die ersten sechs haben wir gar nicht gesehen. Frau Schwalm hat darauf hingewiesen. Alles war nur vom Größten und vom Feinsten, das haben wir

gesehen! Da kommt nicht nur Neid auf und man bekommt nicht nur Komplexe, sondern man wird auch nachdenklich ob der Frage, ob wir hier alles in die richtige Gewichtung packen. Das will ich offen und ehrlich zugeben.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Das ist der Erfolg so einer Reise. Wir haben im Austausch mit unseren phantastischen Übersetzerinnen und Delegationsbegleiterinnen gehört, dass es bei den Prüfungen hohe Hürden gibt und dass es Studiengebühren gibt. Das ist für einen sozialistischen Staat erstaunlich. Die eher inoffizielle Erklärung lautete kurz und knapp: Für jedes Kind können ja sechs Erwachsene sparen. Nun haben die Kinder dort nicht sechs Eltern, aber sie haben zwei Elternteile und vier Großeltern. Die Ein-Kind-Politik lässt grüßen. Das macht man dort gnadenlos!

Ein nur negatives Kapitel ist die Situation der **Menschenrechte** in China. Laut Mitteilung von amnesty international vom 10. Oktober 2006 werden in China weltweit immer noch die meisten Menschen hingerichtet. 2005 waren es offiziell 1.770 Hinrichtungen. Experten schätzen, dass es 8.000 gewesen sein könnten. Hinzu kommt aktuell der Vorwurf, dass 99 % der in China transplantierten Organe von hingerichteten Gefangenen stammen. Auch das ist China. Wir leben in einem freiheitlichen Land. Auch das kann und muss hier angesprochen werden.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden sich nach dieser Einleitung fragen, was China mit Schleswig-Holstein zu tun hat. Genau wie meine Vorredner sage ich zum Glück eine Menge! Das ist dank weitsichtiger Politiker so, die vor 20 Jahren diese Partnerschaft mit der **Provinz Zehjiang** gegründet haben. Ich sage noch einmal sehr deutlich: Heute würde Zehjiang mit uns vielleicht keine **Partnerschaft** mehr gründen. Ich glaube, dass wissen wir auch, wenn wir ehrlich sind. Es ist aber gelungen.

Es gibt die Erfahrungen, die der Ältestenrat im Jahr 2005 gemacht hat, und es gibt Erfahrungen, die der Ministerpräsident in zahlreicher Begleitung mit einem Abstecher nach Japan in diesem Jahr machen durfte. Es gibt Protokolle dazu. Wir sind auf einem guten und neuesten Stand, zumindest in den Bereichen, die wir sehen konnten. Wir haben natürlich nicht alles gesehen. Ich durfte an der Reise des Ältestenrats teilnehmen und ich sage ehrlich: Nichts, was über China in meinem Kopf war, blieb so stehen, wie es war. Alles wurde neu aufgefüllt. Es hat in mir eine große Neugier entfacht, mich mit

(Ingrid Franzen)

diesem Land und mit dieser Kultur weiter zu beschäftigen.

Wir können auf die 20-jährige Partnerschaft stolz sein. Es ist insbesondere von der WTSH Vorbildliches geleistet worden, und zwar von Beginn an. Wir haben das in Augenschein nehmen dürfen. Ich habe wirklich das Gefühl, dass wir auch im Kreis der Bundesländer vorbildlich dastehen. Mein herzlicher Dank dafür!

Auch die Universitäten machen mit. Der Ministerpräsident hat die CAU genannt. Andere Redner haben andere **Hochschulen** angesprochen. Ich nenne ein Beispiel dafür: Junge chinesische Wissenschaftler sehen einen längeren Forschungsaufenthalt zum Beispiel in Kiel inzwischen als Chance für einen Karrieresprung zu Hause. Wie schön! Was für ein Kompliment für die CAU und für diese Partnerschaft!

(Beifall bei SPD und CDU)

Besonders erfreulich finde ich einen Aspekt, den man dem Bericht auch entnehmen kann, nämlich dass die Forschungsprojekte zum Teil durch Drittmittel finanziert und verlängert werden konnten. Auch hier gibt es Innovationen. Aktuell studieren 370 Chinesen und Chinesinnen in Schleswig-Holstein, davon 270 an der CAU. Auch das ist ein deutliches Zeichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessant fand ich auch den vielleicht etwas mutigen, jedoch durchaus erwähnenswerten Hinweis im Bericht, dass Kontakte der Fachhochschulen Kiel und Lübeck bestehen und dass der Bericht insofern vielleicht sogar von einem Import des deutschen Fachhochschulwesens nach China spricht. Ich würde mir das wünschen. Das wäre ein schönes Kompliment für unsere Art, Menschen auf zwei verschiedene Arten studieren zu lassen.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist auch sinnvoller, als den Transrapid zu exportieren!)

China wird gern als Fabrik und als Werkbank der Welt bezeichnet. Das ist in vielen Bereichen auch richtig. Aber bedeutet das für Europa, für Deutschland, für uns automatisch auch einen Verlust an Arbeitsplätzen? Das kann man so nicht sagen. Auch das haben wir in China gelernt. Wir durften eine Firma „EUROIMMUN“ besuchen, die weltweit 500 Mitarbeiter und zwei Niederlassungen in China hat. Dadurch konnte sie aber auch an ihrem Standort in Lübeck 30 neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist kluge, innovative Globalisierung, das ist das, was wir brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist der schleswig-holsteinische Mittelstand, der so etwas leisten kann, und es sind nicht die Giganten aus den USA wie beispielsweise Motorola.

Ist nun alles prima, bin ich einfach nur begeistert und ist nichts zu verbessern? - Nein, dann wäre ich nicht Ingrid Franzen. Ich sage einmal: Ich fand, dass die **Kooperation mit Hamburg** doch noch größer sein könnte. Ich möchte dem Ministerpräsidenten nicht völlig widersprechen, der schon ganz begeistert war, aber wenn man sich anschaut, was Hamburg mit China macht - ebenfalls 20 Jahre Partnerschaft mit Shanghai - und was Hamburg für Ziele hat, nämlich die erste Adresse für den deutsch-chinesischen Kulturaustausch zu werden, ist noch mehr drin. Und sie sind auf einem guten Weg: In der Kunsthalle eine große Ausstellung; CHINA TIME Hamburg 2006 hieß ein Abend im CCH - ausgebucht bis auf den letzten Platz und einfach nur phantastisch. In China leben - laut Aussage des Bürgermeisters Ole von Beust - 14.000 Chinesen.

(Zurufe: In Hamburg!)

Er muss ja wissen, wer bei ihm lebt. 14.000 Chinesen, ich weiß nicht, ob er sie gezählt hat, aber er wird darüber wohl Statistiken haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Leben in Hamburg, nicht in China! - Weitere Zurufe)

- Sie leben in Hamburg, pardon. - 700 Hamburger Unternehmen sind in China tätig, 365 chinesische Firmen in Hamburg. Das ist die höchste Quote in Deutschland und in Kontinentaleuropa. Das liegt direkt vor unserer Tür, meine Damen und Herren. Ich muss die schleswig-holsteinischen Zahlen gar nicht bemühen, um nachzuweisen, dass wir da noch nicht so gut sind.

Liebe Landesregierung, deshalb wünsche ich mir in diesem Bericht nicht fünf Seiten, auf denen Sie darlegen, warum man nicht besser mit Hamburg zusammenarbeiten kann - die WTSH argumentiert so, wir wissen es -, ich wünsche mir zehn Seiten darüber, dass es geht und wie es geht.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen diese Partnerschaft nicht bewahren, wir müssen sie dynamisch weiterentwickeln. Das sind wir den Chinesen schuldig.

Liebe Frau Präsidentin, lassen Sie mich zum Schluss eine Anregung geben, wenn ich darf. Helmut Schmidt - Herr Landtagspräsident, wir beide haben das im vergangenen Jahr eindrucksvoll in Hamburg erleben dürfen - ist ein Experte für diesen

(Ingrid Franzen)

gesamten Bereich und ein hoch geachteter Mann. Er reiste etwa zwei Tage vor unserer Ältestenratsreise durch China und wir haben oft noch von dieser Begegnung zu hören bekommen. Er füllt in Hamburg ganze Säle. Das würde er in Schleswig-Holstein auch tun. Er ist unser Ehrenbürger. Herr Präsident, vielleicht laden Sie ihn einfach einmal ein.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Frau Abgeordneter Ingrid Franzen und erteile für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordneter Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schuster, bleib bei deinen Leisten, Bauer, bleib auf deiner Scholle - so sagt der Volksmund und stellt die berechnete Frage, was schleswig-holsteinische Parlamentarier in China zu suchen haben, 10.000 km weit von der Heimat und von den hiesigen Problemen entfernt. Wenn früher ein Sack Reis in China umfiel, brauchte das hier niemanden zu interessieren.

Aber die Zeiten haben sich geändert: **China** ist mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern auf dem Weg zur **Weltmacht**. Das Riesereich wird zukünftig das internationale Geschehen maßgeblich mitbestimmen. Sein wirtschaftlicher und politischer Einfluss wächst rapide und ist auch in Schleswig-Holstein zu spüren. Chinesische Firmen siedeln sich bei uns an und schleswig-holsteinische Betriebe machen ihr Geschäft in und mit China.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

- Herr Ministerpräsident, würde es Ihnen viel ausmachen, sich draußen zu unterhalten?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich würde sagen, er sollte zuhören!)

- So einen hohen Anspruch habe ich gar nicht.

(Heiterkeit)

Deshalb ist es auch für ein kleines Land wie Schleswig-Holstein wichtig, dass die Parlamentarier über die eigenen Grenzen hinaus schauen, den Dialog mit den deutschen Betrieben in China suchen und die Chance nutzen, sich mit den Menschen in unserer chinesischen Partnerprovinz Zhejiang auszutauschen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ob es um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen geht, um wissenschaftliche Kontakte oder um chinesische Studentinnen und Studenten - es ist erwähnt worden -: Es ist wichtig zu wissen und zu verstehen, wie die zukünftige Supermacht China tickt. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Einmal sehen ist besser als hundertmal hören.“ Ich glaube, diese Erfahrung haben wir alle miteinander in China gemacht.

(Beifall bei CDU und FDP)

China hat eine komplett andere Tradition: Unternehmen und Parteikader sind eng miteinander verflochten. Wirtschaftliche Aktivitäten in China sind nicht ohne die Billigung der Staats-, Provinz- oder Kreisregierung und der Bürgermeister möglich. Auch ausländische Unternehmer sind auf den Goodwill der kommunalen und regionalen politischen Führung angewiesen. Sich als Landesregierung oder als Parlament sehen zu lassen, heißt in China, dass man sich hinter die Unternehmen in seinem Heimatland stellt, dass man sie unterstützt. Das ist auch für die schleswig-holsteinischen Firmen in China wichtig, um ihre Verhandlungsposition zu stärken.

Wir haben in den sieben Tagen in den Städten und Provinzen Peking, Ningbo, Shanghai und Hangzhou zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern chinesischer Regierungsinstitutionen und Universitäten geführt. Wir haben mit Vertretern deutscher Firmen gesprochen und chinesisch-deutsche Joint-Venture-Firmen besucht. Auf diese vielfältigen Kontakte ist heute auch schon eingegangen worden.

Ich möchte zwei andere Punkte beleuchten: die Chancen der Umwelttechnologie in China und die Notwendigkeit des kritischen Dialoges mit unseren chinesischen Partnern. Frau Franzen ist darauf eben auch eingegangen.

**Schleswig-Holstein** ist mit seinem Schwerpunkt Umwelttechnologie der geborene Wirtschaftspartner für **China**. **Umweltschutz** ist eines der größten Zukunftsfelder in China. Ein bitteres Erbe aus Maos Zeiten, der glaubte, Berge versetzen zu können, ist eine Umweltzerstörung gigantischen Ausmaßes. Heute frisst die Industrialisierung an der Ostküste wertvolles, fruchtbares Ackerland und verursacht eine katastrophale Wasserverschmutzung. Die Regierung hat dieses Problem inzwischen erkannt. Wir wurden bei jedem Gespräch als Erstes auf den Umweltschutz angesprochen. Die Regierung bemüht sich um eine Verbesserung, nicht zuletzt weil

(Monika Heinold)

die Opfer den Weg des Widerstandes gehen. So waren im vergangenen Jahr vor allem Umweltprobleme Anlass für Massenproteste. Und in China heißen Massenproteste nicht, dass 20.000 Beamtinnen und Beamte vor der Tür stehen, sondern dass sich Millionen auf den Weg machen. Vergiftete Flüsse und verschmutzte Luft, hoch verdichtete Siedlungen oder landwirtschaftlich intensiv genutzte Flächen, soweit das Auge reicht. Und Shanghai bleibt einem - mir zumindest - als Stadt ohne Himmel in Erinnerung. Eine dichte Smogglücke lag über der 18-Millionen-Metropole.

Ob es um alternative Energieerzeugung, um Konzepte zur Energieeinsparung oder um eine Lösung der Müll- und Abwasserprobleme geht: China ist in diesen Bereichen noch Entwicklungsland. Schleswig-Holstein mit seiner hoch entwickelten Umwelttechnologie ist der perfekte Wirtschaftspartner, Firmen haben hier einen großen Markt, in den sie gehen können und zum Teil auch schon gegangen sind.

Der Ministerpräsident hat die Windenergie angesprochen. Durch moderne Umwelttechnologie lässt sich wirtschaftlicher Profit mit Fortschritt verbinden. Schleswig-holsteinische Entwicklungen können zur Lösung lokaler Umweltprobleme und damit zu einer Steigerung der Lebensqualität der chinesischen Bevölkerung beitragen.

Gleiches gilt für die Gesundheitstechnologien, welche die gesundheitliche Versorgung verbessern helfen. Das Interessante im Bereich der Gesundheitsforschung ist aber auch die beidseitige Bereicherung. So können auch wir von der chinesischen Heilkunst lernen, hier liegt ein interessanter Markt für chinesische Firmen im Gesundheitsland Schleswig-Holstein.

Ein zweiter Punkt, der unsere Reise auszeichnete, war der Dialog mit den Menschen vor Ort. Ein Dialog, der aufgrund der nicht vorhandenen Meinungsfreiheit und aufgrund der Notwendigkeit, über staatliche Dolmetscher zu kommunizieren, noch ganz am Anfang steht. Aber gerade die Themen **Menschenrechte**, Umweltschutz und soziale Sicherung machen den Dialog zwingend notwendig. Es ist schwierig, vor Ort kritische Fragen zu stellen, aber es ist möglich und es ist notwendig.

Wie schwierig es ist, zeigte unser Besuch in Peking. Wir besuchten das dem Außenministerium unterstellte Institut für Internationale Studien. Der Vizepräsident, Herr Ruan Zongze, berichtete über den geplanten Bau von 30 neuen Kernkraftwerken. Meine Frage, wie man in China das Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle zu lösen gedenke,

beantwortete er auf typisch chinesische Art und Weise. Er sagte: „Wir orientieren uns in dieser Frage am guten Beispiel der Europäer.“ Der Ball war elegant zurückgespielt, aber das Problem nicht gelöst. Endlagerung radioaktiver Abfälle bei gleichzeitiger Planung von 30 neuen Atomkraftwerken - ein schwieriges Zukunftsproblem. Dieses Beispiel zeigt, dass auch wir selbst durch Besuche wie diesen wachgerüttelt werden.

Ob Verkehrsprobleme oder Atomenergie - wenn wir unsere eigenen Hausaufgaben nicht lösen, können wir dies auch nicht von anderen Ländern erwarten

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und gehen in eine Zukunft mit unkalkulierbarem Risiko.

Nach der höflich umschriebenen Abfuhr war das Gespräch abrupt zu Ende, zügig gingen die Gastgeber zum Austausch der Gastgeschenke über, eine sehr spannende und ausführliche Prozedur.

Wir dürfen also nicht lockerlassen, auch schwierige Themen wie Umweltschutz und Menschenrechte in China anzusprechen. Denn das riesige Land China auf dem Weg zur Supermacht befindet sich, was die Umweltpolitik betrifft, in einem gefährlichen Entwicklungsstadium. Auch der soziale Unterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land und vor allem zwischen dem aufstrebenden Osten und dem rückständigen Westen wächst rapide. Ein idealer Nährboden für Konflikte.

Wichtigste Aufgabe der chinesischen Führung wird es sein, für soziale Stabilität zu sorgen, ohne den Weg der brutalen Unterdrückung von Protesten zu gehen. Wir als Vertreterinnen und Vertreter eines demokratischen Staates haben Vorbilder anzubieten - die europäische Vision einer freien, nachhaltig wirtschaftenden und friedlichen Gesellschaft. Wir dürfen nicht aufhören, den Dialog zu suchen, immer und überall. Wir müssen bereit sein, zu lernen, von den Chinesen zu lernen. Denn wie Konfuzius sagte: „Der Weg ist das Ziel.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Heinold und erteile für den SSW der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen des SSW einen herzlichen Dank für diesen sehr ausführlichen Bericht, der einen guten Überblick über die Geschichte, den aktuellen Stand und die zukünftigen Perspektiven der **Zusammenarbeit** zwischen **Schleswig-Holstein** und der chinesischen Partnerregion **Zhejiang** gibt. Seit nunmehr 20 Jahren bestehen Kontakte zu dieser aufstrebenden Region in **China**. Wenn man bedenkt, dass die Provinz Zhejiang in den letzten 15 Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum zwischen 13 und 14 % zu verzeichnen hat, dann wird deutlich, welches wirtschaftliche Potenzial sich für unser Land aus dieser Zusammenarbeit ergibt.

China ist auf dem Weg, eine wirtschaftliche und politische Großmacht zu werden. Das liegt einmal an der enormen Bevölkerungsmasse dieses Landes, aber eben auch an dem geradezu unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung Chinas. Deshalb hat die Zusammenarbeit mit der Provinz Zhejiang natürlich einen wichtigen handelspolitischen Stellenwert für Schleswig-Holstein.

Die Schattenseiten dieses Wirtschaftswachstums sind hinlänglich bekannt. Die brauche ich nicht zu wiederholen. Dennoch zwei Stichworte.

Erstens. China ist mittlerweile in Asien das Land mit dem größten Abstand zwischen Arm und Reich. Zweitens. Wir wissen aus eigener Erfahrung - diejenigen, die an der Reise des Ältestenrates teilgenommen haben -, dass das größte Problem der chinesischen Städte der fehlende ÖPNV ist und dass es zu einem Verkehrskollaps kommen wird, wenn dort nicht etwas gemacht wird. Ich denke fast, dass es eine internationale Aufgabe ist, China dorthin zu begleiten.

Den heutigen offiziell guten Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Zhejiang ist erst recht in den 90er-Jahren zum Durchbruch verholfen worden. Wir können jetzt auf diese Entwicklung aufbauen. Wir alle wissen, dass es gerade in China mit der dort herrschenden kommunistischen Partei insbesondere auf die politischen Kontakte ankommt, wenn man irgendetwas erreichen will.

Das haben alle Landesregierungen seit 1986 erkannt. Auch die jetzige Landesregierung führt diese Politik erfolgreich fort. So zeigt der Bericht, dass die Beziehungen zwischen den beiden Partnerregionen auf politischer Ebene schon relativ intensiv sind. Der Ministerpräsident hat das vorhin auch noch einmal deutlich gemacht. Zuletzt wurde dies mit den seit 2001 gepflegten Beziehungen und dem

Besuchsaustausch des Schleswig-Holsteinischen Landtages und des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der Provinz Zhejiang unterstrichen.

Das Schleswig-Holstein-Büro der WTSH - das Schleswig-Holstein Business Center - in Hangzhou ist das greifbarste Ergebnis dieser **politischen Kooperation**. Die Repräsentanz der WTSH ist der wichtigste Türöffner für die schleswig-holsteinische Wirtschaft, um auf dem chinesischen Markt überhaupt Fuß zu fassen. Mit seinen chinesischen Mitarbeitern verfügt Schleswig-Holstein über das größte und erfolgreichste Firmengemeinschaftsbüro aller Bundesländer in China.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich denke, das muss einmal gesagt werden. In der öffentlichen Diskussion hat man das nach meiner Erfahrung überhaupt nicht wahrgenommen.

(Vereinzelter Beifall)

Der schleswig-holsteinische Export nach China ist dann auch in den letzten Jahren stark angestiegen. Das konnten wir im Frühjahr dem Außenhandelsbericht der Landesregierung entnehmen. Das zukünftige Potenzial für einen noch stärkeren Anstieg des Exports der schleswig-holsteinischen Unternehmen ist also ohne Zweifel vorhanden. China - auch die Provinz Zhejiang - ist ein Zukunftsmarkt. Im Bericht der Landesregierung wird sowohl auf verschiedene Arten der Zusammenarbeit unserer Hochschulen mit dem chinesischen Partner hingewiesen wie auch auf Exportmöglichkeiten unterschiedlicher Branchen im Detail eingegangen.

Leider konnten wir dem Außenhandelsbericht aber auch entnehmen, dass der chinesische Import nach Schleswig-Holstein weitaus höher ist als unser Export. Wir haben also ein großes **Handelsbilanzdefizit** mit China - wie übrigens die meisten Bundesländer und die meisten europäischen Länder auch. Das liegt zum einen daran, dass wir immer noch nicht genug unternommen haben, um unsere Wirtschaft - gerade auch die kleineren und mittleren Firmen - für die Globalisierung fit zu machen. Trotz vieler guter Beispiele fehlt es in zu vielen Unternehmen immer noch am Know-how und damit verbunden insbesondere auch an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um weltweit oder auch in China wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Aber das ist ein anderes Thema, das an anderer Stelle schon mehrfach erörtert worden ist.

Zum anderen können wir in diesem Zusammenhang nicht darum herumkommen, darauf hinzuweisen,

**(Anke Spoorendonk)**

dass die chinesischen Firmen einen enormen Wettbewerbsvorteil durch niedrigere Umweltstandards, zu niedrige Löhne und durch die oftmals sehr schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten haben. Auch wenn wir sehr gern mit China Handel betreiben, müssen wir dennoch von unserem Selbstverständnis her darauf drängen, dass China die internationalen Werte und die internationalen Standards zum Beispiel der WTO anerkennt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ansonsten haben unsere Unternehmen keine Chance, in so einem ungleichen Wettbewerb zu bestehen.

Anders formuliert gibt es für uns immer noch die grundsätzliche Frage, wie wir mit der **Globalisierung** umgehen wollen. Das ist vielleicht etwas, das eher auf Bundesebene diskutiert werden sollte. Ich vermisse eine eigentliche Globalisierungsstrategie. Abschotten geht nicht; das wissen wir. Mir ist in diesem Zusammenhang daran gelegen, deutlich zu machen, dass unser **Sozialstaat** in dem Kampf um den globalen Markt eine Stärke ist, eine friedliche Gesellschaft mit relativ geringen Abständen zwischen Arm und Reich, mit einem hohen Bildungsstandard, mit Qualifizierungsmöglichkeiten. Das sind Stärken. Darum müssen wir endlich davon wegkommen, über den Preis zu konkurrieren. Das ist nicht möglich.

Es ist auch kein Zufall, dass der Nordische Rat vor einigen Wochen ein Konzept vorgelegt hat, das die Überschrift trägt: Der Norden als globale Erfolgregion. Dort will man die Wohlfahrtsgesellschaft

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Können die Gespräche bitte nach draußen verlegt werden? Ich wäre Ihnen dankbar.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

und die Stärken dieser Gesellschaft als Wettbewerbsvorteil und als Wettbewerbsmerkmal deutlich machen. Von daher müssen wir diese Diskussion andersherum anpacken. Es wäre wünschenswert, wenn wir das im Zusammenhang mit einer eigentlichen Globalisierungsdiskussion deutlich machen könnten.

Diese Diskussion insgesamt führt uns natürlich auch zu dem sensiblen Thema der **Menschenrechte** in China. Die Landesregierung macht in diesem Bericht deutlich, dass sie dieses Thema mit den chinesischen Partnern öffentlich nicht anspricht, sondern

unsere rechtsstaatlichen Prinzipien im internen Gespräch vertritt.

Als Begründung wird angegeben, dass Schleswig-Holstein schließlich keine Außenpolitik führen kann und dass die chinesischen Partner immer sehr empfindlich auf von außen vorgetragene Kritik reagieren. Aber ich denke, wenn wir von Freundschaft und Partnerschaft reden, dann wir müssen wir auch sagen: Unter Freunden ist auch Kritik möglich.

(Beifall - Wolfgang Kubicki [FDP]: Nötig!)

Es bedarf keiner Besserwisserei, aber auch kritische Fragen müssen angesprochen werden können. Dazu unterstreicht die Regierung, dass gerade in den letzten Jahren der vertiefte Austausch zwischen Schleswig-Holstein und Zhejiang auf politischem Niveau und auf Behördenebene dafür sorgt, dass man chinesischen Partnern unsere europäischen rechtsstaatlichen Normen und Verhaltensweisen erklären und somit indirekt eine Verbesserung der **Menschenrechte** erreichen kann. Dem stimme ich zu. Das ist eine gute Strategie. Aber ich denke, ein bisschen mehr wäre angebracht.

Aus der Sicht des SSW ist dies für Schleswig-Holstein weiterhin eine schwierige Gratwanderung bei unseren Bemühungen, die Beziehungen zur Partnerregion Zhejiang auszubauen und zu verbessern. Allerdings ist auch klar: In diesem sensiblen Bereich gibt es keine leichten Wege. Eine unserer entscheidende Forderung muss sein, dass in China neben dem wirtschaftlichen Aufschwung endlich auch einen greifbarer Fortschritt in Fragen der **demokratischen Prinzipien** und bei den Menschenrechten zu verzeichnen ist. - In Klammern bemerkt: Wir hören von Journalisten, dass gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Olympiade die Pressefreiheit stark eingeschränkt wird. Ich denke, auch diesbezüglich sollten wir uns vielleicht einmal zu Wort melden. Die schleswig-holsteinische Partnerschaft mit der Provinz Zhejiang kann vielleicht auch in dieser Hinsicht etwas bewegen und einen kleinen bescheidenen Beitrag leisten. Auch das sollte Ziel unserer Partnerschaft und unserer Bemühungen sein.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Weil kein Antrag gestellt wurde, stelle ich fest, dass dieser Tagesordnungspunkt erledigt ist.



(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 31 auf:

### Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1086

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um von dem Thema, das wir gerade behandelt haben, überzuleiten, will ich einige Zahlen zu China nennen. China hat ihre CO<sub>2</sub>-Emission von 2,8 Milliarden Tonnen im Jahre 2001 auf 5,3 Milliarden Tonnen im Jahre 2005 gesteigert und es wird prognostiziert, dass es im Jahre 2008 die USA eventuell überholt haben wird. Damit erleben wir einmal die andere Sicht auf die Klimaschutz- und Energietechnik.

Bei den Schiffen spielt das allerdings auch eine gewaltige Rolle. Das Thema lautet: Schiffe an die Steckdose! Das ist ein auf erste Sicht ungewöhnliches Thema, auf zweite Sicht ist dies aber durchaus ernst zu nehmen.

In Kiel machen die großen **Fährschiffe** und **Kreuzfahrtschiffe** in der Innenförde fest und liegen so direkt in der Innenstadt. Diese Schiffe hautnah zu erleben, ist eine große Attraktion für Touristen und Innenstadtgäste. Allerdings sind mit der **Stromerzeugung** durch die bordeigenen **Dieselmotoren** schwarze Abgasfahnen und hohen Schadstoffmengen verbunden. Dies wiederum stören Attraktivität von Innenstadt und Innenförde erheblich.

Die Einrichtung von **Landstromanschlüssen** kann zu einer Win-win-Situation führen. Schadstofffrachten unterbleiben, die Häfen sind sauber, die jeweiligen Stadtwerke haben einen zusätzlichen Stromabsatz, und die Fährschiffe senken gleichzeitig ihre Energiekosten. Erfahrungen dazu liegen aus Göteborg, Zeebrügge und Los Angeles vor. Insbesondere in Los Angeles hat man diesbezüglich eine breit entwickelte Praxis.

Nun zur **Wirtschaftlichkeit**! Legt man die gegenwärtigen Strompreise der Stadtwerke Lübeck von 13 ct/kwh zugrunde, so kostet die Produktion von Strom über einen Hilfsdiesel an Bord eines Schiffes 18 ct/kwh.

Der **Schadstoffausstoß** während der Liegezeiten in den Häfen ist nicht nur ein Lübecker und Kieler Problem, sondern ein Problem aller Häfen europä- und weltweit. Mit anderen Worten: Man kann darüber einen gewaltigen Gewinn für den Klimaschutz weltweit erzielen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen durch schnelles Handeln unsere Häfen im Wettbewerb anderen voranstellen. In Lübeck ist es bereits in Angriff genommen worden, hafenliegende Schiffe mit Landstrom zu versorgen. Im Rahmen eines EU-Projekts haben sich die Stadtwerke Lübeck und allen voran Herr Ralf Giercke in ganz herausragender Weise engagiert. Ausgangspunkt war die Verschlechterung der Luftverhältnisse in Travemünde durch die Zunahmen des Schiffsverkehrs. Diesem Lübecker Ortsteil drohte der Heilbadstatus verloren zu gehen, und dies zu Recht, wenn man sich die Auswirkungen der Dieselmotoren in diesem Heilbad und die Wirkung auf die Besucher und Besucherinnen vor Augen führt.

In einem Forschungsvorhaben zur **Umsetzung** der **Agenda 21** in den deutschen **Seehäfen**, zum Beispiel in Lübeck-Travemünde, finanziert vom Bundesumweltministerium, wurden die Emissionssituation und Reduktionspotenziale durch den Landanschluss für Schiffe analysiert. Die Ergebnisse dieser Studie führten in einer Reihe von Ostseehäfen zu verstärkten Aktivitäten, Landanschlüsse vorzuhalten. In Lübeck wird an der Einrichtung eines ersten Anschlusses gearbeitet. Unser Europaminister Uwe Döring hat eine Landesförderung in Aussicht gestellt.

Am 30. September 2005 kam es in Turku zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding von Seehäfen und maritimer Politik durch 18 Ostseehäfen. Weitere Häfen werden darin aufgefordert, sich dem Memorandum anzuschließen. Kerngedanke dieser von der EU finanzierten Kooperation ist die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Reduktion von Emissionen im Hafenwasser.

Die Emissionen auf See und in den Häfen müssen verringert werden. Schiffe sind Hauptverursacher giftiger Emissionen wie Schwefel- und Stickoxiden.

Als ich vor etwa einem Jahr anfang, mich mit diesem Thema zu beschäftigen, dachte ich: Nun gut, das ist ein Energiethema von vielen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass der Schiffsverkehr in Europa zu 90 % Beiträge zu den Schwefelemissionen leistet. Diese Zahl hat mich dann doch umgehauen.

(Detlef Matthiessen)

Um Ihnen noch eine andere Sicht auf die Dimension zu geben: Mit diesen Schiffen fahren kleine Kraftwerke durch die Gegend. Die Anschlussleistung, wollten wir denn die Schiffe im Lübecker Hafen versorgen, würde die Hälfte des Anschlusswertes der Stadt Lübeck ausmachen. Das ist also kein Spielkram, von dem wir hier reden. Wenn wir das umsetzen können, ist das andererseits aber auch aus Sicht der Stadtwerke und aus Sicht der Hafenvirtschaft in Schleswig-Holstein kein Spielkram, sondern dort winkt tatsächlich ein Geschäft, bei dem wir in Konkurrenz zu den Ölscheichs und zum Import harter Energieträger treten. Insoweit können wir einerseits mit Strom Geld machen und andererseits die Umwelt erheblich entlasten.

Die Grünen fordern mit ihrem Landtagsantrag eine Bundesratsinitiative zur Förderung dieser Landstromanschlüsse. Daneben sollte die Landesregierung den Prozess zentral unterstützen und koordinierend begleiten. Die Schifffahrt, die schleswig-holsteinische Hafenvirtschaft und nicht zuletzt die Umwelt werden davon profitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landstromversorgung von Schiffen, die in Häfen liegen, ist ein Projekt innerhalb der **integrierten europäischen Meerespolitik**. Unser Land - das wissen wir - hat bereits eine hohe internationale Anerkennung in der gesamten europäischen integrierten Meerespolitik erreicht. Das verdanken wir zum einen unserem Europaminister, Herrn Döring,

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

der, wie wir wissen, im September die ungemein erfolgreiche maritime Konferenz hier in Kiel durchführte. Mit dem „Berliner Aufruf“ der maritimen Konferenz in Berlin, veranstaltet von unserem Umweltminister, Dr. Christian von Boetticher, in diesem Monat, haben andererseits internationale Experten gefordert, die Meere wirklich zu schützen und eine starke, rechtsverbindliche EU-Meerespolitik zu schaffen.

Diese Initiativen sind international und national hoch anerkannt. Die Forderungen, bezogen auf die

**Verringerung von Emissionen** in Meere und Luft, sind also in Berlin längst angekommen. Wir brauchen keine Bundesratsinitiative, um die Bundesregierung zu bitten, die Handlungsempfehlungen der Europäischen Union vom 8. Mai 2006 umzusetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommen hier zu spät.

Was wir fortsetzen müssen, ist, die hohe Kompetenz unseres Landes in der maritimen Politik weiter zu stärken und konkret umzusetzen. Das können wir in entscheidendem Maße auch bei der **Landstromversorgung für Schiffe**, die in Häfen angelegt haben. Hier hat Schleswig-Holstein mit dem Kompetenzzentrum Lübeck bereits eine führende Position eingenommen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Hansestadt Lübeck hat unter Leitung der Stadtwerke soeben ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zum Landstromanschluss für Schiffe abgeschlossen. Dieses Projekt, mit dem im Jahre 2002 begonnen wurde, wurde im Rahmen eines **INTERREG-III-Programms** mit 1,3 Millionen € gefördert. Damit hat Lübeck die Empfehlungen des Grünbuches zur integrierten Meerespolitik, aber auch die Empfehlungen der Kommission zur Landstromversorgung genau erfüllt.

Welche Bedeutung die Landstromversorgung für die **Reduzierung des Schadstoffausstoßes** hat, sei hier kurz dargestellt, und zwar bezogen auf Fähr- und Kreuzfahrtschiffe, wie sie vornehmlich in Lübeck untersucht worden sind. Ich beziehe mich hierbei auf die Lübecker Region. Der durchschnittliche Stromverbrauch der Stadt Lübeck pro Stunde beträgt etwa 100 MW. Ein Fährschiff je Größe verbraucht etwa 2 bis 3 MW pro Stunde. Bei etwa 35 Fähr- und Passagierschiffen pro Tag in Lübeck entspricht der Strombedarf der Schiffe etwa dem Strombedarf der gesamten Stadt Lübeck. Hochschwefelhaltige Kraftstoffe und ungefilterte Emissionen aus laufenden Schiffsmotoren verpesten in unverantwortlichem Maße die Hafenstädte. Von den jährlich 420 t Schwefeldioxid in Travemünde zum Beispiel schleudern die Fähr- und Passagierschiffe allein 390 t in die Luft. Gelbliche Schwaden aus den Schornsteinen der Fährschiffe mögen Motive für Hobbyfotografen sein. Die Stickoxidemissionen sind jedoch schädlicher Dünger für Meere, die dazu beitragen, die Eutrophierung zu beschleunigen.

(Beifall bei der CDU)

Die Stadtwerke haben bei dem Pilotprojekt für die landseitige Schiffsversorgung mit elektrischem

(Manfred Ritzek)

Strom wirtschaftliche und technische Rahmenbedingungen untersucht. Deutsche und viele internationale Häfen haben sich an dem Projekt beteiligt. Hamburg, aber auch die anderen Häfen haben die technische Kompetenz und die Führerschaft von Lübeck bei diesem Projekt anerkannt. Der Germanische Lloyd ist der technologische Partner bei dem Projekt betreffend der zu entwickelnden und dann zu zertifizierenden Schiffstechnik. Die **IMO**, die Internationale Schifffahrtsorganisation, ist in das Projekt einbezogen, wobei es das Ziel ist, die MARPOL-Richtlinien, also die Richtlinien des Internationalen Übereinkommens zur Vermeidung der Meeresverschmutzung durch Schiffe, zu harmonisieren.

Diese Kompetenzführerschaft von Lübeck und unserem Land gilt es zu sichern und national und international in Forschungs- und Entwicklungsprojekte umzusetzen. Technische Maßnahmen sind fortzuentwickeln und neue ergänzende Bereiche sind hinzuzufügen.

Der Europaminister, der Wissenschaftsminister und der Umweltminister müssen die Kompetenz der Hansestadt Lübeck nutzen, um wissenschaftliche und technologisch wirkungsvolle Projekte des Seeverkehrs im Rahmen der international erarbeiteten und gewonnenen Erkenntnisse fortzusetzen. Die Experten der Stadtwerke Lübeck sollten bei der Ostseeparlamentarierkonferenz im Mai nächsten Jahres in Berlin die Bedeutung des Gesamtprojektes vorstellen und unumkehrbare internationale Impulse geben.

(Beifall im ganzen Haus)

Zum Schluss möchte ich den Wissenschaftsminister noch bitten, mit Unterstützung des Europaministers die Initiative zum Aufbau eines eigenen Studienfaches „Integrierte Meerespolitik“ mit Masterabschluss zu ergreifen oder zumindest eine solche Möglichkeit zu überprüfen, wie ich es schon im Oktober in meiner Rede im Landtag vorgeschlagen habe. Das heutige Thema gehört auch dazu. Nutzen wir die Kompetenzen unseres Landes! Ergreifen wir das Steuerrad und fahren wir mit voller Kraft voraus, um das Ziel CAFE zu erreichen, das heißt Clean Air for Europe.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Ritzek.

Bevor ich in der Rednerliste weitergehe, möchte ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich die Hausfrauen-Union aus Brunsbüttel und Mitglieder der Jun-

gen Union aus Rendsburg-Eckernförde begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Hans Müller aus Lübeck das Wort.

**Hans Müller [SPD]:**

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nach dem Vortrag von Manfred Ritzek bin ich fast geneigt zu sagen: Danach kann keine Steigerung mehr kommen.

(Beifall bei CDU und SSW)

Ich werde das hier ausgesprochene Lob an die Hansestadt weitergeben. Allerdings verdient weniger die Hansestadt das Lob, sondern eher verdienen es die Stadtwerke Lübeck. Wir nehmen dieses Lob natürlich gerne für die gesamte Stadt Lübeck mit, aber der Ordnung halber wollte ich die Anmerkung von eben doch machen.

Seit 2004 existiert das **EU-Projekt** mit dem Namen „**New Hanse**“. Woher der Name kommt, ist uns schwer zu erkennen. Es ist ein Projekt, das aus Mitteln des INTERREG-Programms, also aus Mitteln der Europäischen Union gefördert wird. Das Ziel des Projekts „New Hanse“ ist schon genannt worden. Das Ziel ist die **Reduzierung der Umweltbelastungen**, die aus **Schiffsdieselmotoren** stammen. Auch zu der Reduzierung der Schadstoffemissionen ist schon einiges gesagt worden. Hinzu kommt die Reduzierung von Lärm, der damit verbunden ist, und auch der Vibrationen, welche durch diese Motoren ausgelöst werden. Man muss wissen, dass diese Schiffe mit Schweröl fahren. Dieses Schweröl muss erhitzt werden, bevor es überhaupt verbrannt werden kann. Die Schiffsdiesel laufen elf Stunden lang. Das ist keine Besonderheit für die Lübecker oder die Kieler Häfen. Das ist vielmehr weltweit so. Wenn man sich vorstellt, welchen Output diese Schiffe haben, so ist das schon besorgniserregend. Ich will in diesem Zusammenhang zwei Zahlen nennen. Etwa 50 % der Schiffe bewegen sich in **Küstennähe**. In Lübeck als größtem Ostseehafen und größtem Fährhafen Europas finden 12.000 Ankünfte und 12.000 Abfahrten pro Jahr statt. Wer die Zufahrt von der Ostsee zum Hafen kennt, kann sich vorstellen, was dort alles an Schadstoffen herausgepustet wird. Die schon genannte Untersuchung hat bewiesen, dass das See- und Heilbad Travemünde doch sehr mit diesen Stoffen belastet ist und dass es höchste Zeit ist, diesbezüglich eine Änderung herbeizuführen. Deswegen gibt es das Projekt „New Hanse“, an dem eine ganze Reihe von Städten und Ländern beteiligt ist. Ich nenne neben Deutschland

(Hans Müller)

Dänemark, Polen, Schweden und Finnland sowie zwei Reedereien, die Finnlines und die Stena Line.

Die Maßnahme, den gegenwärtigen Zustand zu ändern, setzt natürlich einige technische Veränderungen voraus. Es gibt ja schon Städte, die Stromanschlüsse für Schiffe haben. Diese Städte sind vorhin auch genannt worden. Was bisher aber fehlt, ist eine einheitliche Technologie. Hier muss ich die Stadtwerke Lübeck abermals loben. Sie sind auf dem Weg zu einer einheitlichen Technologie für die Schiffsanschlüsse. Das Memorandum, das von 16 Hafenstädten unterzeichnet wurde, besagt ja, dass die 16 Städte die gleiche Technologie verwenden wollen, und zwar auf der Basis von 10 kV und 60 Hertz. Was das im Detail bedeutet, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin kein Techniker.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bedeutet doppelt so dünne Kabel wie in Los Angeles!)

- Vielen Dank. - Technologisch ist es so, dass die Stadtwerke Lübeck bemerkenswerte Vorleistungen erbracht haben. Das bedeutet: Im Ergebnis wird dieses Projekt ein innovatives Projekt - dieser Begriff fiel heute ja schon - sein, das aus Schleswig-Holstein kommt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wenn dieses Projekt Erfolg hat, wird es auch Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein bringen. Dieses Produkt kann vielleicht auch exportiert werden. Es handelt sich dann um einen Verkaufsschlager, der auf der ökologischen Welle schwimmt. Das hat unser Wissenschafts- und Verkehrsminister auch erkannt. Er hat deshalb eine Förderung in Aussicht gestellt. Das gesamte Vorhaben ist in unsere schleswig-holsteinische Europapolitik eingebettet, die von Uwe Döring im Land, im Bund, aber auch in Europa hervorragend vertreten wird.

(Beifall bei der SPD)

Was in dem Zusammenhang allerdings auch richtig ist, ist, dass der Strom mehr besteuert wird als Schweröl. Der Dreck ist also billiger als grüner Strom. Insofern sind weitere Aspekte zu berücksichtigen und Ungleichheiten aus der Welt zu schaffen.

Dann stellt sich auch die Frage, wie es mit **Bonus-systemen** im Hafen aussieht. Warum sollen saubere Schiffe im Tarif nicht günstiger berücksichtigt werden als andere?

Wir, also Sozialdemokraten auf Bundes- und Europaebene, aber auch Vertreter aus anderen Parteien sind an diesem Thema dran und sowohl ökologi-

sche als auch ökonomische Gründe sprechen dafür, dieses lohnenswerte Projekt voranzutreiben. Ich bin ziemlich optimistisch, dass dieses Projekt zumindest im Ostseeraum innerhalb einer kurzen Frist realisiert wird.

Ich beantrage die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss federführend sowie mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss sowie an den Europaausschuss.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Müller. - Nun hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg für die FDP-Fraktion das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fortschreitende Erwärmung des Erdklimas durch die Menschheit ist offensichtlich. Wegen der sehr langsamen Abläufe können wir diese Erwärmung kurzfristig kaum beeinflussen, aber wir können vieles tun, um eine weitere Verstärkung dieser langsamen Abläufe zu verhindern oder wenigstens abzumildern.

Zum jetzigen Thema: Wie können **Schiffe** umwelt-schonend und kosteneffizient mit **Energie** versorgt werden, während sie im Hafen liegen? - Eigentlich mag ich keine Urheberrechtsdebatten, aber ich möchte an einen Vortrag des Arbeitsministers unmittelbar nach der Ostseekonferenz erinnern. Ich fand es sehr beeindruckend und zügig, wie die Freunde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf reagiert und daraus einen Antrag gemacht haben.

Immer noch lassen viele Kapitäne ihre Maschinen im Hafen laufen. Das ist selten die umweltschonendste Art, an Bord die Lichter leuchten zu lassen und die anderen Systeme zu betreiben, die Strom brauchen. Eine Alternative hierzu ist der Vorschlag der **EU-Kommission** aus dem Mai dieses Jahres. Die Empfehlungen haben die Grünen in ihrem Antrag unter Punkt 1 aufgezählt.

Die Kommission empfiehlt - verkürzt dargestellt - erstens, den Aufbau von **Landstromanlagen** zu prüfen, zweitens internationale Emissionsgrenzwerte für Schiffe zu entwickeln und durchzusetzen, drittens wirtschaftliche Anreize zu prüfen, mit denen Schiffsbetreiber zur Nutzung von Landstromanlagen anregt werden können - das, Kollege Müller, wären dann die Bonussysteme - sowie vier-

(Dr. Heiner Garg)

tens, das alles mit allen infrage kommenden Stellen abzustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die EU-Kommission hat diese Empfehlungen aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse erteilt. Danach sind Landstromanlagen in vielen Fällen nicht nur umweltschonender, sondern auch preiswerter als die Selbstversorgung der im Hafen liegenden Schiffe. Bei Häfen mit 500 Liegeplätzen und mittelgroßen Motoren beziffert die Kommission den geschätzten **geldwerten Vorteil** der Landstromversorgung mit 193 bis 708 Millionen € jährlich; dies ist abhängig vom Kraftstoff, den die Schiffsmotoren bei der Eigenversorgung verbrennen.

Zusätzlich verringern sich die **Emissionen** von Kohlendioxid und Stickstoffoxid um über 50 % und die von Kohlenmonoxid um etwa 99 %. Dabei ist natürlich auch berücksichtigt, dass der Strom aus der Landversorgung irgendwo gewonnen werden muss und dass dabei im Zweifel auch Emissionen entstehen.

Mit der Landstromversorgung würden **Hafenliegezeiten** im Mittel billiger und sauberer. Wer könnte dann noch eine solche Forderung ablehnen? - Im Mittel bedeutet aber auch, dass dies nicht in jedem Fall gilt. Deswegen weist die EU-Kommission auch ausdrücklich darauf hin, dass die Kosteneffizienz der Landstromversorgung von den örtlichen Bedingungen abhängt. Das sollte für uns Anreiz genug sein, in so vielen Häfen wie möglich eine wirtschaftlich sinnvolle Landstromversorgung zu gewährleisten.

Weil die rechtliche Kompetenz beim **Bund** liegt, ist der Antrag der Grünen auf eine Bundesratsinitiative des besonders betroffenen Küstenlandes Schleswig-Holstein der konsequente Weg.

In den Beratungen im Ausschuss sollten wir noch genauer klären, was genau unter Anschubfinanzierung verstanden wird. Wer soll wen unter welchen Bedingungen finanziell anschieben? - Ich denke, Herr Kollege Matthiessen, das können wir in aller Ruhe im Ausschuss klären.

Der Eintrag der Empfehlung zur Landstromversorgung ins Grünbuch der Europäischen Union sollte nach den Erkenntnissen der EU-Kommission dagegen ein Selbstgänger werden. Wir unterstützen diesen Antrag sowohl in der Sache als auch bei den Beratungen in den zuständigen Fachausschüssen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Für den SSW im Landtag hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus der Begründung des Antrages geht hervor, dass das ursprüngliche Problem die schadstoffhaltigen und billigen **Schweröle** sind, die bevorzugt in der Schifffahrt genutzt werden und die dazu führen, dass insbesondere der Ausstoß von **Schwefeldioxid, Ruß** oder **Feinstaubpartikeln** eine erhebliche Belastung für die Umwelt bedeuten.

Als Vergleich: Ein mittelgroßes Schiff stößt mehr Schadstoffe aus, als eine Flotte von rund 1.000 Lkw. Dies ist darin begründet, dass Schiffe mit schwefelhaltigen Schwerölen fahren, weil diese am billigsten sind.

An **Land** ist es uns gelungen, den Einsatz von schwefelhaltigem Benzin, Diesel oder Heizöl erheblich zu reduzieren. Und das ist auch gut so. Generell sollte daher gelten: Was an Land gilt, sollte auch auf unseren Meeren gelten.

Hiervon sind wir aber noch weit entfernt. Die geltenden Bestimmungen der Internationalen-Schifffahrts-Organisation **IMO** schreiben zwar Grenzwerte für den Anteil Schwefel im Schweröl vor, aber unter dieser Latte können alle Schiffe bequem drunter her fahren. Und natürlich führen auch hier die wirtschaftlichen Interessen dazu, dass dies möglichst lange so bleibt.

Natürlich gibt es entsprechende **Umweltschäden** - Stichwort: saurer Regen -, die die Politik zu einem Umlenken zwingen. An Land hat dies ja bereits vor Jahren stattgefunden.

Gleiches versucht man nun mit ersten Schritten auch in der **Ostsee**, indem das Gewässer seit Mai dieses Jahres von der EU als sogenanntes Schwefelsondergebiet ausgewiesen wurde. Hier dürfen die Schiffe nur noch mit einem Schwefelanteil von 1,5 % fahren. Vom Mai 2007 unterliegen Nordsee und Ärmelkanal auch diesen Bestimmungen.

Darüber hinaus wurde von der **EU** festgelegt, dass der Anteil an Schwefel im Schweröl ab dem Jahr 2010 für Brennstoffe, die während der Liegezeit genutzt werden, nur noch einen Anteil von 0,1 % haben dürfen. Im Vergleich zum derzeitigen Mittelwert von rund 2,7 % Schwefelanteil beim Schweröl ist dies bereits ein politischer Erfolg.

Parallel zu den genannten Bestimmungen, wurden nun Empfehlungen der EU-Kommission herausge-

(Lars Harms)

geben, die sich im Antrag der Grünen widerspiegeln. Hierbei geht es im Kern darum, dass die Mitgliedstaaten den Aufbau von Landstromanlagen an Schiffs Liegeplätzen in Häfen prüfen sollen, insbesondere dort, wo die **Grenzwerte der Luftqualität** überschritten werden und wo es zu hohen **Lärmbelastungen** durch die laufenden Schiffsmotoren kommt.

Diesen Ansatz begrüßen wir. Denn auch wir sehen hierin die Möglichkeit, die entsprechenden Umweltbelastungen in Hafengebieten erheblich zu minimieren. Man verspricht sich von solchen Maßnahmen eine Reduktion der Schiffsemissionen von 40 bis 60 % in den Häfen.

Dass es sich hierbei nicht nur um Problem der osteuropäischen Küstenländer handelt, verdeutlicht das Beispiel Travemünde. Hier hat es bereits Probleme hinsichtlich der Luftqualität aufgrund der Verunreinigung gegeben. Nun wurde von den Stadtwerken Lübeck das internationale Projekt „New Hansa“ angeschoben, das zum Ziel hat, die Schiffe in den Häfen mit Landstrom zu versorgen.

Neben einer Reihe von Städten und Häfen in Deutschland, Dänemark, Polen, Schweden und Finnland ist auch eine große Reederei Projektpartner. Gemeinsam will man nun internationale Standards entwickeln, die künftig die Stromversorgung von Schiffen von Land aus ermöglichen. Diese Initiative begrüßen wir. Denn sie macht deutlich, dass man vor Ort das Problem erkannt hat und bereit ist, es zu lösen.

Eine Frage, die dabei aber aus unserer Sicht noch ungeklärt ist, ist die zweigleisige Haltung der EU in dieser Frage. Auf der einen Seite haben wir eine EU-Bestimmung, die ab 2010 darauf abzielt, dass Schiffe während der Liegezeit nur noch Schweröl mit einem Schwefelgehalt von 0,1 % verbrennen dürfen. Dies führt natürlich zu erheblichen **Umrüstungen** hinsichtlich Extratanks. Auf der anderen Seite haben wir die Empfehlungen zu den Landanschlüssen.

Die Frage ist also: Wofür werden sich die Reeder und Hafentreiber entscheiden? Weil mir derzeit nur Informationen in Bezug auf den Lübecker Hafen und einem Reeder vorliegen, kann ich mir noch kein Bild davon machen, ob man dies auch an anderer Stelle so sieht. Daher schlage ich vor, dass wir uns im Ausschuss näher mit diesem Thema befassen, um mehr über Umsetzungsmöglichkeiten, Kosten und eventuell andere Probleme zu erfahren und wie sich die Betroffenen vor Ort in dieser Angelegenheit verhalten. Daher sollten wir auch die Hafentreiber und Reeder einbinden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Harms. - Für die Landesregierung hat nun der Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herr Uwe Döring, das Wort.

**Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat aus der „Zeit“ beginnen, das lautet: „Es stinkt von Turku bis Tokio, von Hamburg bis Haiti“. Anders ausgedrückt, aber ähnlich kräftig: Früher hatten Schiffe nicht nur vor Madagaskar die Pest an Bord, heute verpesten Schiffe unsere Häfen mit billigem Schweröl. Die Auswirkungen sind schon geschildert worden. Ich will sie nicht wiederholen. Nur noch einige wenige Zahlen: Allein im **Hamburger Hafen** ist es so, dass 60 % der **verkehrsbedingten Luftbelastung** von Schiffen herrühren. Ich kann dazu nur sagen, die große Vision der Hafencity Hamburg mit Leben und Wohnen direkt am Wasser neben einem Kreuzfahrtterminal ist genehmigungsrechtlich unter diesen Voraussetzungen überhaupt nicht leistbar. Deswegen hat übrigens Senator Freitag hohes Interesse an diesem Projekt, das in Lübeck mit Hamburger Beteiligung durchgeführt wird. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Hinweis. Wir haben auf der anderen Seite schon gehört, wie die Belastungen in Lübeck und Travemünde sind. Bei einigen Schadstoffausstößen ist es so, dass 95 % von den Fähren kommen.

Inzwischen gibt es Alternativen. Eine Alternative ist die **Landstromverbindung**. Wir haben das Ganze soweit gefördert, dass es produktionsreif ist zusammen mit der Firma Siemens und dem Germanischen Lloyd. Es wird jetzt darum gehen, eine entsprechende Pilotanlage zu bauen. Ich bin sehr dankbar, dass der Kollege Austermann, mit dem ich an der Stelle immer in Verbindung bin - ein gutes Zeichen der Zusammenarbeit; vielen Dank, Herr Kollege -, daran mitarbeitet,

(Beifall bei SPD und CDU)

dass ein solcher Antrag dann auch über die anderen europäischen Fördermittel umgesetzt wird und man da ein Demonstrationsobjekt bekommt. Das ist ganz wichtig. Die Reederei Finja I hat sich bereit erklärt, so etwas mitzumachen. Man braucht dazu natürlich auch die Reeder, die so etwas mitmachen wollen, und wir brauchen dazu so etwas wie eine Standardisierung. Das ist ein wichtiger Punkt, den

**(Minister Uwe Döring)**

habe ich aber bereits in Berlin bei Minister Tiefensee angesprochen. Wir werden dann im Dezember dieses Thema noch einmal vertiefen. Die Bundesregierung hat hohes Interesse daran.

Ich habe an Minister Steinbrück einen Brief beschrieben, was die **Steuerbefreiung** anbelangt aufgrund der **EU-Empfehlung**, nachrichtlich auch an unseren Umweltminister Gabriel, der sich dieser Thematik vielleicht auch zuwenden könnte, da er als Niedersachsen zumindest ja am Rand maritim berührt ist. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, so etwas als Pilotprojekt umzusetzen. Was die anderen Häfen anbelangt, so sind einige angesprochen worden. Es gibt eine Landstromverbindung in Göteborg, allerdings sind das sogenannte fliegende Leitungen, die versicherungstechnisch hoch problematisch sind. Daran ist interessant, Kiel und Göteborg sind für die **Fähren** die entsprechenden Endhäfen. Es wäre interessant, wenn Kiel sich dem Lübecker Beispiel anschließen könnte, zumindest, wenn darüber nachgedacht würde.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre ein guter Schritt, um hier weiterzukommen.

Wir müssen allerdings eines sehen, es ist nicht der einzige Weg. Diese **Schadstoffbelastung durch Schiffe** kommt zum ersten Mal richtig in den Fokus. Landstromverbindungen sind allerdings nicht die einzige Möglichkeit. Es wurde schon gesagt, wo die Grenzen sind. Bei kleinen Häfen gibt es sicher das Problem, dass man die Stromversorgung nicht sicherstellen kann. Um noch einmal auf die Hamburger Situation zurückzukommen, wenn die „Queen Mary“ dort andockt und sich einschaltet, dann würde in der Innenstadt das Licht gedimmt. Das ist ein Stromverbrauch, der wirklich grandios ist. Deswegen müssen wir Alternativen im Auge behalten, insbesondere weil der Schadstoffausstoß auf Wasser geschieht. Das heißt, wir müssen Rauchgasreinigung haben, wir müssen überlegen, welche alternativen Energien wir haben. Kann ich das, was HDI hier entwickelt hat bei der Brennstoffzellentechnologie auch für andere Schiffe einsetzen? Dieses ist ein Teilaspekt, der wichtig ist.

Da sage ich noch einmal, wir sind wirklich gut davor. Unsere Lösung in Lübeck ist besser als die in Göteborg. Das erkennen die auch an. Jetzt geht es darum, so etwas zu normen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es wird genormt werden. Die Frage ist: Wer tut es? Da, denke ich, wäre es gut, wenn wir das zusammenkriegen, dass es eine schleswig-holsteinische, eine deutsche Norm wird und nicht irgendeine andere.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich bin mir da sehr sicher, dass ich da mit dem Wirtschaftsminister einig bin, auch in meiner Funktion als Arbeitsminister. Wenn wir **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein schaffen und sichern wollen für die Zukunft, brauchen wir neue Technologien, brauchen wir neue Ideen. Alles andere, was die verlängerten Werkbänke können, können andere Länder zu niedrigen Lohnkosten genauso gut. Wir wollen nicht diese Lohnkostenspirale nach unten. Das heißt, wir müssen neue Produkte entwickeln, die marktreif sind, mit denen wir Alleinstellungsmerkmale zumindest für eine bestimmte Zeit haben. Dies ist eines.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Lassen Sie uns bei aller Begrenzung dieser Technologie den Mut haben, hier eine Vision umzusetzen, die uns wirklich einen großen Schritt voranbringen kann.

Ich komme dann zum Antrag der Grünen und dann auch zum Schluss. Ich habe viel Sympathien für das, was Sie wollen, Herr Matthiessen. Wir werden das in den Ausschüssen noch einmal detailliert beraten können. Es wird vieles vom Bund gefordert, wofür er gar nicht zuständig ist. Andere Sachen sind dabei, die er längst tut. Der Bund ist nicht zuständig für **Häfen**, das sind die **Länder**. Der Bund kann allenfalls Pilotprojekte fördern. Wir haben in der Weltschifffahrtsorganisation bereits entsprechende Projekte laufen.

Bei dem Grünbuch kann ich sie beruhigen. Ich bin Berichterstatter des Ausschusses der Regionen. In der Fachkommission wurde am Montag meine Stellungnahme mit großer Mehrheit abgesehen. Darin ist das enthalten. Das wird auch enthalten sein in der Plenarbeschlussfassung des Ausschusses der Regionen. Ich bin sicher, es wird im Grünbuch drinstehen. Nach alledem sage ich, es ist eine gute Sache, die Sie hier auf den Weg gebracht haben. Auffordern müssen Sie dazu niemanden. Wir wollen keine Eulen nach Athen oder Brüssel tragen. Anders ausgedrückt, Herr Matthiessen, Sie kennen die Geschichte vom Lütt Matten, der müht sich auch ab, aber ich kann nur sagen: Wir sün all dor.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Minister Döring. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte.

Wenn ich richtig aufgepasst habe, sollen drei Ausschüsse beteiligt werden, also Europa-, Umwelt- und Agrar- und Wirtschaftsausschuss. Kann mir je-

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

mand zurufen, welcher Ausschuss federführend sein soll?

(Zurufe: Wirtschaft!)

- Wirtschaftsausschuss. Dann überweisen wir den Antrag Drucksache 16/1086 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss und dem Europaausschuss. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so passiert.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

**„Bündnis für Ausbildung“ - Nachvermittlungsaktion**

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/1057 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Da wir die Regierung zu einem mündlichen Bericht auffordern, brauche ich dazu Ihre Zustimmung. Wer heute einen mündlichen Bericht des Wirtschaftsministers haben will, erhebe jetzt die Hand. - Dann haben wir das so beschlossen. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Minister Austermann, bitten, den Bericht zu erteilen.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke für den Antrag, weil er uns die Gelegenheit gibt, über die **Ausbildungssituation** zu berichten. Die Situation ist relativ entspannt. Wir haben zwar keine Gründe zu Freudentaumel und Jubelgesängen, aber es reicht immerhin wieder dafür, zu sagen: Pluspunkt für die Regierung, gute Situation.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Institut für Arbeit bescheinigt **Schleswig-Holstein** im September einen **Anstieg**, und zwar den höchsten von allen Bundesländern, bei den gemeldeten **Stellen**, nämlich 2,7 %. Damit sind wir mit Bayern, das 0,5 % zugelegt hat, das einzige westdeutsche Bundesland, das hier einen Zuwachs verzeichnen konnte. Ich finde das sehr erfreulich.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Auch die Zahl der neu abgeschlossenen **Ausbildungsverträge** entwickelt sich bislang positiv. Kammern, Handwerk, Industrie, Handel, freie Berufe, Landwirtschaft und öffentlicher Dienst melden einen erfreulichen Zuwachs der Neuverträge von 4,7 % oder von 907 auf 2.145 Verträge. Das ist der beste Wert seit sieben Jahren. Wir hatten in den

90er-Jahren eine andere Entwicklung, dann ging es lange herunter, jetzt geht es seit einiger Zeit wieder nach oben. Es sind also 4,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Endgültige Zahlen werden Mitte Dezember vorgelegt.

Etwas getrübt wird die Statistik dadurch, dass wir einen deutlich stärkeren **Zuwachs bei den Bewerbungen** haben. Wir haben also besonders viele junge Leute. Das hängt möglicherweise auch mit der Zahl der Abiturienten zusammen, die auf den Lehrstellenmarkt drängen, weil sie wenig Möglichkeit haben, ein Studium zu beginnen. Der Bewerberzuwachs ist damit dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Damit ist auch das Ergebnis Ende September bei den unversorgten Jugendlichen höher als erwartet. Es ist von 865 auf 1.061, also um rund 195 Plätze angestiegen. Insgesamt sind wir jedoch in einer sehr guten Situation. Das liegt am Aktionsprogramm „Ausbildung“, mit dem zum Beispiel Ausbildungsplatzakquisiteure benachteiligte Jugendliche, Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders unterstützen und sie besonders an Lehrstellen heranbringen. Vor allem aber sorgt der wirtschaftliche Aufschwung auch auf dem Ausbildungsmarkt für einen kräftigen Rückenwind. In vielen Bereichen ist unser Land auf Augenhöhe mit Bayern und Baden-Württemberg. Das gilt insbesondere für die Zunahme der Arbeitsplätze. Ich habe vorhin bereits den **Rückgang der Arbeitslosigkeit** mit über 7 % genannt. Bei den **jugendlichen Arbeitslosen** gab es sogar einen überproportionalen Rückgang um 20,8 %. So bestätigt sich die alte Weisheit, das beste Ausbildungsprogramm ist eine gute Konjunktur.

Hinter diesen guten Zahlen stehen aber immer auch engagierte Menschen. Bei diesen möchten wir uns, glaube ich, alle einvernehmlich bedanken. Unternehmerinnen und Unternehmer, die sogar vermehrt ausbilden, müssen sich um die Fachkräfte von morgen keine Sorgen machen. Sie erfüllen mit der Integration von Jugendlichen eine enorme gesellschaftliche Aufgabe.

Hier ist heute mehrfach darüber gesprochen worden, welche Aufgaben Familien haben und in welcher Situation viele junge Leute sind. Ich denke, die wichtigste Voraussetzung ist immer die einer guten Ausbildung, der Möglichkeit, in eigener Verantwortung das eigene Leben zu gestalten. Dann kommt man auch nicht auf dumme Gedanken.

Was die **Nachvermittlungsaktion**, nach der gefragt worden ist, betrifft, so kann ich Ihnen heute nur einen Zwischenstand geben. Die Bundesagentur wird diese Bilanz erst Mitte Dezember veröffentlichen. Aber ein paar Zahlen sollte ich Ihnen viel-



(Minister Dietrich Austermann)

leicht schon nennen. Im Laufe des Oktober fanden an neun Agenturstandorten zentrale Nachvermittlungstermine statt, zu denen 874 unversorgte Jugendliche eingeladen worden sind. Jetzt kommt ein Punkt, auf den man, glaube ich, auch gelegentlich hinweisen muss. 874 sind eingeladen worden; 600 sind gekommen. Das heißt, 274 sind nicht gekommen und haben nicht die Chance für ein individuelles Beratungsgespräch mit den Kammer- oder Agenturmitarbeitern genutzt. Das sind also nicht einmal 70 %, die sich beteiligt haben. Aber allen, die zu diesen Terminen erschienen sind, wurde ein konkretes Angebot für einen Ausbildungsplatz oder für eine Einstiegsqualifizierung gemacht.

Wenn Jugendliche noch nicht ausbildungsreif sind oder sich partout nicht entscheiden können, kommen auch **berufsvorbereitende Maßnahmen** infrage. Die Nachvermittlungskaktionen laufen zurzeit weiter auf Hochtouren. In den nächsten Wochen und Monaten werden Kammern und Agenturen für Arbeit gezielt nachhaken, ob es zu einem Vertragsabschluss gekommen ist oder nicht. Falls nicht, werden die Agenturen und Kammern nach weiteren Alternativen für die Jugendlichen suchen. Auch diejenigen, die der Nachvermittlung ohne triftigen Grund ferngeblieben sind, werden nicht fallengelassen. Auch sie können selbstverständlich alle Angebote in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren, es ist immer noch viel Bewegung auf dem Ausbildungsmarkt. Noch immer entscheiden sich viele Betriebe spontan, doch noch auszubilden. Ich bin daher optimistisch, dass wir zum Jahresende bei der Zahl der Ausbildungsverträge noch zulegen können und dass wir das zentrale Ziel, das wir uns im **Bündnis für Ausbildung** gesetzt haben, erreichen. Das lautet, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, wir haben heute miteinander eine gute Zwischenbilanz festzustellen.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die spürbar bessere Stimmung in der Wirtschaft und die über dem Bundestrend liegende Wachstumsrate in Schleswig-Holstein schlagen sich mittlerweile zum

Glück auch auf dem Arbeitsmarkt in unserem Land nieder. Wir haben die Zahlen heute Morgen gehört: Die **Zahl der Arbeitslosen** ist um 24.000 zurückgegangen; über 11.000 neue sozialversicherungspflichtige **Beschäftigungsverhältnisse** sind entstanden. Das sind gute Signale für die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir als CDU-Fraktion werden diesen Kurs weiterhin kraftvoll unterstützen.

Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen dabei die jungen Menschen, denen ein guter Start in das Berufsleben ermöglicht werden muss. Auch hier bringt die bessere Lage in der Wirtschaft den jungen Menschen erkennbare Perspektiven: So ist die **Jugendarbeitslosigkeit** mit einem Minus von mehr als 22 % deutlich überproportional zurückgegangen.

Auch auf dem Ausbildungsmarkt ist der Trend grundsätzlich positiv. Bis Ende September waren bei den Agenturen für Arbeit 391 **Ausbildungsplätze** mehr als im Vorjahr gemeldet. Das ist ein Anstieg um 2,7 %, eine Zahl, mit der Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Diese Zunahme der gemeldeten Ausbildungsplätze ist ein großes Verdienst unserer **mittelständischen Unternehmen**, die damit erneut ihre Verantwortungsbereitschaft für die jungen Schulabgänger unterstrichen haben. Ein Mehr an Ausbildungsplätzen - darauf hat der Wirtschaftsminister hingewiesen - ist allerdings auch erforderlich; denn die Zahl der gemeldeten Bewerber in Schleswig-Holstein ist deutlich angestiegen. Hier zeigt sich, dass wir weiterhin alle Kräfte bündeln müssen, um zusätzliche **Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten** für die Jugendlichen anzubieten.

Sieht man sich die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen **Ausbildungsverträge** an, so waren es Ende Oktober 20.145 in allen Branchen in Schleswig-Holstein. Dies bedeutet ein Plus von 4,7 %. Auch dies ist eine Zahl, die über dem Bundesdurchschnitt liegt und mit der wir uns im Spitzenfeld aller Bundesländer bewegen.

Neben der besseren Stimmung in der Wirtschaft haben auch die vielfältigen Initiativen der Landesregierung dazu beigetragen, für etwas Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt zu sorgen. Insbesondere das Aktionsprogramm „Ausbildung“ und die vom Wirtschaftsministerium geförderten Ausbildungsplatzakquisiteure - auch hier geht es wieder, Herr Ministerpräsident, um Akquisition; norddeutsch könnte man sagen: „anhalten tut kriegen“ dazu - bei

(Johannes Callsen)

den Kammern und anderen Trägern haben hierzu einen hervorragenden Beitrag geleistet.

Unser besonderes Augenmerk - das haben wir in den vergangenen Debatten, glaube ich, immer wieder deutlich gemacht - gilt den bisher unvermittelten Bewerbern. Ende September waren es landesweit 1.061 Jugendliche. Ich bedanke mich an dieser Stelle insbesondere bei der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern für die Durchführung der Nachvermittlungsaktionen, bei denen auch diesen Jugendlichen noch Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten aufgezeigt wurden beziehungsweise werden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

In zahlreichen Einzelgesprächen wurden die Jugendlichen beraten beziehungsweise ihnen konkrete Ausbildungsplatzangebote gemacht. Auch das Ergebnis der Nachvermittlungsaktion kann sich durchaus sehen lassen, wenngleich eine abschließende Statistik noch nicht vorliegt.

Nach Aussage der Kammern konnte allen erschienenen Bewerbern - das ist in der Tat der Punkt: wer sich ernsthaft um einen Ausbildungsplatz bemüht, muss solche Angebote auch konkret annehmen und sich darum kümmern - nach individueller Beratung ein Qualifizierungsangebot gemacht werden. Die endgültige Bilanz wird erst Ende des Jahres vorliegen. Wir werden dann sicher im Wirtschaftsausschuss - ich schlage vor, im Januar, wenn die Bilanz vorliegt - im Detail darüber reden.

Unter dem Strich sind es insbesondere zwei Faktoren, die für die vergleichsweise gute Situation am Ausbildungsmarkt in Schleswig-Holstein verantwortlich sind: zum einen die verbesserte wirtschaftliche Situation der Unternehmen, zum anderen aber auch das gemeinsame und schlagkräftige Vorgehen von Wirtschaftsministerium, Agentur für Arbeit und Kammern. Hierfür möchte ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Callsen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Frau Abgeordnete Anette Langner.

**Anette Langner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke dem Minister für seinen Bericht, umso mehr, da er diesmal der Überbringer guter Nachrichten ist. Der Kollege Callsen hat bereits darauf hingewiesen: Allen **Jugendlichen**, die sich bisher im Rahmen der **Nachvermittlungsaktion** gemeldet haben, konnte ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot gemacht werden. Dabei hat sich das Instrument der **Einstiegsqualifizierung** als wichtige Brücke in Ausbildung oder Arbeit erwiesen. 60 % der Jugendlichen in dieser Maßnahme sind auf den allgemeinen Ausbildungsmarkt vermittelt worden.

Das **Bündnis für Ausbildung** in Schleswig-Holstein ist und bleibt ein Erfolgsmodell; das muss man hier noch einmal feststellen, vor allem angesichts der Kritik, die gestern diesbezüglich vorgebracht worden ist.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD sowie des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist nur möglich, weil in Schleswig-Holstein viele Akteure vernetzt an einem Strang ziehen. Viele lokale Initiativen, Patenschaften und regionale Bündnisse tragen zum Erfolg bei. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch für die SPD-Fraktion allen Akteuren im Bündnis für Ausbildung, allen lokalen und zum Teil auch privaten Initiativen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, zu danken.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben im Juni von dieser Stelle aus an alle Unternehmen im Land appelliert, für die Nachvermittlungsaktion noch **zusätzliche Ausbildungsplätze** bereitzustellen. Im Ergebnis ist es gelungen, im Bereich der IHK eine Steigerung der Ausbildungsverträge um 6,42 % zu erreichen. Auch die Betriebe im Bereich der Handwerkskammern konnten deutlich an Ausbildungsplätzen zulegen. Das ist ein überzeugendes Ergebnis und macht deutlich, dass die Wirtschaft in Schleswig-Holstein in Verantwortung für die betriebliche Ausbildung steht.

Ich möchte an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass die SPD-Fraktion zusammen mit ihrem Koalitionspartner in den Haushaltsberatungen den Antrag eingebracht haben, in der Landesverwaltung in 2007 und 2008 jeweils acht zusätzliche Ausbildungsstellen für Kaufleute für Bürokommunikation zu schaffen. Das wäre trotz der schwierigen Haushaltssituation des Landes ein zwar kleiner Beitrag,

(Anette Langner)

aber ein wichtiges Signal an die Wirtschaft, dass auch unser Land als größter Arbeitgeber in Schleswig-Holstein sich in Verantwortung für mehr Ausbildungschancen für junge Menschen sieht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Landtagsverwaltung ist da schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Ich hoffe, dass die CDU-Fraktion, die nicht so zahlreich vertreten ist, diesen Antrag unterstützen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Jürgen Feddersen [CDU]: Was?)

Aber bei allem Grund zur Freude gibt es natürlich auch heute Anlass, Wasser in den Wein zu gießen. Nach wie vor haben vor allem **Jugendliche** mit Hauptschulabschluss, schlechten schulischen Leistungen oder keinem Schulabschluss kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Der Umweg über **berufsvorbereitende Maßnahmen** endet oft in langen Maßnahmekarrieren, ohne dass die Jugendlichen eine erfolgreiche Ausbildung abschließen können.

Die **Arbeitslosenquote** bei **jungen Menschen** unter 25 Jahren ist in Schleswig-Holstein zwar deutlich zurückgegangen, jedoch ist sie mit 11 % höher als die Arbeitslosenquote insgesamt. Um Herrn Goecke, den Leiter der Regionaldirektion Nord, zu zitieren: Dieser Wert ist inakzeptabel. Nach einer aktuellen Online-Unternehmensbefragung stellt mangelnde Ausbildungsreife von Bewerberinnen und Bewerbern das größte **Ausbildungshemmnis** dar. Die Folge sei, dass 12 % der Ausbildungsbetriebe im IHK-Bereich mangels geeigneter Bewerber ihre Ausbildungsplätze nicht oder nicht vollständig besetzen können. Auch im Handwerk verstetigt sich der Trend, dass die geeigneten Bewerber immer häufiger fehlen. Gleichzeitig haben wir jetzt schon in vielen Bereichen einen Fachkräftemangel. Schon lange besteht bei allen Akteuren Konsens darüber, dass viele Probleme bei der Vermittlung in Ausbildung ihre Wurzeln in der **Schule** haben.

Jugendliche und Ausbildungsbetriebe müssen frühzeitig mit realistischen Erwartungen aufeinander zu gehen. Deshalb begrüße ich es ganz besonders, dass das Bildungs- und das Arbeitsministerium gemeinsam das Handlungskonzept „**Schule und Arbeitswelt**“ bis 2013 mit einem Projektvolumen von rund 58 Millionen € auf den Weg gebracht haben. Ich tue dies nicht nur, weil ich als Mitglied einer regierungstragenden Fraktion quasi zum Lob verpflichtet bin.

Konkrete präventive Maßnahmen, um **Ausbildungs- und Berufsreife** zu verbessern und um damit auch die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, müssen bereits lange vor der Schulentlassung ansetzen. Schülerinnen und Schüler, deren schulische Entwicklung von Misserfolgserfahrungen geprägt ist, brauchen besonders intensive Unterstützung. Früheres Ansetzen, das Nutzen neuer Instrumente und eine individuell abgestimmte Förderung für Jugendliche und Unternehmen bilden zusammen den richtigen Weg, denn neben dem erfolgreichen Bündnis für Ausbildung muss es weiterhin unser Ziel sein, die Jugendarbeitslosigkeit spürbar zu senken, um gerade jungen Menschen in Schleswig-Holstein Perspektiven zu geben.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Langner. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wegen der guten konjunkturellen Entwicklung entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Kollegin und der Kollege haben das schon geschildert. Mehr Menschen finden Arbeit und mehr junge Menschen beginnen zum Glück eine Ausbildung. Ende September waren bereits fast 19.300 Verträge geschlossen. Das sind 4 % mehr als im letzten Jahr. Zu diesem Erfolg haben mit Sicherheit auch die beigetragen, die sich im **Bündnis für Ausbildung** eingesetzt haben. Ich danke deshalb im Namen der FDP-Fraktion allen Beteiligten für ihre Anstrengungen. Ganz besonders danke ich den ausbildenden Betrieben.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

In unserer Gesellschaft wird nicht nur der materielle Wohlstand durch den Erfolg in der Erwerbsarbeit bestimmt, sondern auch das Selbstwertgefühl und die Anerkennung durch andere. Eine solide **Berufsausbildung** ist für die meisten Menschen einer der entscheidenden Schritte auf dem Weg in ein erfolgreiches Berufsleben. Es lohnt sich deshalb, ausbildungswillige junge Menschen und ausbildungswillige Betriebe zusammenzubringen, die sich von allein noch nicht gefunden haben. So bekommen noch mehr junge Menschen eine Chance auf einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.

(Dr. Heiner Garg)

Ende September hatten nach heutigem Stand 1.061 **Bewerberinnen und Bewerber** noch keinen Ausbildungsvertrag in der Tasche. Für sie waren allein bei der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit etwa 500 **offene Stelle** gemeldet. Nach den heutigen Telefonaten mit der Regionalstelle Nord der Bundesagentur kann man sagen, dass sich die Zahl der Bewerber ungefähr halbiert hat. Das ist ein ganz großartiger Erfolg. Herr Wirtschaftsminister, das ist völlig unabhängig davon ein großer Erfolg, ob Sie Fleiß- oder Lobpunkte von der FDP-Fraktion abfordern. Das ist ein großartiger Erfolg für die jungen Menschen, die in Ausbildung gekommen sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Damit können wir sagen: Das Ziel, möglichst allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten, ist weitgehend erreicht. Ich schließe mich der Bewertung meiner beiden Vorredner an. Das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Herr Kollege Hentschel, Sie haben gestern gesagt, Sie halten das Bündnis für Ausbildung für gescheitert, denn es würde nicht mit der wachsenden Zahl von jungen Menschen fertig, die jahrein, jahraus keinen Ausbildungsplatz finden. Kollege Hentschel, bei aller Wertschätzung: Ich halte diese Bewertung für falsch.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist aus unserer Sicht nicht Aufgabe des Bündnisses für Ausbildung, **Qualifikationsmängel** abzubauen. Dafür wäre es gar nicht geeignet. Das Bündnis für Ausbildung soll helfen, noch mehr ausreichend qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern zu einem Ausbildungsvertrag zu verhelfen. Das funktioniert gut.

Die Frage der steigenden Zahl junger Menschen, die auf dem Ausbildungsmarkt offensichtlich keine Chance haben, müssen wir anders angehen. Kollege Hentschel, hier haben Sie völlig recht. Das müssen wir ganz dringend anders angehen. Über eine Möglichkeit haben wir zumindest debattiert. Frau Kollegin Langner, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie dies mit aufgenommen haben: Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass viele der jungen Menschen, die noch nicht vermittelbar sind, einfach noch zu wenig wissen oder können. Man kann es den ausbildungswilligen Betrieben nicht verdenken, dass sie lieber besser qualifizierte Bewerberinnen oder Bewerber auswählen. Daran wird das Bündnis

für Ausbildung nichts ändern. Im Rahmen des Bündnisses für Ausbildung können aber ausbildungswillige Bewerberinnen und Bewerber, deren Qualifikation für eine Berufsausbildung noch nicht ausreicht, Möglichkeiten finden, sich weiterzubilden.

Heute geht es um die Wirksamkeit des Bündnisses für Ausbildung. Es wurde geschaffen, um das Matching auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Diesen Zweck erfüllt das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Lieber Kollege Callsen, ich freue mich auf die Abschlussbilanz, die wir im Januar im Wirtschaftsausschuss ziehen können. Das wäre der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, denn dann liegen die Zahlen abschließend vor. Ich habe auch kein Problem, ausnahmsweise den großartigen Wirtschaftsminister zu loben.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Garg. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Im Bündnis für Ausbildung, das es seit 1997 in Schleswig-Holstein gibt, wird die jährliche **Nachvermittlungsaktion** jeweils mit vereinbart. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und die Agenturen für Arbeit sind im Nachvermittlungsverfahren federführend. Allen am 30. September unvermittelten Jugendlichen wird eine individuelle Nachvermittlung in ein Ausbildungsverhältnis angeboten. Die Berufswünsche der Bewerber, ihre individuellen Fähigkeiten und die Ergebnisse der Auswahltests werden bei der Erstellung des Angebots einbezogen. Die persönlich eingeladenen und noch nicht vermittelten Bewerber sind gehalten, dieser Einladung auch Folge zu leisten. Sie müssen einen ausreichenden **Vermittlungswillen** erkennen lassen, ansonsten fallen sie im Nachvermittlungsverfahren aus dem Kreis der Bewerber heraus.

Eine Zwischenbilanz der Nachvermittlung wird zum Stichtag 31.12.2006 gezogen. Das heißt, eine echte Zwischenbilanz kann heute im Landtag noch nicht berichtet werden. Das sollten auch die Antragsteller wissen. In der Begründung wird auf das Plus an **Ausbildungsverträgen** verwiesen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Ausbildungs-

(Detlef Matthiessen)

stellen in der Vergangenheit um 5.000 zurückgegangen sind und dass wir jetzt ein Plus von einigen Hundert zu verzeichnen haben. Natürlich kann das Land im Bundesvergleich auf seine gute Bilanz im Nachvermittlungsverfahren seit langem und auch dieses Mal zu Recht stolz sein. Hier sind wir seit langem führend. Mein Kollege Hentschel hat es gestern ausgeführt: Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass dies nicht zur Bewältigung des Ausbildungsproblems reicht, das wir tatsächlich haben.

Die Zahl der am 31. August 2006 noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber wird mit 1.061 angegeben. Das ist so der Statistik zu entnehmen. Mein Kollege Hentschel hat am Mittwoch von einer deutlich höheren Zahl von Jugendlichen berichtet, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Das sind keine Horrorzahlen von uns Grünen, um das irgendwie schlechtzureden. Wir beziehen uns vielmehr auf die aktuellen Zahlen und Daten des **DGB Nord**, der ein Mitglied im Bündnis für Ausbildung ist. Der DGB Nord geht dabei in Schleswig-Holstein einschließlich der Warteschleifenrückkehrern von 33.000 tatsächlichen **Bewerbern** aus, woraus sich in Schleswig-Holstein eine **Ausbildungsplatzlücke** von circa 14.000 Plätzen ergibt. Momentan sind circa 53 % aller Bewerber aus den Vorjahren. Nur 47 % der Bewerber kommen aus dem aktuellen Schulabgangsjahr.

Das ist die wirkliche Problemlage. Wir sind über jeden Nachvermittlungserfolg froh, der einem Jugendlichen oder einer Jugendlichen doch noch den erhofften Ausbildungsplatz bringt. Wir können dabei aber nicht stehen bleiben. Wir brauchen bei den **Methoden der Vermittlung** in die berufliche Ausbildung noch stärkere Anstrengungen. In der Koordinierungsstelle für Ausbildung der Arbeitsstiftung in Hamburg konnte die Quote derjenigen Jugendlichen, die im Anschluss an eine allgemeinbildende Schule - überwiegend Hauptschulen - eine ungeforderte betriebliche Ausbildung aufnehmen, mehr als verdoppelt werden.

Dabei spielt auch eine Rolle, dass der Erfolg von **Eignungsprüfungen** bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund oft an Sprachbarrieren scheitert. Diese stellen sich dann oftmals nach individueller Nachvermittlung, also jenseits dieser Prüfungen, als ganz hervorragend im Beruf heraus. Wir brauchen auch - das hatten wir gestern diskutiert - eine rein schulische Ausbildung für diejenigen, die nicht anders im Beruf Fuß fassen können oder für Ausbildungsfelder, die sich so in der Wirtschaft nicht finden, für die aber ein Bedarf besteht. Da wir darüber gestern ausführlich diskutiert haben, möchte ich

darauf nicht weiter eingehen, wir werden uns damit im Ausschuss auch noch einmal näher befassen.

Ich danke für den Bericht, Herr Minister, und hoffe, dass wir noch zu weiteren Erfolgen kommen werden, wenn die Bilanz am Ende des Jahres gezogen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für den SSW im Landtag hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt ja: Das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein arbeitet seit Jahren recht erfolgreich. In gemeinsamer Anstrengung von Land, Unternehmen, Arbeitsagentur und Gewerkschaften ist es auch in diesem Jahr wieder gelungen, die Zahl der **Ausbildungsverträge** zu erhöhen. Bis zum Stichtag, dem 31. August 2006, sind in Schleswig-Holstein mit 14.000 Ausbildungsverträgen 4 % mehr als im Vorjahr abgeschlossen worden. Das ist auch im Bundesvergleich eine Spitzenleistung.

Dennoch hat auch der DGB recht, wenn er sagt, dass es immer mehr junge Menschen gibt, die ohne Ausbildung dastehen. Konkret dreht es sich für Schleswig-Holstein um über 1.000 Bewerberinnen und Bewerber, wobei die **Dunkelziffer** derjenigen, die sich nicht offiziell angemeldet haben, sicherlich noch viel höher liegt. Diese Diskrepanz zwischen Anstieg der Ausbildungsverträge bei gleichzeitigem Anstieg der Jugendlichen ohne Ausbildung ist durch die geburtenstarken Jahrgänge zu erklären, mit denen wir es heute und noch einige Jahre länger zu tun haben werden.

Nun geht es natürlich darum, die überschüssigen Bewerberinnen und Bewerber so gut wie möglich unterzubringen. Deshalb müssen alle gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam die **Nachvermittlungsaktion** des Bündnisses für Arbeit unterstützen. Ich bin sicher, dass wir auch in diesem Jahr durch die Nachvermittlung vielen dieser Jugendlichen zu einem Ausbildungsvertrag verhelfen können. Allerdings zeigt die Erfahrung auch, dass nicht alle Jugendlichen von dieser Nachvermittlungsaktion profitieren werden.

Für den nördlichen Landesteil möchte ich den Verantwortlichen vor Ort empfehlen, sich auch noch einmal Richtung **Dänemark** zu orientieren. Der SSW-Arbeitskreis „Regionalpolitik“ hat vor eini-

(Anke Spoorendonk)

gen Tagen ein Gespräch mit dem Ausbildungsverantwortlichen von Danfoss in Nordborg geführt. Er erzählte uns, dass seine Unternehmensgruppe händeringend nach Auszubildenden sucht. Dabei ist man gern bereit, auch deutsche Auszubildende anzunehmen. Natürlich ist die dänische Sprache eine Voraussetzung, die man allerdings auch nachträglich lernen kann - ist mir gesagt worden -,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

und Danfoss bietet auch entsprechende Kurse an.

Ein anderes Problem scheint in dieser Hinsicht die Entfernung von 60 bis 70 km von der Grenze zu sein. Für viele Jugendliche und deren Eltern ist dieser Abstand von zu Hause zu groß. Das ist mir so gesagt worden. Auch hier hat Danfoss eine Lösung parat, denn das Unternehmen hat ein Lehrlingswohnheim, in dem man während der Ausbildungszeit wohnen kann. Ich füge dieses konkrete Beispiel hinzu, denn ich denke, dass das für junge Menschen in der Grenzregion eine echte Chance bietet.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich denke, das Wirtschaftsministerium sollte diese Idee vielleicht auch noch einmal aufgreifen.

Allerdings - auch das muss gesagt werden - kann Dänemark nicht die Ausbildungsprobleme der schleswig-holsteinischen Jugendlichen lösen. So sehr wir aktuell die Nachvermittlungaktion begrüßen, so müssen wir doch auch kritisieren, dass das **duale Ausbildungssystem** weiterhin zu unflexibel ist, um alle jungen Menschen, die eine Ausbildung wollen, auch aufzufangen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir gestern bereits bei der Erneuerung des Berufsausbildungsgesetzes diskutiert. Wir bleiben bei unserer Meinung: Wir sollten auch in Schleswig-Holstein daran arbeiten, die Spielräume des **Berufsbildungsgesetzes** zu nutzen, um eine **vollzeitschulische Ausbildung** für diejenigen anbieten zu können, die keine Ausbildung begonnen oder die eine Ausbildung abgebrochen haben.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ohne dieses Auffangsystem werden wir auch weiterhin viel zu viele Jugendliche verlieren, bevor sie überhaupt ins Berufsleben eingestiegen sind.

Ich fasse also zusammen: Auch aus Sicht des SSW ist das **Bündnis für Ausbildung** ein Erfolg. Wir müssen uns aber verstärkt darüber Gedanken machen, wie wir dieses alles verstetigen können. Im Grunde kann es nicht angehen, dass wir Jahr für Jahr Aufrufe machen müssen, dass wir Jahr für Jahr nachvermitteln müssen. Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Quadratur des Kreises hinbekommen, also die Wirtschaft insgesamt dazu zu motivieren, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, Jugendliche, die gern vermittelt werden möchten, dann auch für einen Ausbildungsplatz fit zu machen und diejenigen, die noch nachqualifiziert werden müssen, auch aufzufangen. Das ist eine Aufgabe und erst wenn es uns gelingt, diese Aufgabe zu bewältigen, denke ich, ist die Zukunftsfähigkeit unseres Berufsbildungssystems gewährleistet.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Spoorendonk. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist, kann man immer stellen. Wenn ich sage, dass das Bündnis für Ausbildung erfolgreich gewesen ist, müsste man daraus schließen, dass das Bündnis für Ausbildung in seiner Laufzeit von 1997 bis heute dafür gesorgt hat, dass es mehr **Ausbildungsplätze** gibt, richtig? - Tatsächlich ist es so, dass wir 1997 in Schleswig-Holstein 21.000 Ausbildungsplätze neu vergeben haben. Diese Zahl ist aber Jahr für Jahr zurückgegangen. Dieses Jahr haben wir noch 14.666 Ausbildungsplätze. Das heißt: In der Zeit des Bündnisses für Ausbildung ist ein Drittel aller Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein verloren gegangen. In diesem Jahr haben wir zum ersten Mal in den acht Jahren einen Zuwachs um etwa 350 Ausbildungsplätze, das ist richtig.

(Zurufe)

Wir haben aber in diesem Jahr auch eine stark anwachsende Konjunktur und selbst in diesem Jahr konnte der **Anstieg der Zahl der Ausbildungsplätze** nicht mit dem entsprechenden Wachstum der Konjunktur Schritt halten. Es herrscht also weiterhin die Situation, dass der Anteil der Ausbildungsplätze zurückgeht. Das ist das Problem, das wir haben. Wir haben mittlerweile nach Auskunft

**(Karl-Martin Hentschel)**

des DGB eine Bugwelle von 18.000 jugendlichen Auszubildenden in **Maßnahmen**, die also nicht versorgt sind. Man kann über die Zahl streiten, aber dass die Zahl sehr hoch ist und dass wir mittlerweile mehr **Jugendliche** in Maßnahmen als neu zu vergebende Ausbildungsplätze haben, dürfte unbestritten sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In dieser Situation zu sagen, wir haben einen großen Erfolg gehabt, bedeutet, dass man den Tausenden von Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, jetzt praktisch persönlich die Schuld zuschiebt und sagt, sie seien alle unfähig.

(Zurufe)

Ich glaube, dass wir - egal, welche Statistik man verwendet - über 10.000 Jugendliche haben, die nicht versorgt sind, zeigt, wir haben ein riesen-großes Problem mit der Ausbildung unserer Jugend. Wenn wir diese Jugendlichen nicht in Ausbildung vermitteln bekommen, wird das Auswirkungen für die nächsten Jahre haben. Diesem Problem müssen wir uns stellen. wir dürfen uns nicht feiern lassen und so tun, als sei die Welt in Ordnung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Bernd Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Redner - gestern und heute - haben hier zum Ausdruck gebracht, dass wir eine Verantwortung für diejenigen jungen Menschen haben, die bisher nicht in **Ausbildung und Qualifizierung** gekommen sind - aus den verschiedensten, auch hier genannten Gründen. Es ist gesagt worden, dass wir die große Verantwortung haben, Wege und Möglichkeiten zu finden, diese jungen Menschen in Ausbildung oder Qualifizierung zu bringen und ihnen eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Darüber wollen wir im Ausschuss reden. Wir wollen uns darüber verständigen, welches die beste Möglichkeit ist, das zu erreichen.

Herr Kollege Hentschel, was Sie gesagt haben, muss aber doch ein Schlag ins Gesicht derjenigen in Schleswig-Holstein sein, die sich im **Bündnis für Ausbildung** in den vergangenen Jahren - auch

in diesem Jahr - in hervorragender Weise eingebracht haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe auch geworben! Ich bin auch zu Betrieben gegangen!)

- Herr Hentschel, man muss sehr vorsichtig sein mit seiner Wortwahl, weil das auch von dieser Stelle besondere Bedeutung hat. Wir haben Appelle an die **Unternehmen** gerichtet. Dass auch Sie, ebenso wie viele andere, das gemacht haben, nehme ich Ihnen gern ab und das weiß ich auch. Wir haben es mit den verschiedensten Maßnahmen und Anstrengungen auch in diesem Jahr wieder geschafft, einen Großteil der Jugendlichen zu vermitteln - mit dem Ergebnis eines Spitzenplatzes im bundesweiten Vergleich.

Wir haben es mit den verschiedensten Maßnahmen und Anstrengungen geschafft, einen Großteil der Jugendlichen auch in diesem Jahr wieder zu vermitteln - mit einem Spitzenplatz bundesweit. Dann ist es bei allen Problemen, die wir noch lösen müssen und denen wir uns stellen müssen, nicht in Ordnung, sich hinzustellen und zu sagen: Das Bündnis für Ausbildung ist gescheitert.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Ich möchte einmal wissen, wenn es diese Anstrengungen des Bündnisses und der Beteiligten in diesem Land nicht gegeben hätte, wo wir stünden. Wir stünden nicht an der Spitze einer trotzdem schwierigen Situation. Wir hätten auf dem Ausbildungsmarkt eine katastrophale Lage. Wir stünden auf dem letzten Platz. Wir wären unserer Verpflichtung, den jungen Menschen Perspektive und Zukunftschancen zu bieten, in grob fahrlässiger, in vorsätzlicher Weise nicht nachgekommen. Deshalb können wir nur auf diesem Weg weitergehen, die Anstrengungen fortsetzen, den nicht Vermittelten Wege aufzeigen. Wir sollten die Beteiligten im Bündnis durch solche Äußerungen nicht in eine missverständliche Situation und Lage bringen. Das haben sie nicht verdient.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort hat der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Dietrich Austermann.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann an den Beitrag des Kollegen Schröder anknüpfen. Das Gefährliche an der Argumentation,

(Minister Dietrich Austermann)

die aus Oppositionssicht heraus verständlich ist, ist, dass man alle diejenigen, die sich angestrengt haben, demotiviert. Man sagt nämlich: Dass ihr zusätzlich etwas getan habt, hat nichts gebracht; die Lage ist sowieso schlecht.

Ich will Ihnen einmal sagen, warum Ihre Zahlen nicht stimmen, Herr Hentschel. Die Zahl ist für sich genommen dann richtig, wenn ich nur diejenigen betrachte, die sich eine Lehrstelle über die Arbeitsagentur gesucht haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Versuchen Sie einmal, eine Statistik zu führen, die nicht nur die Ausbildungsverträge enthält, die über die Arbeitsagentur vermittelt worden sind, sondern auch diejenigen, die mit den Betrieben direkt geschlossen worden sind!

Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen. Wir haben in diesem Jahr grob 20.000, im letzten Jahr 20.000 und im vorletzten Jahr 20.000 gehabt. Bei drei Jahren sind das 60.000. Wir haben 786.000 Beschäftigte in Schleswig-Holstein. Wir haben also eine entsprechende Quote.

Wir haben etwa 33.000 **Schulabgänger**. Etwa ein Drittel geht ins Studium, etwa zwei Drittel gehen in die Lehre. Das heißt, wir decken nominal das ab, was nicht ins Studium geht. Deswegen kann sich die Lücke gar nicht ergeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine andere Situation ergibt sich, wenn man sieht, dass es tatsächlich eine große Zahl von **arbeitslosen Jugendlichen** gibt - aus unterschiedlichen Gründen. Einige sind noch nicht erreicht worden. Einige wollen auch nicht. Gucken Sie sich manchen Marktplatz an. Gucken Sie sich junge Leute dort an. Sie bekommen vielleicht nicht die genügende Unterstützung, sie werden nicht geschoben, sodass Sie wollen. Aber eine Zahl - selbst wenn ich alle Marktplätze in Schleswig-Holstein zusammennehme - die etwa die Größenordnung erreicht, die Sie hier genannt haben, ist völlig absurd. Die Zahl ist deutlich niedriger, als Sie gesagt haben.

Ich bitte Sie, sich - auch wenn man den Zahlen in unseren Statistiken nicht glaubt - wenigstens auf die Zahlen zu beziehen, die die Kammern veröffentlichen. Die **Kammern** haben zusammengetragen, wer alles ausgebildet hat. Das sind in diesem Jahr 20.000 neue Ausbildungsverträge gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gibt es den einen oder anderen, der hinausgeht und sagt: Der Lehrvertrag hat mir nicht ge-

fallen, der Lehrherr oder die Lehrfrau hat mir nicht gefallen. Aber in der Summe heißt es: Das vorhandene Potenzial wird ausgeschöpft. Wir zeigen qualifizierte Angebote. Wir sind allen denjenigen, die dazu beigetragen haben, dankbar. Bitte lassen Sie das mit den Horrorzahlen. Das hilft Ihnen nicht und das hilft den jungen Leuten auch nicht.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/1057 (neu) durch die Berichterstattung erledigt ist. Ich empfehle, den mündlichen Bericht zur abschließenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so passiert.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

**Migrationssozialberatung bedarfsgerecht gestalten**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1073

Ich erteile dem Innenminister, Herrn Dr. Ralf Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Innenminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vor um und bei zwei Wochen war ich anlässlich des ersten Zwischenberichts der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Frau Böhmer, über den nationalen Integrationsplan im Bundeskanzleramt. Dieser Austausch unter den für Integrationsfragen zuständigen Landesministern hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, den **Migrationsprozess** von Migrantinnen und Migranten aktiv zu begleiten - ein Weg übrigens, den Schleswig-Holstein mit dem Integrationskonzept 2002 und mit den Leitlinien, die ich im Frühjahr vorgelegt habe und die Gegenstand einer einstimmigen Entschließung des Bundesrates waren, längst eingeschlagen hat.

Dass dabei der **Migrationssozialberatung** eine wichtige Rolle zukommt, ist klar. Übrigens dokumentiert nicht zuletzt dieser Tagesordnungspunkt - aufgrund eines interfraktionellen Berichtsantrags - die Bedeutung dieser Angelegenheit.



**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Bedarfsgerecht hat für das Innenministerium zwei Seiten, nämlich qualitative und quantitative Bedarfsgerechtigkeit.

Zur Quantität gehört vor allen Dingen die Höhe der Haushaltsmittel. In den letzten Jahren hat sich das **Fördervolumen** der Migrationssozialberatung kontinuierlich nach oben entwickelt. 1999 ging es mit gut 0,5 Millionen € los. Seit 2003 beträgt das Fördervolumen gut 1,7 Millionen €. Nur 2005 gab es eine einmalige Erhöhung, um in besonders unterversorgten Regionen ein Angebot aufzubauen. Damals ging es übrigens darum, dass wir zu Dingen, die der Bund gemacht hat, zusätzliche Mittel hatten. Der damalige Finanzminister, den ich persönlich gut kenne, hat das dem Innenminister sozusagen nicht weggenommen, sondern gesagt: Nehmt das dafür und schreibt hinein, dass das eine einmalige Anschubfinanzierung ist. Alle wussten spätestens seit November dieses Jahres, dass das Fördervolumen 2006 wieder auf das übliche Maß, das schon höher war als früher, wieder heruntergefahren wurde.

Deutlich kommuniziert wurde dabei auch, dass es bei der **Landesförderung** nicht um den Erhalt historisch gewachsener Standorte und erst recht nicht primär um die Befriedigung reiner Trägerinteressen gehen kann. So sehr ich die Arbeit dort natürlich respektiere. Aber es muss darum gehen, den konkret betroffenen Menschen eine wohnortnahe, im ganzen Land und qualitativ hochwertige Beratung zu bieten, wobei Bundesförderung Vorrang vor Landesförderung hat.

Grundlage der Förderung 2006 war daher eine auf Basis der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel regionalisierte Bedarfsermittlung. Darauf aufbauend haben wir allen **Kreisen und kreisfreien Städten** Bewilligungen im bedarfsgerechten Umfang ausgesprochen. In neun der 15 Kreise und kreisfreien Städte haben wir alle Anträge so bewilligt, wie sie gestellt worden sind.

Über 63 **Vollzeitstellen** stehen auch nach der vorgenommenen Stellenreduzierung landesweit als migrationspezifisches Beratungsangebot zur Verfügung - praktisch flächendeckend. Das Land fördert hiervon fast 34 Vollzeitstellen. Von einem Kahlschlag, wie ich das in der Kritik gelegentlich gelesen habe, kann also wirklich mitnichten die Rede sein, übrigens erst recht nicht, wenn man das mit anderen Ländern vergleicht. So viel zur Quantität.

Aber auch qualitativ wird die Migrationssozialberatung optimiert. 2005 ist damit begonnen worden, die landesfinanzierte Migrationssozialberatung entsprechend der Intention des **Zuwanderungsge-**

**setzes** zu einer strukturierten Integrationsbegleitung auszubauen. Das Rahmenkonzept ist im Januar 2006 in Kraft getreten. Es beschreibt zwei Schwerpunkte, nämlich erstens die **Migrationsbegleitung** von Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt. Das Ziel ist eine strukturierte Integrationsbegleitung im Sinne eines Zuwanderungsintegrationsmanagements. Wir wollen die Migrantinnen und Migranten fit machen, ihr Leben eigenständig zu meistern und ihre Probleme selbst zu lösen. Zweitens geht es darum, die Beratung von Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt darzustellen für die Krisensituationen, die damit verbunden sind. Da geht es auch um die Entwicklung konkreter Rückkehrperspektiven rückkehrwilliger Migrantinnen und Migranten und einen darauf spezialisierten Beratungsdienst.

Manch einer von Ihnen kennt vielleicht noch - vielleicht Herr Geerds - das damals populäre Dr.-Sommer-Team einer bekannten Jugendzeitschrift,

(Heiterkeit)

bei der sich Jugendliche in jugendspezifischen Fragen Rat geholt haben. Doch irgendwann sind alle jugendspezifischen Probleme gelöst. Man holt sich nicht länger Rat von diesem Beraterteam. Insofern ist die Migrationssozialberatung ein Stück damit vergleichbar. Hier sollen Migrantinnen und Migranten in migrationspezifischen Fragestellungen Hilfe zur Selbsthilfe bekommen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nun weiß ich, woher Sie Ihre soziale Kompetenz haben!)

- Ein bisschen mehr Humor, Herr Kollege Garg! - Ich glaube, dass die Proteste im Zusammenhang mit den Stellenreduzierungen zeigen, dass die Träger die neue Aufgabenstellung noch nicht in allen Regionen verinnerlicht haben. Die Migrationssozialberatung ist kein landesfinanzierter Dolmetscherdienst. Das soll sie auch nicht sein. Migranten nach Jahren Aufenthalt immer noch Bescheide erklären zu wollen, ist nicht das Ziel. Vielmehr brauchen und haben wir eine quantitativ wie qualitativ bedarfsgerechte Migrationssozialberatung. Wir haben sehr engagierte Beraterinnen und Berater, die diese Arbeit leisten. Mit diesem Rahmenkonzept und der damit verbundenen Controllingaufgabe wollen wir sicherstellen, dass das, was wir fördern wollen, tatsächlich gefördert wird.

Sie sehen: Wir sind nicht nur mit den Instrumenten anwendungsorientiert, sondern wir gehen auch angemessen mit den Steuergeldern um. Insofern hoffe ich, dass wir nicht Scheindebatten führen, sondern wirklich über die Lage reden.

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Gerade wenn Sie Schleswig-Holstein mit den anderen Länder vergleichen, werden Sie immer wieder finden, dass wir im Umgang mit Migrantinnen und Migranten geradezu ein Vorposten progressiver Politik sind, und das werden wir auch bleiben, unabhängig von diesen Haushaltsfragen.

(Beifall bei SPD und SSW - Torsten Geerds  
[CDU]: Jetzt wissen wir, was Sie so lesen!)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Innenminister. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als antragstellende Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke der Landesregierung für ihren Bericht zur Migrationssozialberatung. Natürlich geht es ums Geld. Wer Migranten und Migrantinnen und Flüchtlinge schnell und erfolgreich integrieren will, muss die erforderlichen Mittel bereitstellen. Aber es geht noch um etwas anderes. Wieder einmal geht es um die schlichte Tatsache, dass wir ein Einwanderungsland sind und dass wir uns schwer damit tun, dieser Realität ins Auge zu blicken.

Das Konzept der Landesregierung stellt einen ausgeklügelten Verteilungsplan dar, nach dem mancherorts eine **Beratungsstelle** finanziell gestärkt, andernorts Kahlschlag betrieben wird. Dabei wird immer fein säuberlich unterschieden zwischen Menschen, die hierbleiben dürfen, und solchen, die gefälligst wieder verschwinden sollen. Im schönsten Verwaltungsdeutsch wird von „Integrationsbegleitung von Migranten mit Daueraufenthalt“ und „Beratung von Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt zur Bewältigung migrationsspezifischer Krisensituationen“ geredet.

Man muss nicht einmal Fachmann in der Sozialberatung von Ausländern sein, um sich vorstellen zu können, dass der „vorübergehende Aufenthalt“ in Deutschland in der Regel höchst unfreiwillig ist, was das „Vorübergehende“ betrifft. Fachleute sprechen von einer **Dunkelziffer** von bis zu 2 Millionen Menschen, die in Deutschland ohne Papiere leben. Alle diese Menschen würden gemäß einer Migrationssozialberatung, wie sie sich die schleswig-holsteinische Regierung denkt, von deren **Integrationsangebot** gar nicht erfasst. Sie dürften dort allenfalls mit „migrationsspezifischen Krisensituatio-

nen“ auflaufen. Aber ist es nicht das Spezifische an einer Migration, die nicht zur Einbürgerung führt, dass sie für die Betroffenen den Charakter einer permanenten Krisensituation hat?

Meine Gespräche mit den Fachleuten hatten ein ziemlich einheitliches Ergebnis: Der Bericht hat leider mit der Wirklichkeit wenig zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg  
[FDP])

In Wirklichkeit nehmen alle Arten von Migranten und Migrantinnen und Flüchtlingen die Beratungsstellen in Anspruch, unabhängig davon, ob sie hierbleiben dürfen oder nicht, unabhängig davon, ob sie schon drei, sechs oder noch mehr Jahre in Deutschland leben. Hinzu kommt, dass der Status häufig wechselt; denn viele dieser Menschen kämpfen lange um ein Aufenthaltsrecht in Deutschland, manche bauen sogar mit Erfolg eine Existenz auf und sind längst integriert, wenn sie endlich einen legalen Aufenthaltstatus bekommen. Andere resignieren.

Im Übrigen brauchen Migrantinnen und Migranten mit **Daueraufenthaltsrecht** im Durchschnitt wesentlich weniger staatliche Unterstützung als Menschen mit ungesichertem Status.

Ein **Konzept** für die Beratungsstellen sollte deshalb unbedingt ein Gesamtkonzept sein, das den unterschiedlichen Lagen der Betroffenen Rechnung trägt. Das willkürliche Hin- und Hershiften von Mitteln, die hier zur Entlassung erfahrener und akzeptierter Berater und Beraterinnen, denen ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wird, und an anderer Stelle sogar zur Einstellung von unerfahrenen Neuen führt, macht wirklich keinen Sinn.

Meine Fraktion fordert deshalb ein **gemeinsames und einheitliches Beratungsangebot**, in das die Mittel von Bund, Land, Kommunen und Dritten einfließen, das für alle Migranten und Migrantinnen und Flüchtlinge offen ist. Das würde dem neuen Status Deutschlands als Einwanderungsland wie auch den Anforderungen der Humanität gerecht werden. Denn wie heißt es im Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Komischerweise steht dort „Die Würde des Menschen“, wie schon Heinrich Böll bemerkte, nicht etwa „die Würde des Deutschen“ oder „die Würde des legal Aufenthaltsberechtigten“. Was mögen sich die Väter des Grundgesetzes nach den Erfahrungen der Vergangenheit dabei wohl gedacht haben?

Die grüne Fraktion hat aufgrund dieses Berichtes entschieden, den Haushaltsantrag zu stellen, die **Mittel** für die **Migrationssozialberatung** um

**(Karl-Martin Hentschel)**

900.000 € zu erhöhen. Ich würde mich freuen, wenn die Koalitionsfraktionen ihre Haushaltsanträge noch einmal überprüften und dem zustimmen könnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Wilfried Wengler das Wort.

**Wilfried Wengler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hentschel, ein Wort vorweg. Die Würde des Menschen, die Sie angesprochen haben, verbietet es, manchen Ihrer Eskapaden in entsprechender Form zu antworten. Ich denke, das ist gestern und heute deutlich geworden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie sich keine Gedanken um meine Würde!)

Ausgangspunkt der **Migrationssozialberatung**, so wie wir sie heute kennen, ist das **Zuwanderungsgesetz**, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Hierdurch wurden in einem breiten Konsens der politischen Kräfte in unserem Land die Weichen für eine zielgerichtete und nachhaltige Integrationspolitik gestellt.

Die Migrationssozialberatung ist ein wichtiger Baustein für die **Integration** der hier dauerhaft lebenden Migrantinnen und Migranten. Daher geht das Rahmenkonzept des Landes auch von zwei unterschiedlichen Zielgruppen aus. Vorgesehen ist eine Integrationsbegleitung von Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt und eine Beratung in Krisensituationen für Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt.

Diese Zielsetzungen entsprechen dem Gedanken des Zuwanderungsgesetzes, wonach auf der einen Seite dauerhaft hier lebende Migrantinnen und Migranten zur Integration verpflichtet und ihnen zugleich entsprechende Hilfestellungen gegeben werden. Das ist der Ansatz des Förderns und Forderns.

Auf der anderen Seite ist aber auch die **Begrenzung der Zuwanderung** klares Ziel des Zuwanderungsgesetzes. Daher ist auch eine Ausweitung der Migrationssozialberatung mit dem Ziel einer Integration auf Gruppen mit vorübergehendem Aufenthalt nicht gewollt. Ein **vorübergehender Aufenthalt** endet mit der Ausreise aus der Bundesrepublik

Deutschland und nicht mit einer vollständigen Integration in die Gesellschaft. Alles andere würde ungebremster Zuwanderung Tür und Tor öffnen. Stattdessen streben wir einen gezielten Mitteleinsatz an. Daher haben wir den weiter gehenden Antrag der Grünen bereits abgelehnt.

Von diesen Prämissen ausgehend, ist die Migrationssozialberatung an den folgenden Zielen, die in dem vorliegenden Bericht beschrieben sind, auszurichten.

Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt sollen in die Lage versetzt werden, selbstständig, wie es der Minister vorhin bereits dargestellt hat, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das heißt, sie sollen wirtschaftlich integriert sein, und sie sollen in ihrer sozial-gesellschaftlichen Kompetenz gestärkt werden. Das bedeutet **soziale Integration**.

Diese Ziele erfordern nicht nur ein intensives Bemühen der Beratungsstellen, sondern in erster Linie den Willen und die Anstrengung der Betroffenen. Insoweit muss in der Diskussion zur Weiterentwicklung des Zuwanderungsgesetzes auch ein Anreizsystem vorgesehen werden.

Für das Haushaltsjahr 2005 wurde, um einen schnellen Einstieg gewährleisten zu können, ein zunächst sehr großzügiger Finanzierungsansatz gewählt, da die Zeit für eine konzeptionelle Aufstellung nicht reichte. Die Landesregierung hat dies aber selbstverständlich nachgeholt, um einen gezielten Mitteleinsatz zu gewährleisten. In dem vorliegenden Bericht wird deutlich, dass das Land nun eine Konzeption für eine bedarfsgerechte Förderung gefunden hat.

Selbstverständlich stößt dies nicht auf große Gegenliebe bei den **Trägerorganisationen**, die eventuell Beratungsangebote einstellen müssen. Der Bericht betont jedoch auch ausdrücklich, dass bei der Bedarfsermittlung die Integration von Migrantinnen und Migranten und damit die betroffenen Menschen selbst in den Mittelpunkt zu stellen sind.

Das Innenministerium hat deutlich gemacht, dass verlässliche Aussagen zu einer dauerhaften Förderung nicht von Anfang an gemacht werden konnten, sondern dass die **Zuschüsse** für 2005 eine einmalige Leistung waren. Dennoch wurden Möglichkeiten gefunden, auch in diesem Jahr den Übergang zu einer neuen Struktur ausreichend abzufedern. Ohne Zweifel ist es aber erforderlich, die Angebote auf das tatsächlich erforderliche Maß zu begrenzen und nicht Vielfachangebote vorzuhalten. Selbstverständlich ist dabei mit den Trägerorganisationen ein intensiver Dialog zu führen, so wie es das Innenministerium in der Vergangenheit bereits getan hat.

(Wilfried Wengler)

Wir werden den Prozess auch weiterhin intensiv begleiten, unter anderem durch die Beratung dieses Berichtes im Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Wengler. - Für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass für diesen Bericht - das ist gesagt worden - ist die anstehende Neuverteilung der Mittel für die **Migrationssozialberatung**. Ich möchte erst einmal darauf hinweisen, dass auch im Haushaltsentwurf für 2007 und 2008 eine Fortschreibung der bisherigen Mittel in Höhe von insgesamt rund 1,8 Millionen € vorgesehen ist. Das ist angesichts der Haushaltssituation schon einmal eine echt bemerkenswerte Leistung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es ist klar, dass ein Mehr wünschenswert wäre. Dennoch bleibt Schleswig-Holstein bei der Finanzierung der Migrationssozialberatung - auch im Vergleich zu anderen Ländern - wirklich vorbildlich.

Durch die **Neuverteilung** der geförderten Stellenanteile für die Beratung soll eine bessere und bedarfsgerechtere **Versorgung in der Fläche** erreicht werden. Quantitative Veränderungen, die es tatsächlich gegeben hat - beispielsweise bei bestimmten Flüchtlingsgruppen -, und neue Qualitätsstandards sind hierfür der Maßstab. Dass dabei Probleme entstanden sind - es geht letzten Endes um Geld -, ist nicht besonders erstaunlich, aber dennoch zugleich ein wenig kurios, vor allem weil aufgrund der Zuwanderungsregelung des Bundes im Haushaltsjahr 2005 - darauf ist schon hingewiesen worden - ein höherer Betrag möglich war und eine Neubewertung aller Angebote - also auch derjenigen, die dazugekommen sind - vorgenommen worden ist. Es trifft uns jetzt im Jahre 2006 ein Stück weit auch der Fluch der guten Tat, wenn es nun Protest gegen diese Neuverteilung gibt.

Die Neubewertung ist auf der Grundlage des vereinbarten Rahmenkonzeptes für die Migrationssozialberatung erfolgt. Dass nun weder die Träger noch die Kommunen, mit denen das Konzept vereinbart und erarbeitet worden war, sich an den Konsequenzen dieser Neubewertung richtig beteiligen wollen, ist zwar durchaus nachvollziehbar, aber nicht ver-

ständig. Die Interessenlagen der Trägerverbände untereinander und auch gegeneinander sowie der Kreis- und der Landesverbände intern sind ganz unterschiedlich und die daraus entstandenen Konflikte sind eigentlich nicht Sache des Landes beziehungsweise nicht durch das Land zu regeln. Das müssen die Verbände schon selbst tun. Das **Land** bleibt allerdings natürlich die **Vergabestelle** für die Mittel. Für das Land haben die Migrantinnen und Migranten mit ihren Belangen und nichts anderes im Blickpunkt zu stehen.

Bei der Neuverteilung im Hinblick auf das Beratungsangebot war eine konsequente Orientierung am **Ziel der Beratung** notwendig. Über diese Zielbeschreibung hinausgehende Angebote allgemeiner Sozialarbeit sind natürlich sinnvoll, aber nicht Gegenstand der **Förderung**. Es ist gut, dass auf Seite 6 des Berichts ausdrücklich auf das hingewiesen wird, was eben nicht zu den Aufgaben der Migrationssozialberatung gehört. Als Zielsetzung wird in den Richtlinien neben der Beratung in migrationspezifischen Krisensituationen der Integrationsprozess in unserer Gesellschaft als Kernauftrag genannt. Herr Wengler, dieser Auftrag gilt auch für diejenigen, die vorübergehend hier sind, denn ihr vorübergehender Aufenthalt kann durchaus auch etwas länger dauern. Deshalb ist es sinnvoll, auch diese Personen mit einem Beratungsangebot zu versorgen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Aus meiner Sicht ist es das Kernanliegen der Beratung, Migrantinnen und Migranten zu einem selbstständigen, eigenverantwortlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu begleiten. Dieser Prozess ist sehr wichtig. Es ist sinnvoll, diese Beratung zu einem tatsächlichen **Integrationsmanagement** fortzuentwickeln.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, wir reden hier über erwachsene Menschen, die ihr Leben in die eigenen Hände nehmen sollen und das in der Regel auch können. Natürlich ist es notwendig, dass es eine Beratung in der Heimatsprache gibt, und es ist auch wichtig, bei Behördengängen begleitet zu werden. Das gilt natürlich vor allem für die erste Phase des Aufenthalts, ist aber auf Dauer keine Lösung und trägt auch nicht so richtig zur Integration in die Gesellschaft bei. Der Kritik in dieser Hinsicht muss sich auch die Sozialarbeit stellen.

Erst kürzlich haben der Kollege Baasch und ich mit Vertreterinnen des Deutschen Frauenrings über die

(Thomas Rother)

Situation der Menschen, die aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns gekommen sind, gesprochen. Bei diesem Gespräch wurde deutlich, dass der Integrationsprozess für manche Personengruppen tatsächlich wohl nie enden wird, solange sie hier leben. Auch dieser Realität müssen wir uns stellen. Dabei geht es aber um das Thema Integration an sich.

Mit der Umsetzung der neuen **Bleiberechtsregelung** wird zudem ein weiterer, vielleicht auch nur vorübergehender Beratungsbedarf für den betreffenden Personenkreis entstehen. Je weiter und verbindlicher die Regelung angelegt worden wäre, desto mehr Probleme hätten für die betroffenen Menschen, aber letztlich sogar für die Behörden gelöst werden können. Wir müssen nun aber mit diesem Kompromiss leben. Schließlich wäre keine Regelung eine noch schlechtere Variante gewesen. Wir sollten diesen Bericht deshalb zur abschließenden Beratung dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen, auch wenn dadurch unmittelbar vielleicht kein Einfluss mehr auf das Haushaltsverfahren genommen werden kann. Für das Jahr 2007 ist ein **Controllingkonzept** angekündigt worden, das zur Anwendung kommen soll. Dies kann uns im Ergebnis bei der Beratung noch ein Stück weiterbringen.

(Beifall bei SPD und CDU und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Rother. - Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Das haben wir nach viel zu langen Debatten durch das Zuwanderungsgesetz endlich klargestellt. Deutschland ist auch ein Land, dem durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges eine besondere Rolle beim Schutz von Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten zukommt. Bei beiden Gruppen, also sowohl denen, die nach dem **Zuwanderungsgesetz** in Deutschland eingereist sind, als auch denjenigen, die aus Gründen der **Not und der Verfolgung** in unser Land geflüchtet sind, handelt es sich um Menschen, denen unser Land, unsere Sprache, unsere Kultur und auch unsere Regeln für ein gesellschaftliches Zusammenleben zu einem Großteil fremd sind. Sie brauchen **Beratungsangebote**, um sich dauerhaft oder aber für eine Übergangsphase bis zur **Rückkehr** in ihre **Heimatländer** bei uns zurechtzufinden. Die sogenannten Migrationssozi-

alberatungsstellen sind ein wichtiger Baustein, um für diese nach Deutschland gekommenen Menschen Perspektiven aufzuzeigen, wie sie ihr Leben in unserem Land künftig gestalten können, unabhängig davon, wie lange ihr Aufenthalt in unserem Land dauert. Diese Beratungsstellen sind unter anderem Schnittstellen zum Arbeitsamt, zum Wohnungsamt oder zum Jugendamt.

Wie wir dem Bericht des Innenministers entnehmen können, scheint bei der Migrationssozialberatung alles in bester Ordnung zu sein. Lieber Herr Dr. Stegner, Sie machen sich sogar schon Sorgen um meinen Humor. Vielleicht lesen Sie Ihre Karnevalsgrußbotschaften noch einmal, in denen Sie ehemalige Kabinettskollegen beleidigen. Vielleicht können Sie mir auch einmal erklären, wie es möglich sein kann, dass es anlässlich einer Demonstration des **Flüchtlingsrates** Anfang Oktober 150 Migranten gelungen ist, 1.800 Unterschriften gegen den Rotstift der Landesregierung bei der Migrationssozialberatung zu sammeln. Das lässt sich wie folgt erklären: Die Landesregierung hat Kriterien entwickelt und verteilt nach diesen Kriterien die im Haushalt veranschlagten 1,5 Millionen €. Der **Bedarf** - das zeigen die Anträge auf Förderung der Migrationssozialberatungsstellen im Land - liegt aber bei mindestens 2,2 Millionen €. Sollten diese Mittel nicht fließen, dann werden - das kann man beim Flüchtlingsrat erfahren - in Schleswig, in Husum und in Ostholstein Beratungsstellen massiv abgebaut. Der Innenminister nennt das „bedarfsgerecht“. Wir nennen das „nicht bedarfsgerecht“.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

In Kiel, in Rendsburg, in Norderstedt und auch in Schleswig sind hierbei insbesondere **freie Träger** betroffen, also Träger, die mit einem besonders hohen ehrenamtlichen Engagement ihre Arbeit leisten und die sich im Besonderen auch dem Beratungs- und Hilfebedarf von Migrantinnen und Migranten widmen. Lieber Kollege Rother, in **Lübeck** müssen Diakonie und Flüchtlingsforum ihr Migrationssozialberatungsangebot wegen der erheblichen Stellenkürzungen einstellen. Auch wenn manche Abgeordneten von den Regierungsfractionen glauben, das Lob der Regierung sei sozusagen eine Pflichtveranstaltung, meine ich, dass sie an dieser Stelle ruhig hätten widersprechen können. Aus unserer Sicht ist das, was in Lübeck passiert, ein Skandal. Es ist nichts, was man hier großartig hervorheben müsste.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Heiner Garg)

Der Grund für die **Kürzungen** ist folgender. Nach Angaben der Landesregierung gab es in der Vergangenheit eine Unterversorgung in einzelnen Kreisen und eine Überversorgung an historisch gewachsenen Standorten. Nun wird umverteilt. In Gesprächen mit den entsprechenden Verbänden hat meine Fraktion eine **Überversorgung** allerdings nirgends feststellen können. Im Gegenteil, es haben sich erhebliche Zweifel an den im Bericht dargestellten Bedarfsermittlungen der Landesregierung ergeben. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Auf Seite 9 des Berichts stellt die Landesregierung klar, dass es nur für die 2.732 in Schleswig-Holstein geduldeten Personen eine punktuelle Beratung in Krisensituationen geben soll. Das heißt, im Gegensatz zu den Migranten mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht wird diesen Geduldeten lediglich eine Krisenberatung und keine regelmäßige Beratung zur Verfügung gestellt. Das ist schon an sich ein Kritikpunkt.

Zum anderen wird für die im Land befindlichen circa 2.500 Asylbewerber überhaupt kein Bedarf an Migrationssozialberatung gesehen. Ich erinnere daran, dass der Innenminister von **Bedarfsdeckung** gesprochen hat. Die eben erwähnten Personen haben nach unserer Auffassung aber auch einen Bedarf an Migrationssozialberatung. Das Personal, welches laut Bericht das sogenannte Betreuungsangebot in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber sicherstellen soll, ist für eine Beratung im Sinne der Migrationssozialberatung überhaupt nicht ausgebildet. Dieses Personal kümmert sich eher um die notwendigen Dinge des täglichen Lebens für die Asylbewerber, anstatt sie integrativ zu betreuen. Aber das sollte doch gerade unser Ansatz sein.

Wissen wir doch alle, dass auch **Asylbewerber** - egal ob mit später anerkanntem Status oder nicht - zumeist auch längerfristig beispielsweise aus humanitären Gründen in unserem Land verbleiben. Es kann also nicht in unserem Interesse sein, diese von integrativen Maßnahmen auszugrenzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten uns mit diesem Bericht im Ausschuss noch einmal intensiv beschäftigen und dazu auch die Flüchtlingsverbände anhören. Das wird mit Sicherheit dazu führen, dass die eine oder andere geschönte Aussage in diesem Bericht relativiert wird.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Bevor ich in der Rednerliste weitergehe, möchte ich

auf der Tribüne Vertreter der IHK zu Lübeck sehr herzlich begrüßen. - Seien Sie uns willkommen!

(Beifall)

Für den SSW im Landtag hat nun die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit Zuwanderern umgeht. Das ist ein Gratesmesser für ihre demokratische Verfasstheit. Dabei geht es nicht nur um den Zugang, sondern eben auch um **Integration**. Dass Ausländer, die weder beraten noch mittels Sprachkursen unterstützt werden, oftmals außen vor bleiben, ist vielfach belegt. Die Zahl der Menschen, die am Rand stehen, muss aber so niedrig wie möglich bleiben. Ansonsten entwickelt sich unser Land in eine Zweiklassengesellschaft.

Der SSW begrüßt darum ausdrücklich den Kompromiss der Innenminister zur Neuregelung des **Bleiberechts**. Geduldete Ausländer, die sich von einer Duldung zur nächsten hangeln, haben jetzt die Chance, zunächst eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen. Sie können sich auf ein Leben in Deutschland einrichten, die hier geborenen Kinder haben das in der Regel sowieso schon getan.

Der SSW hat dem Innenminister immer den Rücken gestärkt, für die Integration der geduldeten Ausländer eine Regelung zu finden. Lange hat es gedauert, bis sich nun im November alle Innenminister verständigen konnten. Dennoch gibt es in den Ländern noch viele Kritiker. Der Weg ist aber richtig: Wer nach Deutschland kommt, muss die Chance haben, sich hier eine Perspektive aufbauen zu können.

Besonders positiv ist es, dass das **Vorrangprinzip** wegfällt, wonach ein geduldeter Ausländer belegen musste, dass sich kein Einheimischer für seinen Job finden lässt. In der Wirtschaft geht es langsam bergauf und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich. Für denjenigen, der einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz findet, steht einer langfristigen Aufenthaltserlaubnis nichts mehr im Wege.

Ich schätze, dass allein in Schleswig-Holstein mehrere Hundert geduldete Ausländer von der Neuregelung profitieren und eine mittelfristige Aufenthaltserlaubnis erlangen werden. Ist das Glas halb voll oder halb leer? - Wir sagen: Es ist eher voller als leerer.

(Anke Spoorendonk)

Damit ist der vorgelegte Bericht zur Migrationssozialberatung in manchen Bereichen schon wieder überholt, weil eine neue Klientel dazukommen wird. Damit wird der Intention des Antrages indirekt entsprochen.

Erinnern wir uns: Die Antragsteller wollten den **Beratungsbedarf** gerade auch der **geduldeten Ausländer** sicherstellen. Für diesen Personenkreis kommt nämlich eine Beratung nur in Krisensituation infrage, eine Regelung, die an den Realitäten vorbei geht. Durch die neue Bleiberechtsregelung werden aus geduldeten Ausländern rechtlich abgesicherte Nachfrager nach Migrationssozialberatung. Ich hoffe sehr, dass dieser Personenkreis die Beratung ausgiebig in Anspruch nehmen wird.

Der SSW geht also davon aus, dass bis 2007 die **Beratungsinfrastruktur** ausgebaut werden muss. Die Nachfrage wird steigen.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Aber auch ohne diesen Nachfragezuwachs kommen wir um einen Ausbau nicht herum, wollen wir das Ungleichgewicht im Land beseitigen. Die Benachteiligung im Norden ist mir gleich ins Auge gefallen. Leider muss ich zum wiederholten Mal feststellen, dass in unserem Land eine Zweiteilung praktiziert wird. Das gilt eben auch bei der Migrationssozialberatung. **Nordfriesland** und der Kreis **Schleswig-Flensburg** gehören bezüglich der Migrationssozialberatung - neben Plön und Dithmarschen - zu den **unterversorgten Kreisen**.

Ich hätte mir gewünscht, dass der Bericht konkret genannt hätte, wie und in welchem Umfang die Unterversorgung beigelegt wird. Ausländerinnen und Ausländer sollten in ganz Schleswig-Holstein die gleichen Chancen auf eine solide Beratung haben. Diese kann sich nicht auf die Großstädte beschränken.

Die Ausländer, die in Niebüll oder Tarp leben, sollten auch auf eine gut ausgebaute Beratungsinfrastruktur zurückgreifen können. Hier muss schleunigst ein Gleichgewicht hergestellt werden. Ich denke, dass wir mit der Offenlegung der Unterversorgung den ersten Schritt getan haben. Der Ausbau muss weiter fortschreiten. Dann wird aus der Migrationssozialberatung das, was der Bundestag letztlich mit dem Zuwanderungsgesetz wollte: eine Beratung zur Integration.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Erneut um das Wort hat der Herr Innenminister gebeten. - Bitte schön, Herr Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich wegen der Aussagen von Herrn Hentschel und Herrn Dr. Garg noch einmal zu Wort gemeldet. Selbstverständlich, liebe Anke Spoorendonk, bemühen wir uns, die Unterversorgung zu beseitigen. Deswegen haben wir es angesprochen. Da werden wir auch Wege finden.

Lieber Kollege Garg, ich möchte mit Ihnen nicht über Ihren Humor streiten. Da haben wir vielleicht einen unterschiedlichen Geschmack.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das will ich hoffen!)

Ich finde es allerdings ehrlich gesagt ziemlich kurios, mit welchen Beispielen Sie hier kommen. Weil die Träger eine Demonstration machen wollten, erscheinen 150 Leute am gleichen Tag zur selben Stunde im Amt, um beraten zu werden. Dann wird ihnen gesagt, dass jeder einen Termin bekommt. Das ist nicht besonders seriös.

Ich muss Ihnen sagen: Es wäre schön, wenn sich alle Länder, in denen Sie mitregieren, also beispielsweise Niedersachsen, bei diesem Thema so verhalten würden wie wir. Ich bin dem Hohen Haus nämlich sehr dankbar, dass es für die nächsten Jahre die Mittel in der Höhe für dieses wichtige Thema zur Verfügung stellt; das will ich Ihnen deutlich sagen. Insofern müssen Sie nicht direkt von einem Skandal sprechen, lieber Herr Garg. Das geht auch ein kleines bisschen kleiner. Schauen Sie sich die Wirklichkeit an. Die ist wirklich anders.

(Beifall bei SPD und CDU)

Lieber Karl-Martin Hentschel, Sie kennen die **Flüchtlingspolitik** der Landesregierung - das unterstelle ich einmal - vielleicht noch etwas intensiver als der eine oder andere Kollege. Dass Sie mir hier vorhalten, es gehe hier darum, dass manche Menschen verschwinden sollten, und dann auch noch aus dem Grundgesetz zitieren - die Würde des Menschen ist unantastbar -, finde ich vor diesem Hintergrund wirklich ein bisschen schäbig.

Wir kämpfen hier dafür, ein **Bleiberecht** zu bekommen und dass die Menschen nicht für einen Hungerlohn arbeiten müssen, um ein Bleiberecht zu bekommen. Das, was wir ausgehandelt haben, sorgt für Hunderte von Familien dafür, dass sie endlich

(Minister Dr. Ralf Stegner)

eine Perspektive haben. Wir kämpfen an vorderster Front. Da finde ich solche Kritik doch ein wenig überzogen, lieber Karl-Martin Hentschel.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Innenminister. - Aus diesem letzten Redebeitrag resultieren neue Redezeiten für die Fraktionen. - Das Wort hat nun die Frau Abgeordnete Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht nur eine parteipolitische Frage, vor der wir hier stehen, wie es suggeriert wird. Die Städte Kiel und Lübeck haben geschlossen für den **Erhalt** der jeweiligen **Migrationssozialberatungsstellen** gestimmt und sie haben sich auch in der Öffentlichkeit sehr nachdrücklich dafür stark gemacht.

Als Sozialpolitikerin möchte ich Ihnen drei Beispiele geben, warum. - Nach wie vor ist es so, dass Kinder als Übersetzer in der Schule und im Kindergarten gebraucht werden, wenn es um ihr eigenes Schicksal geht. Jetzt können Sie natürlich fragen, warum die Eltern nicht Deutsch lernen. Antwort: Die Deutschkurse sind gut nachgefragt. Es gibt mehr Bewerbungen als vorhandene Plätze. In einer solchen Situation ist also der kleine Spruch von heute: „Na ja, die Migrationsberatungsstellen werden hier nicht als Dolmetscher gebraucht“, ein bisschen leichtfertig. Natürlich ist es nicht allein mit der Sprache getan.

Damit komme ich zweitens, was sehr viel Ärger unter den betroffenen Beraterinnen und Beratern und unter denjenigen, die zu ihnen gehen, hervorgerufen hat: Diese uns hier vorliegende Analyse hat ausgerechnet zur Kündigung von denjenigen geführt, die selber einen Migrationshintergrund haben. Nun wurde vom Innenminister hier gesagt, es würden Qualitätsmaßstäbe angesetzt. Mehrfach haben die **Beratungsstellen** in der Vergangenheit bei der Erarbeitung dieser Qualitätsmaßstäbe und bei der Überprüfung nachgefragt, ob sie der Qualität genügen. Dies wurde ihnen bestätigt.

Jetzt haben wir eine Situation, dass Leute, die ein hohes Vertrauen erworben haben, die selbst einen **Migrationshintergrund** haben, was wichtig sein kann für eine solche Beratung, ihren Job verloren. Das lässt dann schon ein gewisses Nachdenken aufkommen, ob es denn nur um objektive Kriterien dabei gegangen ist. Ich bin sehr dafür, dass man ge-

nau hinsieht: Wo ist der Bedarf? Es gibt keine Rechte, dass jeder, nur weil die Beratungsstelle am Ort X ist, dort ewig bleibt. Hätte man aber nicht darüber sprechen können, wenn man Bedarfe verschiebt, ob man in Übereinstimmung mit den **Trägern** und denjenigen, die bisher die Arbeit gemacht haben, leichte örtliche Verschiebungen vornimmt, beispielsweise dass jemand, der bisher in Lübeck gearbeitet hat, wenn es mehr Bedarf in Ostholstein oder in Lauenburg gibt, dort dann vielleicht in Eutin oder in Mölln berät? Solche Dinge wären doch möglich gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen, es ist jetzt schon bemerkbar - ich weiß das durch die Kolleginnen in den Städtischen Gleichstellungsstellen oder auch in der Lübecker Fraktion der Grünen -, dass die Ratsuchenden, wenn sie bei den Beratungsstellen nicht mehr unterkommen, wieder wie vor zehn Jahren dort anklopfen. Ich hatte mir gewünscht, dass wir diese Phase überwunden haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Birk. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1073 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Nun haben wir für meine Begriffe durch die Abläufe ein Problem. Es ist kurz vor 18 Uhr. Der Tagesordnungspunkt 26 wäre aufzurufen. Es geht um die Unterkunftskosten von Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Bezieher. - Ein Antrag zur Geschäftsordnung, wunderbar! Darauf warte ich, wenn es der richtige ist.

(Heiterkeit)

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin, genau das, fürchte ich, ist aus Ihrer Sicht nicht der Fall. Die Fraktionen haben sich verständigt, dass wir natürlich die Tagesordnung heute abarbeiten, auch wenn wir zehn Minuten länger diskutieren. Ich denke mir, dass diejenigen, die Anschlussverpflichtungen haben und nicht reden müssen, dann entbehrlich sind. Wir finden aber schon, dass wir unser Pensum erfüllen sollten.



**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das habe ich befürchtet, dass Sie das beantragen.

(Heiterkeit)

Ich bin eine geduldige Präsidentin und bin dazu da, Sie durch die Tagesordnung zu leiten. Ich will nur noch einmal auf unsere Gäste hinweisen, die IHK zu Lübeck, die uns zu einem parlamentarischen Abend einladen. Aber das Parlament geht vor. Ich will sehr herzlich bitten, dass wir uns alle ein bisschen kürzer fassen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Aktuelle Änderungen bei den Unterkunftskosten von Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Beziehern**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1078

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Sie wünschten einen mündlichen Bericht in dieser Tagung. Wenn Sie das haben wollen, bitte ich um Zustimmung. - Das war ganz gut. Wir wünschen diesen Bericht und ich erteile dem Herrn Arbeitsminister Uwe Döring das Wort.

**Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu dem Teil **Kosten der Unterkunft und Bundesbeteiligung ab 2007** kommen. Man könnte das überschreiben mit der Überschrift „was lange währt, wird endlich gut“. Statt der ursprünglich angebotenen 2 Milliarden € wird der Bund ab 2007 rund 4,3 Milliarden € beziehungsweise 31,8 % der KdU - Unterkunftskosten - tragen. Das ist ein respektabler Verhandlungserfolg. Ich muss sagen, das ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitsministerium und Staatskanzlei gewesen. Da die letzten Entscheidungen in der MPK gefallen sind, kann ich sagen, Herr Ministerpräsident: ein gutes Ergebnis für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wenn man dabei bedenkt, dass Ende letzten Jahres eine Beteiligung von jeweils 29,1 % zu Buche stand und der Bund dieses bereits als eine **Quote** empfunden hat, bei der er sich übervorteilt fühlte, dann ist das jetzige Ergebnis ein ausgesprochen gutes. Heute hat im Bundestag der Arbeits- und Sozialausschuss dazu getagt. Er ist mit diesem Betrag einverstanden. Allerdings ist ein Punkt dabei: Die Kom-

munen wollten eine Anpassung anhand der tatsächlichen Kosten haben. Da ist jetzt gesagt worden, wir nehmen die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Das ist zwar ein statistischer Wert, aber über den muss man sich nicht streiten. Sonst hätte ich die Befürchtung gehabt, dass wir jedes Jahr den Streit von neuem beginnen müssen. Das muss jetzt nicht mehr sein. Es ist ein gutes Ergebnis.

Für Schleswig-Holstein bedeutet das, wir haben mehr zu verteilen als früher. Das ist ein gutes Ergebnis für die **Kommunen**. Wir haben hochgerechnet etwas 155 Millionen €. Im Vergleich zu den erwarteten KdU-Mitteln ist das ein Zugewinn von 11 Millionen €. Ich kann für die Landesregierung sagen, wir machen das so wie im letzten Jahr und in diesem Jahr, es erfolgt, die volle Weitergabe der Nettoentlastung an die Kommunen. Das machen nicht alle Bundesländer!

(Beifall bei SPD und CDU)

Da kann man dies, wenn man mit den Kommunen redet, noch einmal deutlich sagen.

Ich komme zur Frage der **Angemessenheit von Wohnungen**. Die angemessene Wohnungsgröße orientiert sich nach dem Willen des Gesetzgebers an der bisherigen Sozialhilfepraxis der Kommunen. Das **Bundessozialgericht** hat jetzt entschieden, dass sich die Angemessenheit von Mietwohnungen an den landesrechtlichen Bestimmungen für den sozialen Wohnungsbau orientieren soll. Entscheidend sind Wohnungsgröße und -standard. Die aktuelle Entscheidung des Bundessozialgerichts zum Wohnstandard entspricht der gängigen Praxis bei SGB-II-Trägern in Schleswig-Holstein. Hinsichtlich der Angemessenheit der Wohnungsgröße ergeben sich Abweichungen.

Im konkreten Fall geht es um das für die Sicherung des Lebensunterhalts einzusetzende **Vermögen**. Das Gericht hat entschieden, dass die 75 qm große Eigentumswohnung einer jungen Frau nicht unangemessen groß sei und damit zum Schonvermögen nach § 12 SGB II zähle. Es ist auch deutlich gemacht worden, dass eine Vier-Personen-Familie mit 120 qm angemessen untergebracht ist. Das Gericht stellte auf § 39 des außer Kraft getretenen zweiten Wohnungsbaugesetzes ab, um eine bundeseinheitliche Regelung bezüglich des zu verwertenden Vermögens sicherzustellen. Maßgeblich war dabei die Annahme des Gerichts, dass selbst bei aktuell allein bewohnten Eigentumswohnungen grundsätzlich von einer Mindestzahl von zwei Personen auszugehen ist. Dieses wird bisher in Schleswig-Holstein so nicht gehandhabt. Notwendige Änderungen werden

**(Minister Uwe Döring)**

wir in Kürze gemeinsam mit dem bewährten Netzwerk der SGB-II-Träger erörtern.

Nun zur Frage der **Energiekosten!** Wir müssen Heizungskosten und Stromkosten unterscheiden. **Stromkosten** werden vom Regelsatz abgedeckt. Die Höhe des Regelsatzes wurde auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 überprüft. Bei dauerhaft höheren Stromkosten würde mittelfristig auch der Regelsatz angehoben werden müssen. Kurzfristig müssen Kostensteigerungen allerdings mit dem geltenden Regelsatz bewältigt werden. Das ist ganz sicher nicht immer einfach. Ich sage aber auch, es ist nicht einfach für Beziehende kleiner Einkommen. In besonderen Notlagen kann die Agentur für Arbeit mit einem Darlehen helfen. **Heizkosten** dagegen werden von den kommunalen SGB-II-Trägern übernommen. Steigende Heizkosten schlagen, soweit den Hilfeempfängern kein unwirtschaftliches Verhalten vorgeworfen werden kann, voll auf den kommunalen SGB-II-Träger durch. Hier gibt es keine Belastung der Empfänger von SGB-II-Leistungen. Die genaue Höhe von Mehrkosten ist im Moment nicht absehbar.

Ich hoffe, damit habe ich in Kürze während der zur Verfügung stehenden fünf Minuten einen Bericht gegeben. Lassen Sie mich am Schluss noch eine persönliche Anmerkung machen. Es ist sicherlich so, dass wir, wenn wir dieses Thema debattieren, uns immer darüber im Klaren sein müssen, dass hier Menschen sind, die aus einer scheinbar sicheren Erwerbsbiographie gefallen sind und jetzt **Transferleistungen** erhalten. Die verdienen unsere volle Solidarität. Die Punkte, die hier angesprochen sind, zeigen das auch, dass der Staat bereit ist, diese Solidarität zu gewähren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich möchte keine Gruppen gegeneinander schieben, aber in dieser Debatte sollten wir auch daran denken, wie schwer es Menschen haben, die mit einem geringen Arbeitseinkommen steigende Energiekosten abdecken müssen. Deren Arbeitgeber erhöht nicht automatisch den Lohn, sondern die müssen gleichzeitig diese Transferleistung noch erwirtschaften müssen. Auch die sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Ich will die Gruppen nicht gegeneinander schieben, aber wir dürfen hier in der öffentlichen Wahrnehmung keine Gerechtigkeitslücke hinbekommen für diejenigen, die nur geringe Löhne erzielen und versuchen, damit über die Runden zu kommen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister und eröffne die Aussprache. - Ich gehe davon aus, dass Sie diesen mündlichen Bericht an den Ausschuss überweisen werden. Sie haben also alle auch dort noch Möglichkeiten. Mit dieser Maßgabe eröffne ich die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, dass nun aus diesem Antragsgrund hier ein Nachsitzen erforderlich ist. Von mir aus hätte man es auch morgen machen können. Sei es drum. Wir haben diese Thematik hier aufgelegt, weil zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht ganz klar war, wie positiv für die Kommunen sich das Ergebnis zeigt. Hierfür herzlichen Dank.

Der zweite Grund, weswegen wir das Thema hier zur Sprache bringen, ist, dass wir in Einzelfällen in der kommunalen Praxis doch eine Reihe von Ungeheimheiten entdecken. Dafür ist natürlich nicht das Land direkt verantwortlich. Ich glaube aber, dass sich der von Ihnen, Herr Minister, angesprochene Arbeitskreis zum SGB II doch dieser Thematik annehmen sollte und gemeinsam mit der Landesregierung Kriterien entwickeln sollte - es geht also nicht um Geldsummen, sondern um Kriterien -, nach denen zukünftig bei der Gewährung von Mitteln für Wohnkosten vorzugehen ist.

Die Bürgerbeauftragte hat schon im Mai dieses Jahres kritisiert, dass die Offenlegung der **Ermittlungsgrundsätze** der Mietobergrenzen ebenso wie die Einführung einer Regelung zur Bedarfsdeckung bei besonderen Lebenssachverhalten unzureichend ist. In einer Reihe von Fällen haben die Kreise und Kommunen gesagt: Das debattieren wir lieber gar nicht öffentlich; denn sonst kommen die Vermieter auf die Idee und erhöhen die Mieten. - Der Grundsatz scheint mir also schlecht abgewogen zu sein. Man hat als jemand, der Hilfe braucht, natürlich das Recht darauf zu erfahren, nach welchen Kriterien Hilfe gewährt wird. Dies darf kein Geheimnis bleiben.

Der 11. Senat des Bundessozialgerichts, der am 23. November geurteilt hat und aus meiner Sicht bedauerlicherweise festgestellt hat, dass man gut von 345 € leben kann, hat auch etwas zu den **Wohnkosten** gesagt. Er hat in Bezug auf die vorliegenden Fälle deutlich kritisiert, dass die ARGE in ihren Anträgen eine saubere Aufschlüsselung der

(Angelika Birk)

Wohnkosten gar nicht vorsieht und hat nicht gelten lassen, dass der Computer in Nürnberg dies nicht besser hergibt. Er hat also eine bessere Offenlegung anhand von Kriterien gefordert. Die ausführliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor. Aber es gibt Presseberichte, in denen dieses deutlich gemacht wird.

Der 7. Senat, auf den Sie, Herr Minister Döring, eingegangen sind, hat schon Anfang November das von Ihnen zitierte Urteil gefällt. Er hat aber in einem zweiten Urteil deutlich gemacht, dass nicht einfach gefordert werden darf, in eine andere Gegend umzuziehen. Da ging es nicht um eine Eigentumswohnung, sondern um einen Mietwohnungsfall. Auch das ist nicht ganz unwichtig; denn mir liegen Nachrichten vor, nach denen Leuten aus Ratekau im Kreis Ostholstein zum Beispiel gesagt worden ist: Ziehen Sie doch nach Fehmarn, ohne Arbeitsangebot dort. Da sind die Wohnungen in bestimmten Bereichen günstiger. - So kann es natürlich nicht gehen.

Es ist dabei noch Folgendes zu bedenken: Obwohl es derselbe, der 7. Senat ist, gibt es unterschiedliche Aussagen dazu, auf welche Gesetzeslage man Bezug beim zulässigen Wohnstandard nehmen soll. Dies kann nicht zufriedenstellen. In dem von Ihnen zitierten Urteil wird gesagt, das seien die Rahmenbedingungen des **Wohnungsbaugesetzes** des Bundes. In dem Mietwohnungsfall wird dann gesagt, das reiche nicht aus, sondern man müsse noch andere Kriterien heranziehen. Das müssen wir noch einmal detaillierter im Ausschuss debattieren; denn es ist - das ist der Grund dafür, dass wir es auf die Landesebene bringen - nicht hinzunehmen, dass jeder einzelne Ort seine eigenen Kriterien entwickelt. Natürlich sind die Mieten und auch die Eigentumsverhältnisse unterschiedlich. Aber es muss ja doch nachvollziehbare einheitliche Kriterien geben. Es muss klar sein, auf welches Gesetz beziehungsweise auf welche Verordnung man sich bezieht und ob es darüber hinaus noch Kriterien gibt, um im **Einzelfall** Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Ich würde dieses Thema hier nicht zur Sprache bringen, wenn nicht inzwischen auch in Schleswig-Holstein aus meiner Sicht ungerechtfertigte Umzüge erfolgten. Das geht hin bis zu fehlerhaften Bescheiden. Mir ist von Beratungsstellen mitgeteilt worden, dass man auf das Mindesteinkommen Kauttionen anrechnet, dass Energiekosten, die aus einem alten Mietverhältnis stammen und noch nicht beglichen sind, weil es um eine Endabrechnung geht, als persönliche Schulden geltend gemacht und nicht übernommen werden. Das sind Dinge, die einfach darauf schließen lassen, dass die ARGE offensicht-

lich die Schulung und Fortbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch nicht an die aktuelle Rechtsprechung angepasst hat.

Das Weitere werden wir sicherlich im Ausschuss vertiefen. Es geht um nicht wenige Menschen. Deshalb scheint es mir sinnvoll, hier zu einer landeseinheitlichen Praxis zu kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Birk. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Torsten Geerds.

**Torsten Geerds [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Während der Landtagsdebatte im September 2006 haben wir uns gemeinsam dafür eingesetzt, dass der **Bund** seinen Verpflichtungen bei der **Erstattung der Hartz-IV-Kosten** weiterhin nachkommt. Gleichzeitig haben wir die Landesregierung aufgefordert, dass sich sowohl der Ministerpräsident als auch der Arbeitsminister bei den Verhandlungen auf Bundesebene für die Interessen der **Kommunen** stark machen. Daher bin ich froh, dass wir heute dieses Thema auf der Tagesordnung haben. Wir können feststellen, dass der Ministerpräsident und der Arbeitsminister erfolgreich verhandelt haben, dass sie die Position Schleswig-Holsteins gewahrt und mit einem guten Ergebnis zurück nach Kiel gekommen sind. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei CDU und FDP)

Das erzielte Ergebnis hat zu einem großen Beifall der kommunalen Landesverbände geführt. Das ist im Moment selten. Daher freuen wir uns umso mehr.

Der **Bund** wird 4,3 Milliarden € der Kosten der **Unterkunft** tragen. Das sind 2 Milliarden € mehr, als ursprünglich geplant. Dies ist wirklich eine ganz wichtige Summe und ein großer Erfolg. Damit trägt der Bund - der Herr Minister hat das eben ausgeführt - 31,8 % der Gesamtkosten für das Jahr 2007. Das ist deutlich mehr als im Jahre 2005 und im laufenden Haushaltsjahr; da waren es nämlich nur 29,1 %.

Uns trieb im September des Weiteren die Sorge um, dass es zu einer Umstellung von der bisherigen quotalen Verteilung auf ein für Schleswig-Holstein sehr nachteiliges **Festbetragssystem** mit **Mehrbedarfsausgleich** kommen könnte. Wir alle sind froh und dankbar, dass ein Wechsel des Verteilungssystems für KdU-Mittel verhindert werden konnte.

(Torsten Geerds)

Auch diesbezüglich hat sich Schleswig-Holstein gegen süddeutsche Bundesländer durchgesetzt. Ich glaube, wir werden schon in wenigen Jahren merken, dass der Süden auf der Lauer liegt und versuchen wird, hier Veränderungen vorzunehmen. Wir müssen hier sehr wachsam bleiben, damit man uns nicht in die Kasse greift.

Ein Mehr von 11 Millionen € im kommenden Jahr, das ist ein Erfolg. Damit stehen insgesamt 155 Millionen € zur Verfügung.

Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur noch auf wenige Punkte eingehen.

Wir können eine Entscheidung des **Bundessozialgerichts** zur Kenntnis nehmen, wonach sich die Angemessenheit von **Mietwohnungen** an den **landesrechtlichen Bestimmungen** für den sozialen Wohnungsbau orientieren soll. Danach sind sowohl die Wohnungsgröße als auch der Wohnraumstandard entscheidend. Die aktuelle Entscheidung des Bundessozialgerichts zum Wohnraumstandard entspricht der gängigen Praxis der SGB II-Träger in unserem Land. Ich finde, das sollten wir an dieser Stelle auch noch einmal hervorheben.

Wichtig ist aber auch festzustellen, dass es hinsichtlich der Angemessenheit der Wohnraumgröße Abweichungen innerhalb des Landes gibt. Wir sollten uns zu diesem Punkt den Bericht der Landesbeauftragten für soziale Angelegenheiten noch einmal anschauen. Sie hat dazu Hinweise gegeben und für **Vergleichbarkeit** plädiert. Wir sollten, wenn wir im Sozialausschuss weiter darüber debattieren, uns den Bericht der Beauftragten daraufhin anschauen, ob wir hier gemeinsam etwas auf den Weg bringen können.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir alle wissen aus unserer Wahlkreisarbeit, dass es bei den Energiekosten zu erheblichen Problemlagen für Familien kommen kann. Das wegzudiskutieren, wäre unredlich. Bei dauerhaft hohen **Stromkosten** entsteht konkreter Handlungsbedarf. Ich rede nicht davon, dass das automatisch zu einer Anhebung des **Regelsatzes** führen sollte; denn wir müssen das Thema **Lohnabstandsgebot** natürlich mit im Blick haben. Aber es kommt zu erheblichen sozialen Härten. Auch darüber müssen wir reden.

Es kann wirklich nur eine Übergangsregelung sein, wenn die Agentur für Arbeit in besonderen Notlagen für die Begleichung der Stromkosten ein Darlehen gewährt. Machen wir uns doch nichts vor: Eine große Zahl von Hilfeempfängern ist bereits in einer Verschuldungssituation und lebt am Limit. Auch das sollten wir nicht außer Acht lassen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Heizkosten** werden im Gegensatz zu den Stromkosten von den kommunalen SGB-II-Trägern übernommen. Die Probleme, die hier entstehen, werden wir auf kommunaler Ebene auszubaden haben.

Alle Facetten der Arbeitsmarktreform werden uns hier im Landtag wohl noch eine ganze Weile beschäftigen. Dabei haben wir sehr genau darauf zu achten, dass das Fordern und das Fördern ins Gleichgewicht kommen. Es gehört dazu, an dieser Stelle auch zu sagen: Das formulieren wir immer wieder als Ziel. Dieses Ziel ist aber noch nicht ausreichend erreicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben sicherzustellen, dass wir bei allen notwendigen Reformen sozial gerecht handeln. Ein wichtiger Beitrag dazu wurde mit der Festlegung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft geleistet. Dafür danke ich namens meiner Fraktion noch einmal dem Ministerpräsidenten und dem Arbeitsminister.

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Geerds. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2007 wird sich der Bund verstärkt an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunfts- und Heizkosten von Arbeitssuchenden beteiligen. So sieht es der heute gefasste Beschluss des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales vor. Ab 2008 wird sich die **Beteiligung des Bundes** auf Basis einer Anpassungsformel angleichen. Das ist enormer Erfolg, denn das bedeutet insgesamt eine Entlastung der **Kommunen** um jährlich 2,5 Milliarden € und gegenüber dem ursprünglichen Ansatz für 2007 für den Bund eine Mehrbelastung von 2,3 Milliarden €. Da ist prima verhandelt worden, herzlichen Dank, Herr Minister!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wie heute, am 30. November, von der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wurde, gibt es weitere Entlastungen, die sowohl den Kommunen als auch vielen Arbeitssuchenden zugute kommen. Das freut

(Wolfgang Baasch)

mich besonders. Die **Arbeitslosenzahlen** sind im November in Schleswig-Holstein erheblich zurückgegangen. Unter den 24.000 Menschen, die im November 2006 im Vergleich zum Vorjahr weniger arbeitslos waren, sind 10.500 frühere Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II.

(Beifall bei der SPD)

Das sind 10.500 Menschen, die vor einem Jahr noch keine berufliche Perspektive für sich gesehen hatten, die vor einem Jahr bereits seit langer Zeit arbeitslos waren und die inzwischen wieder sehr viel optimistischer in die Zukunft sehen können. Es sind über 10.000 Menschen, die ihren Lebensunterhalt und ihre Unterkunftskosten im Wesentlichen durch eigene Arbeit bestreiten können. Sie tragen dazu bei, die Sozialsysteme zu unterstützen. Das ist gut so und das ist ein Hoffnungsschimmer für die Arbeitsmarktpolitik. Die Konjunktur hilft dabei.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten  
Frauke Tengler [CDU])

Das Bundessozialgericht hat in seinem ersten Urteil zu den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt die **Rechte von Langzeitarbeitslosen** noch einmal gestärkt. Der unbestimmte Rechtsbegriff der angemessenen Größe muss genauer gefasst werden. Diese muss sich an der Größe für Sozialwohnungen orientieren, entschieden die Richter. In Schleswig-Holstein haben die SGB II-Träger bereits in der Vergangenheit im Wesentlichen die Wohnungsstandards des sozialen Wohnungsbaus zugrunde gelegt. Ich bin sehr zufrieden damit, dass wir auch bei der **Wohnungsgröße** künftig zu einer Angleichung kommen müssen. Menschen, die seit langer Zeit arbeitslos sind, ist es kaum zuzumuten, Wohnungen zu finden, die unterhalb der im sozialen Wohnungsbau geltenden Regeln liegen. Die Entscheidung des Bundessozialgerichts ist für diese Menschen eine große Hilfe und sie wird auch dazu beitragen, mehr Klarheit und Transparenz zu schaffen. Nicht zuletzt haben die schleswig-holsteinischen Sozialgerichte nun klare Vorgaben an der Hand, wenn es um strittige Fälle geht.

Ich möchte noch auf die **Weitergabe der Bundesmittel** an die Kommunen eingehen. Schleswig-Holstein hat noch zu Zeiten rot-grüner Regierung beschlossen, die Nettoentlastung aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln vollständig an die **Kommunen** weiterzugeben. Wir stehen nach wie vor zu diesem Beschluss und werden ihn auch nicht ändern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragten in ihrem Antrag nach der Übernahme der gestiegenen Energiekosten. Soweit es die **Heizkosten** betrifft, gehören sie selbstverständlich zu den Kosten der Unterkunft. Bei weiter steigenden **Stromkosten** muss allerdings über eine Anpassung des Regelsatzes gesprochen werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Minister Döring hat mit seinen nachdenklichen Worten deutlich gemacht, in welchem Zusammenhang das steht. Viele Haushalte sind überschuldet, weil die Nebenkosten nicht mehr geschultert werden können. Diese **Überschuldung** ist keine Alternative. Daher müssen wir uns mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzen. Langzeitarbeitslosigkeit ist für die Betroffenen und für den Sozialstaat eine große Belastung. Umso mehr sollten wir gemeinsam dafür Sorge tragen, die Bedingungen nicht zusätzlich zu erschweren. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung und mit den Entscheidungen des Bundessozialgerichts kommen wir aus meiner Sicht einen entscheidenden Schritt weiter. An dieser Stelle sage ich noch einmal ein herzliches Dankeschön für den Bericht von Minister Döring. Ich glaube, dass Schleswig-Holstein gut daran arbeitet, damit sich dies vernünftig weiterentwickelt. Herzlichen Dank, Herr Minister!

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Baasch. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man muss all das, was der Minister und die Kollegen Geerds und Baasch in diesem Fall ausgeführt haben, nicht wiederholen. Es wird dadurch nicht besser und auch nicht richtiger. Ich schließe mich dem inhaltlich voll und ganz an. Herr Minister, ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre persönliche Schlussbemerkung. Ich teile auch diese voll und ganz. Ich denke, Schleswig-Holstein hat hier gezeigt, dass es sich lohnt, Druck zu machen.

Ich möchte noch auf drei Punkte aufmerksam machen, die wir im Ausschuss noch einmal besprechen sollten: Erstens. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass **Bund und Länder** von unterschiedlichen **Datengrundlagen** ausgehen.

**(Dr. Heiner Garg)**

Zweitens. Den Kommunen fehlen trotz des erfreulichen Kompromisses immer noch 1,5 Milliarden €. Drittens.

Eines wird auch bei dieser Debatte deutlich: Bis endlich **Rechtssicherheit** für die Betroffenen ALG II-Empfänger und die Kommunen herrscht, werden vermutlich noch Jahre ins Land gehen. Das gilt insbesondere dann, wenn neue und noch kompliziertere Regelungen hinzukommen. Ich denke, an dieser Stelle ist alles gesagt worden, was zu diesem Thema gesagt werden muss.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich bedanke mich sehr herzlich für den kurzen Beitrag. - Für den SSW rufe ich Herrn Abgeordneten Lars Harms auf. - Er steht schon am Rednerpult.

**Lars Harms [SSW]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Den letzten beißen die Hunde, insbesondere dann, wenn jemand so eine geniale Rede hält wie eben der Kollege Garg. Ich will auch versuchen, es in dieser Schnelligkeit zu machen.

Es ist natürlich schön, dass wir bezüglich der 4,3 Milliarden € eine Einigung hinbekommen haben. Man muss allerdings sagen, dass die **Bundesregierung** dies schon weit früher versprochen hatte. Ich möchte mich beim Minister und auch bei vielen anderen herzlich dafür bedanken. Es bedurfte wirklich Drucks von unten, damit dies auf die Füße kam. Herr Minister, insofern noch einmal vielen Dank dafür, dass Sie das gemacht haben. Es stimmt schon, was der Kollege Garg sagte: Es reicht bei den **Kommunen** immer noch nicht. Die Kommunen haben immer noch ein Minus. Daran muss noch weiter gearbeitet werden.

Zur **Angemessenheit** der **Wohnung** und der **Unterkunftskosten**! Es ist gut, dass das Bundessozialgericht einen Beschluss gefasst hat, der es den Kommunen ermöglicht, selbstständig zu handeln. Es gibt einen Orientierungsmaßstab, der sich an der bisherigen Vorgehensweise orientiert. Durch meine persönlichen Erfahrungen mit manch einer Verwaltung ist es jedoch ganz wichtig, dass man diesen Verwaltungen ständig auf den Füßen steht. Das ist eine Aufgabe, die auch wir als einzelne Abgeordnete in unseren Wahlkreisen haben. Wir müssen unseren Verwaltungen auf den Füßen stehen, damit die-

se Regelungen auch wirklich im Interesse der Betroffenen und nicht im Interesse des eigenen Haushalts genutzt werden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum **Regelsatz** von 345 €! Es gibt nun einmal dieses Urteil, dass diese Summe anscheinend dem **Existenzminimum** entspricht. Ich persönlich bin nicht dieser Meinung. Ich weiß nicht, wie man von 345 € Einzelinvestitionen ansparen kann, wenn zum Beispiel der Kühlschrank kaputtgegangen ist. Es ist mir völlig rätselhaft, wie man das schaffen kann. Genauso frage ich mich, was eigentlich aus der **Mehrwertsteuererhöhung** wird, die wir alle ganz locker wegdrücken. Für jemanden, der nur 345 € hat und der 3 % mehr Mehrwertsteuer bezahlen muss, ist das eine richtige Stange Geld. Wenn dann noch die **Energiekosten** und die **Lebenshaltungskosten** steigen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wir werden diesen Satz spätestens im nächsten Jahr anpassen müssen. Das geht gar nicht anders. Auch Sie haben es vorhin schon gesagt: Im Interesse der Betroffenen und ihrer Situation müssen wir uns ernsthaft überlegen, ob dieser Satz von 345 € trotz dieses Urteils, das wir erhalten haben, nicht doch erhöht werden kann.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Harms. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Berichts Antrag, von dem Sie die Drucksachennummer nachlesen können, ist durch den Bericht erledigt. Es wurde Ausschussüberweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung beantragt. Wenn Sie dem folgen wollen, dann bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Danke, das ist so passiert.

Ich unterbreche die Tagung; wir setzen sie morgen mit dem Tagesordnungspunkt 43 fort.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:19 Uhr**